

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 04, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11  
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenabteilung Köln (0 20 54) 10 15 34 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 307-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Werbepunktbörsen

Belgien 36,00 Bfr., Dänemark 3,00 Dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 100 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 140,00 Din., Luxemburg 28,00 Fr., Niederlande 2,00 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 12 S., Portugal 100 Esc., Schweden 6,50 Skr., Schweiz 1,20 Sfr., Spanien 125 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

**Bundeswehr:** Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Lösung des Verwehrsrechts bei Offizieren zugestimmt. Zwischen 1986 und 1991 können danach 1500 Offiziere mit maximal 70 Prozent ihres Pensionsanspruches und einer Abfindung von höchstens 43 000 Mark aus dem Dienst ausscheiden (S. 4).

**Nein zum EG-Entf.?** Das Europäische Parlament will bei einer für morgen vorgesehenen Abstimmung den Entwurf des EG-Minister-Rates geschlossen ablehnen. Der Haushaltsausschuss verwarf den Entwurf bereits.

**Kernkraftwerk:** In Zusammenarbeit mit der Sowjetunion wird Syrien sein erstes Kernkraftwerk bauen, meldet Damaskus.

**Afrika-Hilfe:** Zusätzliche Hilfen für fünf afrikanische Länder in Höhe von 75 Millionen Mark beschloß gestern das Bundeskabinett. Hauptnutznießer ist das von der Dürre heimgesuchte Äthiopien mit Lieferungen im Wert von 36,6 Millionen Mark.

**Hilfe durch Teheran?** Zwei Pakistans, die an Bord des entführten kurdischen Verkehrsflugzeuges waren, beschuldigen Iran, die Flugschiffe auf dem Teheran-Lufthafen mit Waffen, Handgeschellen und Nylonschürzen ausgerüstet zu haben.

**DAG:** Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft strebt bei den Tarifabschlüssen 1985 eine nach Branchen gestaffelte Forderung von 4,5 bis 6 Prozent an. (S. 12)

**Festnahme:** Nach Beobachtungen westlicher Journalisten sind auf dem Puschkin-Platz in Moskau zehn Bürgerrechtler, die für die Einhaltung der Menschenrechte in der Sowjetunion demonstrieren wollten, von Polizisten in Zivil festgenommen worden.

**Wurde-Nachfolger:** Der stellvertretende FDP-Fraktionschef, Cronenberg, soll zum Nachfolger von Bundestags-Vizepräsident Wubs gewählt werden. In einer Abstimmung sprachen sich 20 FDP-Abgeordnete für ihn aus.

**Heute:** Erklärung Börsen zur Landespolitik.

ZITAT DES TAGES



99 Auf jeden Fall darf das Sprechen von sozialer Sünde niemanden dazu verführen, die Verantwortung der einzelnen zu unterschätzen; es will vielmehr die Gewissen aller dazu aufrufen, daß jeder seine eigene Verantwortung übernehme 99

Papst Johannes Paul II. in dem apostolischen Schreiben „Versöhnung und Buße“ (S. 5) FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

**EWS:** Die EG-Wirtschafts- und Finanzminister konnten sich noch nicht auf eine Stärkung des Europäischen Währungssystems einigen. Widerstand leisteten vor allem die Belgier, denen das vorbereitete Maßnahmenbündel nicht weit genug geht. (S. 13)

**Die Marke „Barclays“** werben. (S. 14)

**Zigaretten:** Nach einer einstweiligen Verfügung des Kölner Landgerichts darf der Zigarettenhersteller B.A.T. nicht weiter mit den niedrigen Schadstoffwerten für

die Marke „Barclays“ werben. (S. 14)  
**Börse:** Die Stimmung an den deutschen Aktienmärkten hat sich gestern wieder gebessert. WELT-Aktienindex: 158,8 (158,7). Am Rentenmarkt wurde der Kursanstieg gestoppt. BHF-Rentenindex: 102,850 (102,854). Performance-Index: 112,186 (112,156). Dollar-Mittelkurs: 3,0863 (3,0931). Mark-Goldpreis je Feinunze: 326,65 (326,25) Dollar.

KULTUR

**Tarzan-Film:** Dank Umsicht und Inspiration ist es Regisseur Hudson gelungen, den Feinheiten des Werkes aus der Feder des Engländers Burroughs in der 42. Tarzan-Verfilmung gerecht zu werden. Der Held wird nicht in dümmlicher Manier präsentiert, sondern sauber nachgezeichnet. (S. 23)

**Valentin-Museum:** Die Erinnerungstätt für den großen Komiker in München, feiert ihren 25. Geburtstag. In der typischen Museumslandschaft der Landeshauptstadt ist dieses Kuriosum längst zu einer lebenswichtigen Zufluchtsstätte von Blödsinn und Tiefsinn geworden. (S. 23)

**WELT-Report Messen und Kongresse**  
Unbeeinträchtigt von konjunkturellen Zyklen hält der Aufwärtstrend der Messgesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland an. Die komplexer gewordenen Welt der Messen und Kongresse stellt der farbige WELT-Report vor. Zugleich ist er eine Handreichung für das Messe- und Kongreß-Jahr '85.

SPORT

**Ski:** Für eine Überraschung sorgte der 21jährige Markus Wasmeier aus Schliersee: Er belegte beim Superriesenslalom in Sestriere den zweiten Platz hinter dem bei Luxemburg startenden Österreicher Marc Girardelli. (S. 11)

**Fußball:** Die beiden Bundesligaklubs Hamburger SV und 1. FC Köln bestreiten heute ihre Achtelfinal-Rückspiele im UEFA-Cup. Beide haben noch Chancen, sich für die nächste Runde zu qualifizieren. (S. 11)

AUS ALLER WELT

**Rekordpreis:** Ein Amerikaner erzielte in einer Auktion bei Sotheby's einen zweifachen Bestpreis aus dem Jahre 1930 zu einem Rekordpreis von rund einer Million Mark. Das Geschäft mit dem dunkelgrünen Coupé wurde per Telefon abgewickelt. Nach gut vier Minuten war die Angelegenheit abgeschlossen. (S. 3)

**Planet:** Astronomen in Arizona wollen einen heißen Gasball entdeckt haben, der um einen fernen Stern kreist. Es soll sich um den ersten außerhalb unseres Sonnensystems gefundenen Planeten handeln. (S. 24)

**Wetter:** Stark bewölkt. Verbreitet Nebel. Um 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

**Meinungen:** Der Vertreter der Nation - Leitartikel von Wilfried Hertz-Eichenrode S. 2

**Forum:** Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8 u. 10

**NRW:** Farthmann wieder im Gespräch für den Fraktionsvorsitz der SPD S. 4

**Internationales Symposium:** Pakistan beherbergt das größte Flüchtlingsheer S. 9

**Gestorben:** Ein Wegbereiter der freien Presse - Zum Tode des Verlegers Anton Betz S. 4

**Fernsehen:** Julie Christie, ein Star, der sich bewußt rasiert - Nach Wales zurückgezogen S. 22

**Chinas neuer Weg:** Die Militärische Modernisierung - Dritter Teil der Artikelreihe S. 5

**Wien:** O'Caseys „Pflug und Stern“ an der Burg - Normen im Milieu - Von E. Wickenburg S. 23

**Spanien:** Gonzalez muß die Partei beruhigen - Gegensatz Pragmatiker und Ideologen S. 5

**Stockholm:** Nobel geht's zu bei der Preisverleihung in der schwedischen Hauptstadt S. 24

Kohl: Tag der Kapitulation ohne „laute Feiern“

Kanzler denkt an Gottesdienst in Köln / Hinweis auf Neubeginn der Demokratie

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl möchte, daß der „politisch sensible“ 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation (8. Mai 1945) im kommenden Jahr nicht mit lauten Gedenkfeiern oder politischen Reden, sondern still begangen wird. „Für uns gibt es keinen Grund zu besonderen Feiern“, hieß es gestern in der Umgebung des Kanzlers. Kohl ist sich mit den Westmächten darin einig, daß es am 8. Mai 1985 nicht die Niederlage der Deutschen zu feiern gilt, daß aber das Ende der NS-Tyrannie gedacht und vor allem auf das Wiedererleben der Demokratie in Deutschland hingewiesen werden müsse. Dabei stellt man sich in Bonn darauf ein, daß die östliche Propaganda das historische Datum mißbrauchen werde, um die „Revanchismus“-Kampagne aufzuheben. Jüngste sowjetische Pressekommunikate weisen in diese Richtung.

„Mit Sicherheit“, so wurde im Kanzleramt versichert, werde es aus Anlaß des 8. Mai 1945 kein Treffen des amerikanischen Präsidenten Reagan, des französischen Staatspräsidenten Mitterrand und der britischen Premierministerin Thatcher in der Bundesrepublik Deutschland geben. Die westlichen Alliierten hätten auch von sich aus ein solches Treffen nicht ins Gespräch gebracht. Zum Beispiel habe Mitterrand „schon sehr früh“ zum Ausdruck gebracht, daß es nach der Feier der Landung der Amerikaner in der Normandie keinen Anlaß zu weiteren Veranstaltungen dieser Art gebe.

Wenn Kohls Intentionen in die Tat umgesetzt werden, dann soll am 8. Mai im Kölner Dom ein ökumenischer Gottesdienst stattfinden. In diesem Gotteshaus - Köln war am Kriegsende zu 80 Prozent zerstört - sollte, so die Überlegungen des Kanzlers, für die Kriegstoten aller Nationen, für die Opfer der Gewalttätigkeit und für die Erhaltung des Friedens gebetet werden. Diese Überlegungen wurden bereits den Repräsentanten der Kirchen erläutert. Der Regierungschef möchte ihnen die Entscheidung überlassen.

Offen ist bisher noch, ob Reagan, der vom 2. bis 4. Mai 1985 am Weltwirtschaftsgipfel in Bonn teilnehmen wird, anschließend noch zu einem zweitägigen Staatsbesuch bleibt. In der amerikanischen Regierung war für diesen Fall gegenüber der deutschen Seite gesprächsweise zu überlegen gegeben worden, ob dann nicht

Kohl und Reagan gemeinsam das frühere Konzentrationslager Dachau besuchen sollten. Aber bis zur Stunde ist unentschieden, ob Reagan einen Staatsbesuch „anhängen“ wird; Aufschlüsse darüber werden von dem privaten Treffen zwischen Kohl und dem amerikanischen Außenminister Shultz am Samstag in Ludwigshafen erwartet.

Kohl wird am 21. April 1985 auf der Gedenkveranstaltung des Zentralrates der Juden in Deutschland auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen sprechen. Zu dieser Veranstaltung werden zahlreiche ehemalige KZ-Häftlinge erwartet, die heute in Israel und in osteuropäischen Staaten leben. Das KZ war am 22. April 1945 befreit worden.

Den Versuchen der Sowjetunion, „uns in die braune Soße einzutunken“ (ein Kanzlerberater), werde nicht viel Erfolg beschieden sein, hofft man in Bonn. Die Regierung vertraut darauf, daß die Verbündeten hier ein klares Wort sprechen werden, so wie es erst am Montag der britische Außenminister Howe während seines Berlin-Besuchs getan hatte. Howe sprach von grotesken Verzerrungen des Deutschlandbildes durch die Sowjets (WELT vom 11. 12.).

Ungewißheit schreckt Studenten nicht

Trotz wachsender Akademiker-Arbeitslosigkeit bleiben die Hörsäle überfüllt

PETER PHILIPPS, Bonn

Ein großer Teil der Studienanfänger in der Bundesrepublik Deutschland geht heute bereits mit der Sorge zur Universität, nach dem Examen wahrscheinlich keinen angemessenen Arbeitsplatz zu finden. Etwa 30 Prozent, vor allem junge Frauen, werden bereits zu Studienbeginn vom Gespenst der Akademiker-Arbeitslosigkeit geplagt - aber beginnen dennoch mit dem Studium. Die meisten schaffen es trotz der Überfüllung sogar weitgehend, das Fach ihrer Wahl zu erlernen. Für 15 Prozent bleibt die Studienwahl auch nach eigenen Angaben eine Verlegenheitslösung: Sie haben keine betriebliche Ausbildungsmöglichkeit gefunden und studieren nun etwas, von dem sie selbst erwarten, daß sie auf diesem Basis am Ende keine adäquate Beschäftigung finden. Vor allem im Bereich der Wirtschaftswissenschaften konzentrieren sich die Studienanfänger, bei denen sich fehlende Studienmotivation und

schlechte Berufsaussichten mit den hohen Karriere-Erwartungen verbinden, die zur Fachwahl geführt haben. Dies sind Ergebnisse einer Umfrage unter Anfängern des Wintersemesters 1983/84, die das unabhängige „Hochschul-Informations-System“ (HIS) jetzt ausgewertet vorgelegt hat.

Mit einer Ausnahme bemüht sich die Mehrheit der Abiturienten allerdings offensichtlich, auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes zu reagieren, und stellt sich nach einem gewissen „Bremsschritt“ darauf ein: Das Lehramtsstudium wird immer seltener gewählt, trotz großen Interesses werden die Sprach- und Kulturwissenschaften wegen der erwarteten schlechten Berufsaussichten nur unterdurchschnittlich verwickelt. Die Ausnahme sind die Mediziner: Trotz der „Ärzte-Schwemme“ wünschen sich unverändert mehr als doppelt so viele einen Ausbildungsplatz als zugelassen werden.

Drei weitere bemerkenswerte Ergebnisse hat die HIS-Umfrage:

● Die Frauen können sich überdurchschnittlich schwer von „ihren“ traditionellen Studiengängen lösen und verzichten zunehmend auf eine akademische Ausbildung.

● Wenn sich der aktuelle Trend bei der Abiturienten- und Studienquote fortsetzen sollte, dann könnte - im Gegensatz zur Prognose der Kultusminister-Konferenz - „schon im Jahre 1984 der Gipfel bei der absoluten Zahl der deutschen Studienanfänger an wissenschaftlichen Hochschulen erreicht sein“.

● Die drastischen Sparmaßnahmen im BAföG-Bereich nach dem Regierungswechsel haben nicht dazu geführt, daß sich die soziale Zusammensetzung an den Universitäten zugunsten der „Reichen“ verändert. Laut HIS werden im Gegenteil die BAföG-Mittel jetzt - auf niedrigerem Niveau - stärker als früher von Studienanfängern aus Familien von Arbeitern und ausführenden Angestellten in Anspruch genommen.

Börner lehnt Neuwahlen ab

DW, Frankfurt

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) denkt trotz des Bruches mit den Grünen nicht an Neuwahlen als Ausweg aus dem parlamentarischen Pakt im Wiesbadener Landtag. Vor dem Frankfurter Pressclub sagte Börner, die Parteien müßten mit der gegebenen Situation müßig werden. Den Versuch seiner Partei, mit der Landtagsgruppe der Grünen im Wiesbadener Landtag zusammenzuarbeiten, bezeichnete er als richtig. Nach seiner Auffassung bekommt die SPD nur dann wieder eine Chance, „wenn aus den Grünen eine Partei geworden ist, die politisch fähig ist“. Für die Aufkündigung der parlamentarischen Zusammenarbeit gebe es „keinen rationalen Grund“.

Voraussetzung für eine große Koalition in Hessen sei die Einigung in Sachfragen. Dies sehe er zur Zeit aber nicht. Er könne sich nicht vorstellen, daß die CDU in Wiesbaden eine andere Politik betreiben wolle als in Bonn.

Anschläge auf NATO-Pipelines

DW, Brüssel

Die marxistischen „Kämpfenden Kommunistischen Zellen“ haben sich gestern zu sechs Anschlägen auf das Pipeline-System der NATO in Belgien bekannt. In einem Brief an die Zeitung „La Cité“ hieß es, der Krieg gegen die NATO sei das Hauptziel der Bewegung geworden. Dem Brief war das Foto eines Anschlagsschadens beigelegt. Das belgische Verteidigungsministerium bestätigte vier Explosionen an dem Pipeline-System, das Truppen in der Bundesrepublik Deutschland mit Treibstoff versorgt.

Durch die Explosionen entstanden Brände und zum Teil erhebliche Sachschäden. Nach Angaben des Ministeriums wurde eine Pumpstation bei Glons unweit von Lüttich durch zwei Explosionen beschädigt. Die Polizei meldete eine Explosion an einer Ölleitung bei Tubize, die zum NATO-Hauptquartier führt, außerdem wurde eine Pipeline in Enval bei Vierviers in Brand gesetzt.

Bern genehmigt Leopard-2-Kauf

DW, Bern

Mit 144 gegen 46 Stimmen bei fünf Enthaltungen hat der Nationalrat in Bern gestern die Regierungsvorlage zur Beschaffung des deutschen Panzers Leopard-2 genehmigt. Damit ist die letzte Hürde vor dem Kauf von 35 Leopard-2-Panzern und dem Lizenz-Nachbau von 345 weiteren Panzern in der Schweiz genommen. Die Vertretung der Kantone, der Ständerat, hatte bereits am 3. Oktober der Vorlage zugestimmt.

Die neuen Panzer können damit bereits Anfang statt erst Ende der neunziger Jahre bei den Truppen sein. Für ihre Beschaffung und Munition sind Ausgaben in Höhe von 3,365 Milliarden Schweizer Franken (rund vier Milliarden Mark) vorgesehen. Die Beteiligung der Schweizer Industrie am Leopard-Geschäft soll nach Angaben der Regierung 65 Prozent der Beschaffungssumme betragen. Die Beschaffung der Leopard-2-Panzer ist das bisher größte Rüstungsgeschäft in der Geschichte der Schweiz.

DER KOMMENTAR

Neue Wege

PETER PHILIPPS

Die junge Generation ist in einer schwierigen Situation: Ihre Zukunftsaussichten, die sich hautnah zuallererst in den beruflichen Perspektiven ausdrücken, sind zumindest vorübergehend überschattet. Im Bereich der beruflichen Ausbildung ist einerseits trotz der Rekord-Anstrengungen der Wirtschaft die Grenze der Kapazität erreicht, andererseits wird immer deutlicher, daß der einst als „Königsweg“ empfundene akademische Ausbildungsweg zunehmend in die Sackgasse führt.

Untersuchungen belegen, daß der Akademiker-Bedarf der Gesellschaft weit hinter dem schnell wachsenden Angebot zurückbleibt. Die Öffnung der Hochschulen, bei der sich einst Politiker aller Couleur gegenseitig zu übertreffen versuchten, zusammen mit der drastischen Zunahme von Studienanfängern hat nicht zu der viel beschworenen Chancengleichheit geführt. Vielmehr sind heute die Universitäten partiell zu Wärmehallen als Schutz gegen Arbeitslosigkeit geworden.

Schon seit langem bemüht sich Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms um eine notwendige Neuorientierung. Unser Land kann es sich nicht leisten, seinen einzigen „Rohstoff“, über den es wirklich in

größerem Maße verfügt, die Intelligenz und Leistungsbereitschaft seiner nachwachsenden Generation durch fehlgeleitete Bildungsströme und daraus folgende Demotivation verkommen zu lassen. Abgesehen von der Vergeudung der finanziellen Ressourcen ist niemandem damit gedient, wenn junge Menschen ein Studium „aus Verlegenheit“ beginnen, einen Weg einschlagen, auf dem man schon zu Beginn eigentlich keine Perspektive sieht.

Wirtschaft, Gewerkschaften und öffentliche Arbeitgeber sind gefordert, ihren Beitrag zu leisten: Nur wenn jetzt, zu Beginn der demographisch bedingten geringeren Bewerberzahlen, schnell neue Ausbildungswege geschaffen werden, sind die Ressourcen optimal zu nutzen. Die Wirtschaft wird mit attraktiveren, betriebsnahen und von akademischen Ausbildungen unabhängigen Karrieremöglichkeiten Abiturienten von den Hochschulen weg und motiviert in ihre Betriebe leiten müssen. Der öffentliche Dienst wird, unter verantwortlicher Mitarbeit der Gewerkschaften, endlich das „A13-Syndrom“ beseitigen müssen, damit auch hier nicht erst mit dem Universitäts-Examen der Mensch beginnt.

Prozeß gegen Priester-Mörder noch 1984?

DW, Warschau

Der zuständige Staatsanwalt hat beim Bezirksgericht Thorn die Anklageschrift gegen drei polnische Sicherheitsbeamte eingereicht, die den Priester Jerzy Popieluszko entführt und umgebracht haben. Möglicherweise werde der Prozeß noch vor Jahresende eröffnet, sagte gestern Regierungssprecher Urban vor der Presse in Warschau. Grzegorz Piotrowski, Waldemar Chmielewski und Leszek Pekala sind wegen Mordes angeklagt. Darauf steht nach Artikel 48 des polnischen Strafgesetzbuches Gefängnis nicht unter acht Jahren oder die Todesstrafe.

Ihr Vorgesetzter, Oberst Adam Pietruszka, muß sich in demselben Verfahren wegen Anstiftung und Beihilfe zu Mord verantworten. Die drei unmittelbaren Täter sind außerdem noch wegen Mordversuchs an dem Fahrer Popieluszkos, Waldemar Chrostowski, und wegen Mordversuchs an dem Priester bei einer Reise Popieluszkos am 13. Oktober angeklagt. Die Männer haben zugegeben, das Auto Popieluszkos mit Steinen beworfen zu haben.

Die innenpolitische Situation in Polen, die durch die jüngste Auseinandersetzung um Kruzifixe in Schulen belastet worden ist, kam gestern auch bei dem Gespräch des Papstes mit Bundesaußenminister Genscher zur Sprache. Dem Vernehmen nach hat der Papst die Absage der Genscher-Visite in Polen bedauert, weil er befürchtet, daß sein Heimatland mehr und mehr international in Isolierung gerät.

London kündigt Mitgliedschaft in der Unesco

SAD, London/Paris

Nach den Vereinigten Staaten hat nun auch Großbritannien ein Austrittsschreiben an die Unesco gerichtet. Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe hat Generalsekretär Amadoro Mahtar M'Bow mitgeteilt, sein Land werde am 31. Dezember 1985 aus der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur austreten, falls nicht binnen Jahresfrist dringende notwendige Reformen durchgeführt würden. Während der verbleibenden zwölf Monate sei London bereit, sich an einem Reformprogramm zu beteiligen.

Die Unesco-Krise ist von den USA ausgelöst worden. Washington beendete seinen Beitritt zum Austritt damit, daß die in Paris arbeitende Organisation in den Sozialistischen Politik geraten und ein aufgeblassener Verwaltungsapparat geworden sei. Wiederholte Proteste der Amerikaner gegen diese Zustände hatten keine Wirkung gezeigt. Da die USA Ende dieses Jahres ihre Beitragszahlungen einstellen werden, der Unesco schon 1985 25 Prozent ihrer bisherigen Finanzmittel fehlen.

Das britische Außenministerium übt in seinem Schreiben ähnliche Kritik, wie sie auch in Holland, Belgien, Italien, Kanada, Japan und skandinavischen Staaten geäußert worden ist. Unesco-Generalsekretär M'Bow hat seinerseits den USA vor geworfen, die Unesco „seit 1947 politisiert“ zu haben. Seitdem seien Unesco-Delegierte Vertreter ihrer Regierungen und nicht, wie früher, Vertreter unabhängiger Organisationen.

Genußeröffnung auf gut kölsch.

Gaffel ist die Kölsch-Spezialität, die echten Genuß erschließt. Bei diesem Spitzenberg schätzt man den unverwechselbaren Charakter, den angenehmen herb und herrlich erfrischenden Geschmack.

Gaffel-Kölsch ist hell und obergärig, natürlich rein und überaus bekömmlich. Aus der Flasche ebenso wie vom Faß. Eine echte Kölner Traditionsmarke, die besser nicht sein kann.



Die feine Spezialität. Ausgezeichnet im Geschmack.



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Reagans Modell

Von Thomas Kielinger

Wenige Tage vor der amerikanischen Wahl wurde ein Industriearbeiter in Kalifornien vor dem Fernsehen befragt, ob er nicht wisse, daß unter den vier Jahren Reagan-Regierung Kapital umverteilt worden sei: 25 Milliarden Dollar, die in die höheren Regionen von Besitz und Investition umdirigiert wurden, qua Steuerreform. Und: wen er zu wählen gedenke.

Natürlich Ronald Reagan, sagte der Mann. Erstens habe er einen Job. Und zweitens hoffe er, irgendwann einmal selber in die höheren Einkommen aufsteigen zu können.

Der Satz stellt ein klassisches Bekenntnis des amerikanischen Mittelstandes dar – und eine klassische Erklärung, wie sich in modernen Industriegesellschaften Produktivkräfte und Unternehmensegeist freisetzen lassen, ohne daß gleichzeitig der Geist des Neides aus der Flasche entfliehet. Zwei Voraussetzungen dafür hat die Reagan-Administration erbracht: Sie hat in den zwei Jahren seit der letzten Rezession zweieinhalb Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen; der Trend hält trotz Abflachung des Aufschwungs an. Und sie hat die Steuerinduzierung durchgesetzt, das heißt, sie hat der leidigen Progression durch Inflation („bracket creep“) ein Ende bereitet.

Die Arbeitnehmer – auch das gehört zu einem Sozialpakt – haben ihrerseits Abstriche gemacht: Neue Jobs finden sich vornehmlich im (schlechter bezahlten) Dienstleistungsgewerbe, und manche der alten Arbeitsplätze in den Basisindustrien waren nur unter Einkommenseinbußen zu halten.

Eine Lehre für die deutsche Diskussion um „Verteilungs-gerechtigkeit“? Durchaus. Gerechtigkeit kann nicht bedeuten, daß alle gleich mitnutzen und einsatzunfähig werden. Wer Symmetrie nur als Umverteilungsaufgabe ansieht statt als Ausgleich zwischen politischem Instrumentarium und erhoffter Produktivitätswirkung, verschenkt die Chance der Politik: Mit dem Anreiz neuer Arbeits- und damit Aufstiegsmöglichkeiten das wohlfahrtsstaatliche Abhängigkeitsyndrom zu durchbrechen. Denn nur mit der Aussicht auf Leistung, die sich lohnt, statt weggesteuert zu werden, wird dem Bürger das lebenswichtige Gefühl der Eigenverantwortung zurückgeschenkt.

## Jugend und DGB

Von Enno v. Loewenstern

Im DGB denkt man darüber nach, daß die Gewerkschaften einen Mitgliederzuwachs (1982-1983) von 1,3 Prozent haben, bei den jungen Menschen bis 25 aber von vier Prozent. DGB-Jugendsekretär Westermann hat eine Erklärung: Skandale wie der um die Neue Heimat kosteten „Glaubwürdigkeit“.

Zu seiner Ehre sei es gesagt, daß er auch andere Ursachen sieht. Etwa, daß die Jugend die Gewerkschaften mehr als Überredung denn als Überzeugung erfährt: „Hauptsache, Mitglied – egal, wie und warum“, daß sie sich, eher ausgeliefert denn als aktiver einflussnehmender Bestandteil fühlt.

So werden von anderen Jugendsekretären Einfälle präsentiert, wie man den gelangweilten Nachwuchs unter die Fahne holen könnte: Mehr Berufsschularbeit, betriebsbezogene Stammtisch- und Stadtratsarbeit, auch zusammen mit Ausländern. Oder eine „Fahrradstafette“ durch die Bundesrepublik, um für eine atomwaffenfreie Zone Mitteleuropa zu werben.

Toll. Da weiß man, wofür man Beitrag zahlt – damit man Funktionäre am Stammtisch hat oder mit ihnen radeln darf.

Man geht zur Gewerkschaft, damit man bessere Chancen hat: mehr Lohn und sicheren Arbeitsplatz vor allem; vielleicht gute Beratung, Hilfe zu besserer Ausbildung. Hat man das, so verzichtet man nicht darauf, weil ein Herr Vietor sich eher gemein als gemeinwirtschaftlich verhielt. Hat man das nicht, dann halten einen auch keine Mätzchen, schon gar nicht solche, die ohnehin nur eine Minderheit interessieren.

Der DGB muß sich fragen, wieviel er zu Zynismus seines Nachwuchses beigetragen hat durch zynische Politik: sinnlose Streiks um einer Machfrage willen; Rücksichtslosigkeit gegenüber Arbeitslosen zugunsten von Arbeitsbesitzern; Aufkommen eines in Soziologie-Seminaren rekrutierten Funktionsklüngels in den mittleren Etagen, der Schwielen nicht an den Händen, sondern am Gesäß hat, der sich nicht für die arbeitenden Menschen, sondern für ideologische Umtriebigkeit zuständig fühlt. Der DGB muß sich auch danach fragen, wie viele seiner Funktionäre durch Leistungsverweigerung und Systemkritik eine Einstellung förderten, die das Manna vom Himmel erwartet und auch keinen Anlaß sieht, dazu durch Mitgliedsbeiträge beizutragen. Radstafetten? Radfahrer sehen sie genug. Sie wollen Arbeitnehmerpolitik sehen.

## Klassenkämpfers Zorn

Von Carl Gustaf Ströhm

Es entspricht dem dichotomischen und manichäischen Weltbild der Sowjets, überall dort, wo sie nicht bedingungslose Unterordnung finden, Verschwörung, Verrat und finstere Umtriebe zu wittern. So ist es nicht verwunderlich, daß die „Prawda“ sich Papst Johannes Paul II. – dem Polen auf dem Stuhl Petri – vornimmt. Dieser Papst, so lesen wir, habe sich gegen den Marxismus-Leninismus „verschworen“ und stehe mit den Amerikanern im Bunde. Er benutze eine „religiöse Tarnung“ für die Unterstützung imperialistischer Politik. Aktueller Anlaß ist die Tatsache, daß der Papst die „Theologie der Befreiung“ verurteilt, die ja praktisch die Unterstützung einer besonders krassen Form des Imperialismus ist.

Es stellt für die „Prawda“ keinen Trost und erst recht keinen mildern Umstand dar, daß Johannes Paul II. nicht nur im Kommunismus, sondern auch im Kapitalismus gewisse „soziale Sünden“ erkennt. Wer ein so verzerrtes Weltbild hat wie die sowjetischen Kommunisten, der kann sich mit subtilen Unterscheidungen nicht abgeben.

Für die Sowjets ist der „Rechtsruck“ des Vatikans um so schmerzlicher, als der Papst mitten in diese Polemik hinein durch eine neuerliche Erklärung, diesmal eine ausdrückliche Verurteilung des „Klassenkampfes“, seine Unbeirrbarkeit belegt. Dazu die Verurteilung der (von den Kommunisten mit Vorliebe gepflegten) Bildung von „festen Fronten zwischen den Blöcken und Nationen“ sowie „innerhalb der Nationen“.

Es ist fraglich, ob die Redakteure der „Prawda“ und ihre „Hintermänner“ (um ausnahmsweise im Bolschewistenjargon zu bleiben) überhaupt wissen, was die menschliche Seele ist. Sie ordnen Theologie und Kirche, Papst und Geistlichkeit in ihr schlichtes Freund-Feind-Schema ein: Wer nicht dem Marxismus-Leninismus huldigt und sich nicht als nützlicher Idiot benutzen läßt, der ist eben ein Finsternis und steht im Dienste ebenso geheimnisvoller wie bössartiger reaktionärer Kräfte. Die Russen, so sagte einmal ein kluger Mann, wollen keinen politischen, sondern, wenn schon, einen italienischen Papst.



„Wir hebeln doch am selben Strang – oder?“

## Der Verteiler der Nation

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Im öffentlichen Palaver der unendlich wiedergekauften Argumente mal eine ehrliche Meinung zu hören bereitet Vergnügen. Und das um so mehr, je kräftiger das Herz erfrischende mit Temperament gewürzt wird. Vom Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Wolfgang Zeidler, weiß man, daß er zu solchen Soli fähig ist. Gern möchte man auch sein „Spiegel“-Gespräch als Ausdruck seines Temperaments genießen. Doch bei genauer Lektüre kommen einem Zweifel. Das liest sich eher wie ein gezielter Schuß auf die in Bonn.

So meint Zeidler, die Botschaft, die das Bundesverfassungsgericht mit seiner Rechtsprechung zum Steuerrecht aussende, sei in Bonn wohl noch gar nicht angekommen. Die Steuerreformpläne seien weitgehend auf Sand gebaut. Das Steuersystem werde „zunehmend weniger“ dem verfassungsmäßigen Sozialstaatsprinzip gerecht. Und das Steuerrecht werde immer rückständiger, immer weniger innovationsfähig und damit immer ungerechter. Zeidler merkt an: „Wo die Möglichkeit zur Reform fehlt, wird Revolution legitim.“

Aus dem Munde des Verfassungsgerichtspräsidenten ist das eine höchst ungewöhnliche Sprache. Treibt Zeidler die Sorge um der Bundesfinanzminister und mit ihm Kanzler und Koalition verliert sich mit ihrer Steuerreform in einer Sackgasse? Man könnte es aus seiner im Allgemeinen gewendeten Bemerkung schließen, die „Häupter des politischen Betriebes“ seien einfach nicht, daß sie „mit Sicherheit ins offene Messer laufen“, daß sie Gesetze entwürfen, die zu nichts anderem führen könnten, als dazu, daß sie für verfassungswidrig erklärt werden.

Wenn der Präsident des Bundesverfassungsgerichts zu dem Urteil gekommen sein sollte, die Bonner Regierung und Koalition seien in solchem Maße von Verfassungsnormen befallen, daß er das Wort „Revolution“ in den Mund nehmen müsse, dann wäre er besser in die Bundeshauptstadt gefahren, um mit dem Bundeskanzler unter vier Augen ein ernstes Wort zu reden. Davon hätte er sich eher die gewünschte Wirkung versprechen können, als von seinem öffentlichen Bülleschuld. Oder ist Zeidler schon so weit, zu glauben, bei Kohl und Stollberg seien längst Hopfen und Malz verloren?

Prüfen wir also, was der Präsident des höchsten Gerichts für geboten hält. Er sagt, da werde immer von den



Richterliche Zurückhaltung oder Temperament: Zeidler  
FOTO: JUPP DARCHINGER

Besserverdienenden geredet, aber es gehe zunächst einmal um die steuerliche Behandlung der Schlechterverdienenden und darum, daß Milliarden-Beträge umgeschichtet werden müssen.“ Er führt zu Recht die deklarierte „Familienfrage“ an, sieht die Betreuung der Kinder im Steuerrecht grob vernachlässigt, er meint, unser Steuerrecht sei zwar sehr sehr freundlich, aber ausgesprochen familienfeindlich. Unser Staatswesen verfüge nicht einmal über den Verstand eines Wolfarudels, das die Aufgabe des Nachwuchses für die vorrangige Aufgabe halte. Gut gebellt, kann man da nur sagen.

Weiter: Zeidler meint, Steuerrecht, Sozialrecht und Familienrecht sollten nicht länger im „Kästchendenken“ isoliert, sondern in ihrem Zusammenwirken gesehen werden. Das könnte in der Tat ein Reformprogramm gerade einer unionsgeführten Bundesregierung sein, vorausgesetzt, Richtgröße wäre die normale Familie und nicht die zerbrochene oder erst gar nicht zustande gekommene, wie es Zeidler vorzuschweben scheint. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts macht sich über eine „Negativsteuer“ Gedanken und vollzieht damit nach, was seit Jahren auch in anderen Köpfen umgeht. Natürlich hat er auch recht, wenn er einmal mehr das Beispiel bringt, es sei ein Unding, daß jemand – aus welchen Gründen immer – im Jahr 27 960 DM Sozialhilfe beziehen könne, während einer, der arbeite und den gleichen Betrag verdiene, davon im Jahr 2638

DM Lohnsteuer bezahlen müsse. Über all das kann man in der Sache reden. Doch dann kommt's, und zwar knippen. Um Milliarden-Beträge umschichten zu können, entdeckt Zeidler „fast immer öftliche Goldadem“, ja „ganze Goldberge“. Er will an die Subventionen und Steuervergünstigungen herangehen – gut; aber dann beschwört Zeidler ausgerechnet Jochen Steffens Geist: Der Spitzensteuersatz von 56 Prozent sei nicht mit ehernen Letztum geschrieben! Wie war das doch auf dem sogenannten Steuerparteitag der SPD anno 1971? Da wollte Steffen den Spitzensteuersatz auf 60 Prozent heraufschrauben und gab die sprichwörtlich gewordene Parole aus, man müsse die Belastbarkeit der Wirtschaft erproben. Karl Schiller, damals in Amt und Würden, stieß den ebenfalls sprichwörtlich gewordenen Ruf aus: „Die wollen ja eine andere Republik.“ Er rief den Genossen, die Tassen im Schrank zu lassen. Holt jetzt ausgerechnet der Präsident des Bundesverfassungsgerichts die Tassen aus dem Schrank?

Zeidlers nächstes Patentrezept: Da der Staat darauf verzichte, Haus- und Grundbesitz nach dem Verkehrswert zu besteuern, werde „das materielle Prinzip der Steuererechtigkeit in solchem Maße mächtig“, daß seit 1948 von Einnahmeverzichten des Staates in Höhe von mehreren 100 Milliarden Mark ausgegangen werden kann, wahrscheinlich mehr, als heute die gesamte Verschuldung aller öffentlichen Hände beträgt.“ Diese Weisheit scheint Zeidler irgendeinem alten Juso-Program entlehnt zu haben. Das mindeste, was man ihn fragen muß, ist: Meinte er, als er von „Revolution“ sprach, vielleicht einen Populisten-Aufstand? Will er die vielen „kleinen Leuten“, deren ganzer Stolz und sichtbare Lebensleistung das eigene Häuschen ist, auf die Barrikaden treiben?

Bei allem Respekt vor seinem hohen Amt möchte man Wolfgang Zeidler die Mahnung seines ehemaligen Richterkollegen Martin Hirsch in Erinnerung rufen, die Herren in der roten Robe sollten mehr Zurückhaltung üben. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts bringt sich um alles Vertrauen, wenn er sich dem Verdacht aussetzt, er orientiere sich mehr an einer verteilungsgerechten Ideologie als an den Gesetzen.

## IM GESPRÄCH Fernando Cardenal

### Zum Tempel hinaus

Von Werner Thomas

Am 19. Juli dieses Jahres wurde bei den Feiern zum fünften Jahrestag der sandinistischen Revolution auf dem Platz „Comandante Carlos Fonseca“ eine Abstimmung veranstaltet: Junta-Chef Daniel Ortega präsentierte den designierten Erziehungsminister Fernando Cardenal mit der Frage: „Seid ihr mit dieser Ernennung einverstanden?“ Die Menge antwortete „si“ und skandierete „Foder popular“, alle Macht dem Volk. Cardenal bedankte sich strahlend für die Ovationen.

Das Ereignis hatte jetzt ein Nachspiel: Der Jesuiten-Pater wurde von seinem Orden ausgeschlossen. Zum ersten Mal bestrafte Rom das revolutionäre Engagement nicaraguanischer Priester mit einer drastischen Maßnahme.

Fernando Cardenal (54) ist der einflussreichste Priester in Regierungsdiensten. Einflußreicher als sein älterer und international bekannterer Bruder Ernesto, der Kulturminister, als Außenminister Miguel d'Escoto oder Edgar Parrales, früher Sozialminister, heute Managua's Botschafter bei der Organisation Amerikanischer Staaten in Washington.

Der überzeugte Marxist erfüllte von Anfang an ideologische Aufgaben. Er organisierte die Alphabetisierungskampagne in der ersten Hälfte des Jahres 1980, die auch Klassenkampf-Parolen lehrte. Er kümmerte sich anschließend um den Aufbau des sandinistischen Jugendverbandes und ließ sich dabei von FDJ-Funktionären beraten. Im Sommer dieses Jahres, als der Erziehungsminister, der studierte Pädagoge Carlos Tuennemann, Änderungswünsche äußerte, wurde Cardenal das Erziehungsministerium angeboten – ein Schlüsselressort.

Cardenal akzeptierte, obgleich er von seinem Ordensgenossen Hans Kolvenbach, einem Holländer, gewarnt worden war. Seit der Machtübernahme der Sandinisten vor fünfzehn



Den Papst herausgefordert: Fernando Cardenal FOTO: CAMERA PRESS

Jahren schwellt der Konflikt zwischen der linken Volkskirche und der Amtskirche, hinter der der Vatikan steht. Immer wieder widersetzten sich die geistlichen Minister dem Wunsch der Bischöfe und des Papstes, ihre weltlichen Ämter aufzugeben. Sie fühlen sich „der Revolution verpflichtet“, betonen sie. Sie erklärten sich lediglich einverstanden, ihre priesterlichen Funktionen nicht auszuüben, solange sie ihre politischen Posten haben.

Der Papst, der im März 1983 in Managua den Konflikt persönlich kennenlernte, als ihn sandinistische Aktivisten, unter ihnen Ernesto Cardenal, bei einer Messe mit „alle Macht dem Volk“-Rufen niederschrien, empfand Fernandos Ernennung als „neue Provokation“ – so Erzbischof Miguel Obando y Bravo damals. Diese Erklärung signalisierte, daß Rom diesmal nicht schweigen würde. Zudem deuteten Vatikan-Kreise an, daß über Fernando Cardenal und die anderen drei Priester noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Weitere Schritte seien den Bischöfen Nicaragua vorbehalten, hieß es.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### AUGSBURGER ALLGEMEINE

Die bemerkt man Thema Flick-Spenden nach Spanien:

Vor einem spanischen Untersuchungsschuss schwor Wischniewski am Montag Stein und Bein, niemals Geld nach Spanien gebracht zu haben, schon gar nicht Flick-Millionen. Sein Parteifreund Peter Struck bedauerte, mißverstanden worden zu sein, denn von ihm stammt die Erklärung, die SPD habe ihre Flick-Millionen nicht in die eigene Tasche gesteckt, sondern den spanischen Sozialisten zukommen lassen, via Wischniewski... Wischniewski und Struck mußten als Entlastungszeugen auftreten. Was ihnen offenbar umso leichter fiel, als Geld bekanntlich nicht stinkt und Flick nur auf nachgemachten Geldscheinen der Grünen figuriert. Blicke nur zu fragen: Wo sind denn die vier Flick-Millionen geblieben?

### Rhein-Zeitung

Das Koblenzer Blatt äußert sich zur Zwangsannektierung:

Der Bonner Regierung trauen manche Leute einfach alles zu. Zum Beispiel auch den Ersatz für die verfassungswidrige Zwangsannektierung... Frage: sollen die Leute, die beispielsweise als Freiberufler keine 40-Stunden-Woche kennen, die auf tarifliches Sicherheitsnetz verzichten, die schaffen oder schufen, bestraft werden, weil sie sich in ihrem Beruf engagieren?

### NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zu den Äußerungen Howes heißt es hier: So scharf wie der britische Außenminister Howe hat bisher kein Ver-

### LES ECHOS

Zum Kampf polnischer Schüler um die Kruzifixe in ihren Schulklassen und zur Popeluszko-Affäre schreibt die Prawda-Wirtschaftszeitung:

Die polnischen Bischöfe haben sich diesmal voll und ganz hinter die Schüler von Wioszczoza gestellt, die ihre Schule besetzen, um gegen die Entfernung der Kruzifixe aus den Klassenzimmern zu protestieren... Sie sind nämlich davon überzeugt, daß die höchsten staatlichen Stellen an dem Mord des Priesters Jerzy Popeluszko durch Agenten der Geheimpolizei beteiligt sind, und sie wollen nicht der Propaganda Glauben schenken, derzufolge die Verantwortung bei einer mit der Führungsmannschaft rivalisierenden Gruppe liege. Man hatte Säuberungen unter den Anhängern einer „harten“ Linie angekündigt. Doch nichts geschah, um diese guten Absichten in die Tat umzusetzen. Im Gegenteil, die Einschüchterungsversuche gegenüber den Priestern mehren sich und die Kruzifix-Affäre beweist, daß man von einem historischen Kompromiß zwischen der Kirche und dem kommunistischen Regime weiter entfernt ist als je zuvor.

## Wie wäre es mit Sonderschulen anders herum?

Wenn der Staat seine Pflicht zur Begabtenförderung versäumt / Von Monika Weichert-v. Hassel

Die klassischen Revolutionen wurden und werden so inszeniert, daß sie schnell, meist blutig und mit solchen Allgemeinurteilen über die Bühne gehen, daß die Leute in den Logenplätzen ebenso Betroffene sind wie die Stehplatzinhaber. Die gesellschaftliche Revolution in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1969/72 und 1982 lief nicht als Bühnendrama, das am nächsten Morgen im In- und Ausland zu rezensieren gewesen wäre. Vielmehr fühlte sie sich mit der Hartnäckigkeit der Gartenwinde durch das Gewächse und verletzte dessen Wurzeln. Nun reißt sich mancher die Augen über dieses neue Grün.

Das staatsphilosophische Vermächtnis der französischen Revolution und des Zeitalters der Aufklärung wurde nicht veredelt, sondern pervertiert. Schnell wird suspekt, wer sich der Früchte seiner Leistung zu freuen wagt. Die emotionale Aufladung der breit geführten Diskussion über das Reizwort „Elite“ zeigt den Grad der Begriffsverwirrung. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – keiner der drei Kernbegriffe von 1789 wird bei uns so korruptiert wie der Begriff der „Gleichheit“. Natürlich sind alle Menschen „gleich“ in ihrer Menschenwürde, in deren Unantastbarkeit. Und nichts anderes lehrt der christliche Glaube, als daß jeder für sich vor Gott den gleichen „Wert“ habe.

Was aber bedeutet dann „Elite“? Vor Genscher war es wohl zuletzt der damalige Innenminister Gerhard Schröder, der sich Anfang 1985 (!) in einer Rede in der Evangelischen Akademie Bad Boll über „Elitebildung und Soziale Verpflichtung“ mit einem Bekenntnis zur „Elite“ im demokratischen Staatswesen hervortat.

Schröder unterschied sie ausdrücklich von den Führungseliten in totalitären Staaten. Er sagte: „Es zeigt sich... daß die Frage der Elitebildung in der demokratischen Ordnung... auf ein Erziehungsproblem hinausläuft.“

Ohne Elitebildung sei der demo-

kratische Staat von der ständigen Gefahr bedroht, der Tyrannei zu verfallen. „Gerade weil es keine Elite sich anbietende privilegierte Schicht geben kann, bedarf sie (die Demokratie) mehr als jedes andere Staatsgebilde der Leitung und des Vorbildes von Menschen, die trotz hervorragender Befähigung nicht besondere Vorrechte beanspruchen, sondern sich in erster Linie durch ihr Verpflichtungsbewußtsein auszeichnen.“

Unter „Elite“ soll also jene Gruppe verstanden werden, die nicht durch Geburt oder Geld, sondern durch eigene Leistung in Sonderschulen gelangt und im Falle persönlicher Versagens diese Funktionen wieder abgibt.

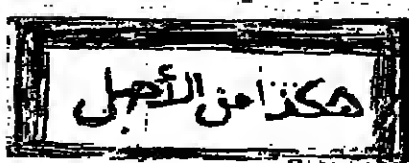
Nun genügt es aber nicht, erst im Hochschulbereich mit der Auslese und Förderung künftiger Eliten zu beginnen. Pädagogisch gesehen, ist die Auslese sogar zum Zeitpunkt der Beendigung der Grundschule bereits sehr spät. Doch ist eine in diesem Alter auf Differenzierung in Haupt-, Real- und Oberschule angelegte Pädagogik sinnvoller als diejenige der in-

tegrierten Gesamtschule oder der niederschulischen Erprobungsstufe, welche die Hochbegabten zur Zeitverschwendung zwingt. Spitzenbegabungen – das ist pädagogische Erkenntnis – sind bereits im Vorschulalter soweit herauskristallisiert, daß man sie im Testverfahren „greifen“ kann. Solche Tests werden gegenwärtig angewandt, allerdings nicht, um Spitzenbegabungen zu ermitteln, sondern um – sechs Wochen nach Beginn des Grundschulbesuches – Minderbegabungen zu ermitteln, die gegebenenfalls auf Sonderschulen gefördert werden.

Das Recht des einzelnen, seinen Anlagen gemäß gefördert zu werden, ist in unserer Gesellschaft weitestgehend verwirklicht für alle Defizit-Fälle. Wo hingegen die individuellen Anlagen nicht defizitär, sondern überschüssig sind, bleibt das Individuum allein. Auch hier ist die Finanzpolitik ein Stück solcher Gesellschaftspolitik: Die Aufwendung zum Ausgleich medizinischer und sozial anerkannter Defizite sind steuerlich absetzbar, die Ausgaben zur

Förderung besonderer Begabungen nicht. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums aber muß auch für das geistige Eigentum gelten. Darüber ist zu wenig nachgedacht worden. Eine Gesellschaft, die es sich durch Gesetzgebung selber nicht gönnt, die in ihr schlummernden besonderen Begabungen zum Nutzen des Gemeinwohls frühzeitig und optimal heranzubilden, betrügt sich um die Zukunft.

Zwei Prozent eines Geburtsjahrganges können nach dem Maßstab der üblichen Intelligenztests als hochbegabt eingestuft werden. Auch dies ist gesicherte pädagogische Erkenntnis. Sowohl der Staat in Gestalt von Ländern und Kommunen als auch die verschreckten privaten, sprich: wirtschaftlichen, Mäzene sollten darüber nachdenken. In Zusammenarbeit mit Erziehungswissenschaftlern Modellversuche mit Grundschulen für Hochbegabte zu beginnen, die nach dem Muster der Sonderschulen für Minderbegabte zu organisieren wären. Eben: Sonderschulen anders herum.





# Ein Bentley und seine Legende gehen nach Amerika

Mehr als eine Million Mark erbrachte bei Sotheby's in London ein Bentley, der Automobilgeschichte geschrieben hat.

Von PETER MICHALSKI

Verkauft für 246 000 Pfund an den Gentleman am Telefon", lächelt Auktionator Malcolm Barber und donnert das Elfenbein-Hammerchen zufrieden auf sein Eichenpult. In der Exerzierhalle des 249 Jahre alten Zeughauses der "ehrwürdigen Artillerie-Compagnie" rühren sich mehr als tausend Handpässe zu spontanem Applaus.

Das Versteigerungshaus Sotheby's (gegr. 1744) hatte zum Oldtimer-Verkauf an der Londoner City Road gerufen, und die Automobil-Fans kamen – aus Deutschland und Amerika, aus England und Japan, aus Frankreich und einem halben Dutzend anderer Länder. Und zumindest die Deutschen, die Engländer und die Amerikaner können zufrieden sein.

Die Deutschen, weil der teuerste Gebrauchtwagen aller Zeiten immer noch ein Mercedes ist. Den Rekordpreis erbrachte im Februar 1979 in Los Angeles ein 1938er Kabrio vom Modell 540 aus der Cohn-Sammlung. Ein Anrufer aus Monaco erhielt damals den Zuschlag bei 421 040 Dollar. Das waren nach damaligem Kurs 1 085 000 Mark, nach heutigem gar 1,29 Millionen.

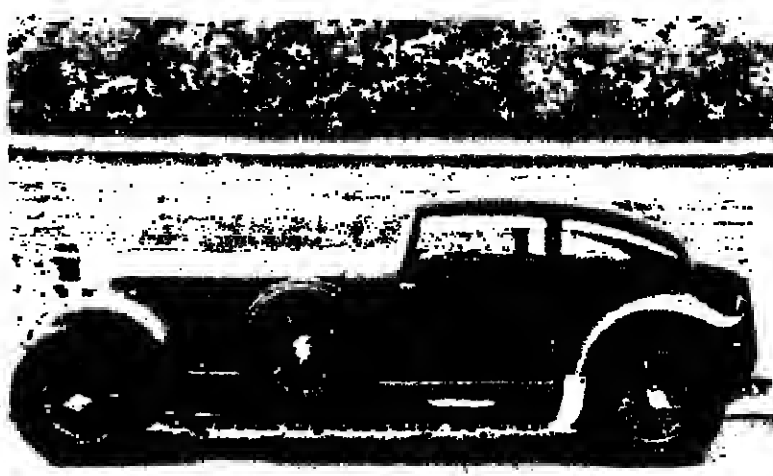
Die Engländer jubeln, weil dank der Devisenkurs-Entwicklung der letzten Jahre seit Montagabend ein britisches Mobil zumindest den höchsten Sterling-Preis der Welt für sich in Anspruch nehmen kann, eben jener grüne 246 000-Pfund-Bentley für den Mann am Telefon. Der neue Besitzer muß außerdem noch zehn Prozent Käuferprovision hinblättern, macht summa summarum 270 600 Pfund – verglichen mit 210 520 Pfund zum seitherzeitigen Kurs für den Mercedes – oder 1 010 691 Mark.

Und die Amerikaner können lachen, weil das 54 Jahre alte Superauto, ein 6,6-Liter-Sachssynder mit einer Leistung von 37,2 PS, demnächst in Kalifornien zu bestaunen ist. Der "Gentleman am Telefon" war nämlich ein transatlantischer Anrufer, ein auf Namenlosigkeit bestehender Privatsammler, der seinen historischen Fuhrpark bei Candy Store in der Nähe von San Francisco zur Schau stellt.

Der Amerikaner und ein ebenfalls ungenannter Anrufer aus Paris lieferten sich fast fünf Minuten lang eine atemberaubende "Saalschlacht" um den Bentley. Sie wurde von dem bürgerlichen Auktionator im Smoking mit der Mitteilung eröffnet: "Sieben Gebote für 80 000 Pfund liegen mir bereits vor. Wer bietet mehr?"

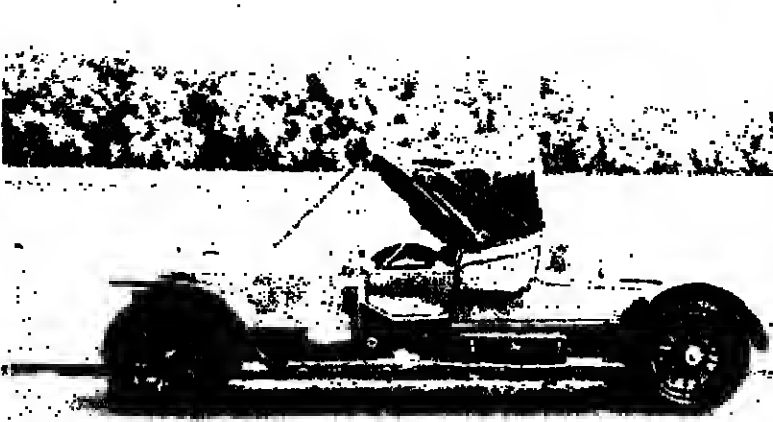
Das zweiteilige und zweisitzige Coupé ist ein legendäres Fahrzeug in der britischen Automobil-Geschichte. Im März 1931 gewann es eine spektakuläre Wettfahrt mit dem berühmten "Train Bleu" Monte Carlo-London.

Es war damals fast wie bei Phileas Fogg und seiner Wette, es "in 80 Tagen um die Welt" zu schaffen. Joel Barnato, genannt "Baby", galt als der beste Werksfahrer bei Bentley. Mit



Für rund 1 010 000 Mark ging dieser Bentley von 1930 nach USA

FOTOS: SOTHEBY'S



Dieser Rolls-Royce aus dem Jahre 1911 erzielte „nur“ 287 000 Mark



654 000 Mark waren dem Besitzer des Mercedes 540 K (1937) zu wenig

zwei Jahren bereits Multimillionär und später fast 20 Jahre lang Bentley-Direktor, hatte er auf einem gleichen Modell das 24-Stunden-Rennen von Le Mans im Jahre 1929 und 1930 gewonnen. An jenem Märztag 1931 verabschiedete er einen zugreisenden Freund mit den Worten: "Wetten, daß ich per Auto England erreiche, bevor du mit deinem 'Blauen Zug' in Calais eintriffst?"

Es ging nicht so sehr um die hundert Pfund als vielmehr um die guten Namen Barnato und Bentley. Die Wettfahrt war bis aufs i-Tüpfelchen geplant. In Aix-En-Provence wurde noch einmal aufgetankt. In Lyon blieb eine Tankstelle eigens für ihn bis in die Nacht geöffnet. Und in Auxerre hatte er sich auf offener Straße mit einem Tankklaster verabredet. 10:30 Uhr Eintreffen im Kanalhafen Boulogne. 11:30 Uhr Abfahrt der Fähre. Um 15:20 Uhr rollte der Bentley über eine Londoner Themse-Brücke, vier Minuten vor der planmäßigen Ankunft des "Train Bleu" in Calais. Barnato hatte den Zug um mehr als vier Stunden geschlagen.

Die 63jährige Tochter des Teufelsfahrers, die bis vor fünf Jahren selbst oft am Steuer des Bentley gesessen hatte, strahlte nun neben dem Auktionators-Podium: "Joel wäre begeistert, wenn er wüßte, wieviel jemand dieses Auto heute wert ist."

Weniger Begeisterung über den Verlauf des Abends empfand ein in Köln lebender britischer Geschäftsmann. Sein wunderschön restaurierter Kompressor-Mercedes 540 K, ein silbernes, 1937 an den steinreichen Maharadscha von Inore ausgeliefertes Kabrio mit Rechtslenkung, blauem Ledersitzen und blauem Falterverdeck, schaukelte sich „nur“ bis 654 000 Mark hoch. Das war weniger als der erhoffte Preis, und der Wagen wurde zurückgezogen.

Der Mercedes war der einzige „Ladenhüter“ des Abends, an dem 14 Oldtimer, ein Motorrad und vier Kutschen aus dem Marstall des schwedischen Hofes binnen 45 Minuten mehr als 2,8 Millionen Mark erbrachten. Ein 73 Jahre alter Rolls-Royce aus dem Besitz des Herzogs von Buccleuch ging für 287 595 Mark weg. Zusammen mit der nachgebauten Karosserie erstand der englische Privatkäufer einen Heckkoff, in dem der Herzog seine Heißluftballons zu verstauen pflegte, und einen aufs Trittbrett montierten Picknick-Kasten mit Besteck aus Massivsilber, versilberten Schüsseln und Geschirr aus erlesenen Porzellan. (SAD)

# Geht es den Hausbesitzern zu gut?

Der Vorwurf, sie hätten Milliarden Mark Steuern zuwenig gezahlt, erregt die Hausbesitzer. Erhoben hat ihn der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Sind die Häuslebauer im Besitz einer Goldgrube, die der Staat ausbeuten sich weigert oder zu feige ist?

Von PETER GILLIES

Wolfgang Zeidler, der höchste Verfassungsrichter, hatte in einem „Spiegel“-Interview von einer ungeheuren Bevorgung teils des Grundeigentums, teils aber auch der Gewinne, die aus dem Handel mit Grundstücken fließen, gesprochen. Er plädierte dafür, die heutige Einheitswerte, nach deren Grundbesitz besteuert wird (dreifach durch Grund-, Vermögen- und Erbschaftsteuer), durch die höheren Verkehrswerte abzulösen.

In der Tat liegt hier ein Problem, an dem sich schon mehrere Bundestage und alle Parteien versucht haben: die Aktualisierung der Einheitswerte. Eigentlich sollten die Werte alle drei Jahre festgestellt werden, aber die Finanzbehörden sind damit überfordert, denn sie müssen für jedes Objekt komplizierte Berechnungen anstellen. Im Grunde stammen die Werte aus dem Jahre 1964, sind 1974 mit einem 40prozentigen Zuschlag erhöht worden und nach dem Willen des Gesetzgebers schon längst wieder korrekturbedürftig.

Um wieviel liegen nun die steuerlichen Einheitswerte unter den von Zeidler geforderten Verkehrswerten? Friedrich Adolf Jahn, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbauministerium, meinte gestern, bei unbebauten Grundstücken betrügen die Einheitswerte etwa ein Zehntel der Verkehrswerte, bei bebauten Grundstücken entsprächen sie einem Fünftel bis einer Hälfte der Verkehrswerte. Indes sei die Besteuerung vor allem eine politische Frage, meinte Jahn. Und diese Regierung wolle vor allem den breiten und einkommensschwachen Schichten den Einstieg in das Eigentum eröffnen – auch durch niedrige Steuern.

Die Hausbesitzerverbände sind über die Darstellung Zeidlers aufgebracht. Seine Behauptung, das Grundeigentum sei steuerlich „ungeheuer bevorzugt“ und hätte nach dem Kriege Hunderte von Milliarden an Steuern zahlen müssen, ist nach Ansicht der Hausbesitzer von „erschreckender Unkenntnis“ geprägt und „politisch einseitig“, so Theodor Paul, Präsident des Zentralverbandes der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, gestern gegenüber der WELT. Er finde es, wie er sagte, „in höchstem Maße unpassend, daß der Präsident eines Verfassungsorgans den ganz kleinen Mittelstand beschimpft“. Das Haus- und Grundeigentum sei nämlich keineswegs eine Sache der Reichen, sondern breit gestreut: 35 Prozent der Immobilien liegen bei Nichterwerbstätigen (Rentner und Pensionäre), 33 Prozent bei Arbeitern, 22 Prozent bei Angestellten, 7 Prozent bei Beamten und rund 12 Prozent bei Selbständigen.

Woher die „Hunderte von Milliarden Mark“ nehmen? Paul verweist auf die Einkommenslage der Eigentümerhaushalte. Die seien nämlich keineswegs reich, sondern allenfalls mit zungen Anguilla, Montserrat und den (britischen) Jungferninseln funktionierte, hat nicht viele Landsleute in seinem Amtsbereich zu betreuen. Weniger als 100 Deutsche leben in der Region. Die meisten verbringen ihren Lebensabend unter der karibischen Sonne oder arbeiten als Firmenvertreter und Projektleiter. Viele kommen zum Urlaub. Die Deutschen stellen zehn Prozent des Urlauberkontingentes.

Der Botschafter und sein Personal konzentrieren sich auf die Beobachtung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die eng miteinander zusammenhängen. Er erlebt einen aufregenden Start: Wenige Tage nach seiner Ankunft in der Karibik wurde der marxistische Premier Gre-

teständisch. So bezogen 29 Prozent der Eigentümerhaushalte Einkommen von monatlich weniger als 2000 Mark netto, 26 Prozent verfügten über 2000 bis 3000 Mark, 29 Prozent über monatliche Einkommen zwischen 3000 und 5000 Mark, und nur 9,5 Prozent bräuchten es auf mehr als 5000 Mark netto im Monat. „Sind das die Reichen, die Milliarden an Steuern hätten zahlen können?“ fragt der Hausbesitzer-Präsident.

Im übrigen bezweifelt er die Nützlichkeit von Verkehrswerten als Maßstab der Besteuerung. „Von einem Verkehrswert kann man doch gar nicht sprechen, denn die Masse aller Eigentümer bleibt in ihrem Häuschen wohnen, will es also nie in Verkehr bringen.“ Für diese rund 90 Prozent der Eigentümer wäre es grob unbillig, sie so zu besteuern, als wollten sie ständig verkaufen. Daneben hegen die Eigentümer noch eine andere Befürchtung: Würde der Fiskus die Steuern von Häusern und Grundstücken rasch auf die aktuellen Werte anheben, ginge die Erhöhung schnell, die Senkung bei Marktschwäche jedoch sehr langsam. Damit wäre eine konfiskatorische Besteuerung gegeben. Und die sei verfassungswidrig.

Paul widerspricht auch der Zeidler-These, der Grundbesitz habe kaum Steuern gezahlt. Nach dem Kriege hätten sie rund 82 Milliarden Mark allein an Grundsteuern gezahlt, davon 61 Milliarden Mark in den Jahren von 1969 bis 1981. Nicht genau zu erfassen seien die Einkommensteuern, die auf Immobilien entfielen, hinzu träten die Vermögenssteuer sowie im Erbfall die Erbschaftsteuer. Beim Lastenausgleich, der vor allem vom Hausbesitz erbracht worden sei, rede

man gern von den Empfangsberechtigten, aber kaum jemals von denen, die zahlen mußten.

Besonders erregt die Hausbesitzer der vom Bundesverfassungsgerichts-Präsident hergestellte Zusammenhang zwischen Steuerverdrössenheit und Legitimation einer Revolution. „Wo die Möglichkeit zur (steuerlichen) Reform fehlt, wird die Revolution legitim“, hatte Zeidler bemerkt. Paul sagte, diese These kenne er von Zeidler aus dessen Rede vor dem Deutschen Juristentag vor fünf Jahren, aber ein Präsident des Verfassungsgerichts dürfe sich dazu nicht hinreißen lassen.

Zeidler trage „politische Scheuklappen“, meint Paul, weil er die steuerliche Belastung des Grundeigentums falsch einschätze. Die Hausbesitzer steuerlich kräftig zu belasten sei der falsche Weg. „Wenn man eine Revolution erzeugen will, dann auf diesem Wege. Das würde die Eigentümer auf die Straße bringen.“

Zeidlers Vorstellung sei nicht nur sozial unausgewogen und rechtlich bedenklich, sondern auch ökonomisch nicht durchdacht. Paul erinnerte an die jüngsten Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt: Da gebe es ungeheure Preisschwankungen in kürzester Zeit, die sich steuerlich treffend gar nicht erfassen ließen. Wenn heute beispielsweise in einer Straße ein Haus verkauft werde, sei es keineswegs sicher, daß das bestehende, baugleiche Objekt zum gleichen Preis weggehe. Von dieser Fiktion müsse aber eine Finanzbehörde ausgehen. Allein bei Einfamilienhäusern seien in den letzten Monaten Preissenkungen von 20 bis 30 Prozent festzustellen gewesen.

# „Unsere Arbeit ist mit Reisen verbunden“

Von WERNER THOMAS

Die südöstliche Karibik ist eine einmalige Region auf der diplomatischen Landkarte des Auswärtigen Amtes. Hier drängen sich im Dienstbereich eines einzigen Botschafters zehn unabhängige Staaten. Eine Rekordzahl.

„Unsere Arbeit ist mit Reisen verbunden“, berichtet Johannes Reitberger (60), der seit Oktober letzten Jahres die Bonner Interessen in diesem Teil der Welt vertritt. Seine Erfahrung konnte er bereits bei seinen Akkreditierungen machen, die er noch nicht ganz abgeschlossen hat. Der Regierung von St. Christopher und Nevis muß der Diplomat noch sein Beglaubigungsschreiben überreichen.

Reitberger, ein gebürtiger Bayer, residiert in Trinidad und Tobago, dem größten (1,2 Millionen Einwohner) und wirtschaftlich wichtigsten dieser Länder (Öl) mit dem höchsten Lebensstandard (durchschnittliches Jahreseinkommen 3000 Dollar). Die südlichsten Staaten in Reitbergers Zuständigkeitsbereich, Guyana und Surinam, liegen auf dem südamerikanischen Halbkontinent. Surinam unterscheidet sich auch durch die Militärdiktatur des Obersten Desi Bouterse und die holländische Vergangenheit von den anderen Staaten.

Die waren alle einmal britische Kolonien und haben in den letzten Jahrzehnten ihre Unabhängigkeit erhalten: Neben Trinidad und Tobago Barbados, Grenada, St. Vincent und die Grenadines, Dominica, St. Lucia, Antigua und St. Christopher und Nevis, der kleinste Staat der Karibik (44 000 Einwohner), der erst seit Ende 1983 unabhängig ist.

Johannes Reitberger, der auch als Generalkonsul der britischen Besit-

zung Anguilla, Montserrat und den (britischen) Jungferninseln funktionierte, hat nicht viele Landsleute in seinem Amtsbereich zu betreuen. Weniger als 100 Deutsche leben in der Region. Die meisten verbringen ihren Lebensabend unter der karibischen Sonne oder arbeiten als Firmenvertreter und Projektleiter. Viele kommen zum Urlaub. Die Deutschen stellen zehn Prozent des Urlauberkontingentes.

Der Botschafter und sein Personal konzentrieren sich auf die Beobachtung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die eng miteinander zusammenhängen. Er erlebt einen aufregenden Start: Wenige Tage nach seiner Ankunft in der Karibik wurde der marxistische Premier Gre-

nadas, Maurice Bishop, von radikalen Parteirivalen ermordet. Dann folgte die Invasion der amerikanischen Truppen, die das erste kommunistische Experiment in der östlichen Karibik beendete.

Der Bonner Diplomat zeigt sich beeindruckt von manchen Regierungschefs der Region. Er nennt Tom Adams, den Premier von Barbados, und Eugenia Charles aus Dominica, die einzige Frau, die an der Spitze eines Staates des amerikanischen Kontinentes steht. Er schätzt auch George Chambers (Trinidad und Tobago) und John Compton (St. Lucia). „Fähige, tüchtige Leute, die sich voll für ihre Länder einsetzen“, urteilt Reitberger.

Die größten Sorgen bereitet überall die Wirtschaft. Die gefallenen Weltmarktpreise für die karibischen Agrarprodukte haben sehr geschadet. Trinidad und Tobago und Barbados litt unter der Zuckerschwemme. St. Vincent muß seine Bananen billiger verkaufen als früher.

Botschafter Reitberger würde sich gern ein stärkeres Engagement der deutschen Wirtschaft wünschen. Er glaubt, daß es sich lohnt. Denn er sieht relativ stabile Verhältnisse und gute Fundamente.

„Diese Länder sind wohl arm, aber weit besser entwickelt als viele Nationen Afrikas.“ Er kennt Afrika. Er war Missionsschef in Niger und in Togo. (SAD)



Botschafter Johannes Reitberger und „sein Reich“, das er von Trinidad aus betreut

FOTO: DIE WELT



Planen Sie heute für morgen. Zukunftsvorsorge für Selbständige.

Deutsche Bank

# Ihre Zukunftsvorsorge können Sie selbst gestalten. Unsere neue Mittelstandsbroschüre zeigt Ihnen wie.

Was Sie heute für Ihre Zukunft tun, zahlt sich morgen für Sie aus. Welche Möglichkeiten es gibt, steht in unserer neuen Mittelstandsbroschüre 8, mit der wir Ihnen Orientierungshilfen und Anstöße für Ihre Zukunftsvorsorge geben.

Neben vielen Hinweisen zum Thema „Betrieb/Praxis sichern“ finden Sie in der Broschüre auch Informationen zu zahlreichen anderen Fragen. Wie zum Beispiel: Versorgung im Alter, Vermögensaufbau, Steuerstrategien und Nachfolgeregelung.

Und sie zeigt Ihnen umfassend, übersichtlich und praxisbezogen, was Sie für morgen tun können.

Ob Sie die Broschüre als Checkliste oder als Nachschlagewerk nutzen – sie ist immer eine wertvolle Arbeitsgrundlage.

Sie erhalten sie von unserem Kundenberater – auch wenn Sie noch nicht unser Kunde sind.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank





## Späth: Grünes Licht für privates Fernsehen

KING-HU KUO, Stuttgart

Das private Fernsehen nimmt in Baden-Württemberg konkrete Gestalt an: Das Kabinett in Stuttgart berät zu Wochenbeginn entsprechende Grundsätze für ein Landesmediengesetz, das Mitte Januar als Entwurf dem Landtag zur Beratung vorliegen wird. Wie der für neue Medien zuständige Leiter der Abteilung Grundsatz, Planung und Information im Staatsministerium, Christian Schurig, in einem WELT-Gespräch gestern weiter mitteilte, wird die CDU-Mehrheitsfraktion im Landtag bereits morgen ein abschließendes Gespräch über diesen Entwurf mit der Landesregierung führen. Gleichzeitig, so Schurig weiter, wolle Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz am 19. Dezember in Bonn zu diesem Thema mit in den Landesmediengesetzentwurf einbeziehen.

Im einzelnen soll der neue Entwurf, an dessen Ausarbeitung noch gearbeitet wird, für private Anbieter im Gegensatz zu früheren Plänen der Landesregierung (so etwa dem Entwurf aus dem Jahre 1982) weitestgehend einfache Bedingungen für den Start in die neuen Medien schaffen. Nach früheren Entwürfen sollten beispielsweise mindestens 30 Programme angeboten werden, die private Fernsehsendungen genehmigt würden. Diese schwierige Hürde ist auf drei im lokalen und vier im regionalen Bereich drastisch reduziert worden.

In dem geplanten Entwurf soll auch die frühere Regelung wegfallen, nach der mindestens die Hälfte der Haushalte verkabelt sein mußte, bevor private Träger zugelassen werden könnten. Bemerkenswert ist auch die erhebliche Steigerung der möglichen Werbezeiten. Nach dem neuen Plan der Stuttgarter Regierung sollen künftig bis zu einem Fünftel (20 Prozent) der Sendzeiten für Werbung erlaubt sein.

Bislang war davon die Rede, daß pro Stunde höchstens drei Minuten oder fünf Prozent der Sendzeit erlaubt werden sollen. Nunmehr dürfen außerdem Sendungen, die länger als eine Stunde dauern, durch Werbespots unterbrochen werden. Außerdem wurde auch die bisherige Linie, nach der Zeitungsverleger in ihrem Verbreitungsgebiet sich nicht an privaten Fernseh- und Rundfunkträgern betätigen sollen. Das Kabinett kam hier zu dem Schluß, daß dies weder rechtlich unumstritten noch praktikabel wäre.

Neu ist ferner die geplante Bildung eines sogenannten „Medienbeirats“ nach dem vorhandenen Muster der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Das neue Gremium muß dafür sorgen, daß weder der Staat noch etwaige einzelne große Unternehmen zu stark an Einfluß gewinnen. Allerdings soll der Beirat an der Programmgestaltung nicht mitarbeiten, außerdem soll er personell nicht so groß sein wie bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten.

DIE WELT (USPS 603-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

## Name Farthmann ist wieder im Gespräch

Spekulationen in NRW um Posten des SPD-Fraktionschefs

WILM HERLYN, Düsseldorf

Sechs Monate vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 12. Mai 1985 beginnt das Geschiebe und Gezerre um Posten und Pöstchen und das alte Spielchen, einen Stein ins Wasser fallen zu lassen, um die Reaktion zu testen. Dann kann man später immer noch sagen: „Personaldiskussionen sind schädlich und zum gegenwärtigen Zeitpunkt abwegig.“

So geschieht es in dieser Woche in Düsseldorf, und die Gerüchte ranken sich - wieder einmal - um einen Namen: Arbeits- und Sozialminister Professor Friedrich Farthmann, eines der tüchtigsten Mitglieder des Kabinetts. Farthmann scheut das offene und kritische Wort nicht und ist dabei stets loyal gegenüber Ministerpräsident Johannes Rau, dem er vor gut acht Jahren im Kampf um die Nachfolge von Heinz Kühn unterlag.

Diese Enttäuschung - in die Geschichte der NRW-SPD als der „Schock von Duisburg“ eingegangen, weil dort auf dem Landesparteitag für alle überraschend die Weichen für Rau gestellt wurden - mag Farthmann lange nicht überwunden haben. Nicht anders zu erklären ist sein Lieblingsspiel mit verschiedenen Ämtern - seien es 1980 gar Rücktrittsgedanken, später der Griff zum Wirtschaftsministerium, zum Bundesratsminister und auch damals schon zum Fraktionsvorsitz der SPD im Landtag.

Aber auch nach Bonn schielte er und wäre gerne Bundesgeschäftsführer der SPD geworden - doch Peter Glotz machte das Rennen. Und Farthmann blieb, was er war. „Der Farthmann blüht, was er war“, urteilte der ehemalige Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumer, mit dem ihn eine freundschaftliche Abneigung verbindet.

Jetzt nun läßt Farthmann, wie schon im Sommer gegenüber Freunden, erkennen, daß er als Fraktionschef der SPD zur Verfügung stehe. Seine Genossen verstehen das, wis-

sen sie doch, daß Rau Überlegungen anstellt, das Ministerium zu teilen in Arbeit und Soziales sowie Familie und Gesundheit. Denn der Ministerpräsident muß, will er allen fördern, den Wünschen gerecht werden, ein zusätzliches Ministeramt schaffen - voraussichtlich für Anke Brunn.

Jene hatte er überredet, nach Berlin als Senatorin zu Hans-Jochen Vogel zu gehen. Wenige Wochen später kehrte die Sozialwissenschaftlerin mit einer Wahlniederlage ohne Amt enttäuscht zurück. Seit dieser Zeit hat Rau, heißt es, einen „Wiedergutmachungskomplex“. Einem Rumpf-Ministerium vorzuziehen aber will sich Farthmann nicht zumuten lassen.

Auch der mächtige Chef des mitgliederstärksten SPD-Bezirks Westfalen, Hermann Heinemann, drängt ins Kabinett. Er sollte schon 1980 in die Führungsmannschaft einrücken, fiel aber damals aus gesundheitlichen Gründen aus. Jetzt aber kann niemand an ihm vorbei. An die Tür klopft auch Olaf Sund, Leiter des Landesarbeitsamts und gewesener Berliner Arbeits-Senator.

Bleibt Karl Josef Denzer, der Mann, der Farthmanns Wunschposten inne hält. Er galt vor Jahresfrist als starker Mann und zwang Rau in aller Öffentlichkeit zu Entscheidungen. Das wiederum mißfiel dem Ministerpräsidenten, und die Quittung folgte rasch: Auf dem Essener Bundesparteitag im Mai, als sich der Fraktionschef Hoffnung machte auf einen Sitz im SPD-Bundesvorstand, ließ Rau ihn hängen. Und als die Genossen merkten, daß Denzer nicht mehr im Zenit der Gnadenzone Raus stand, rückten sie in der Fraktion langsam von ihm ab. Da die Partei aber so tief niemanden fallen läßt, denkt sie daran, ihm den gut dotierten Posten des Landtagspräsidenten zu überreichen. Der respektable John von Nes Ziegler nämlich will sich zurückziehen - in seine Heimat Köln oder lieber noch auf seine Latifundien in Spanien.

## Vogel: Distanz zu Berliner AL

p. p. Bonn

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel „kann verstehen, daß der Apel in Berlin Nein sagt“ zu einer Zusammenarbeit mit der Alternativen Liste (AL). Die AL in Berlin sei etwas anderes als beispielsweise die Grünen in Niedersachsen oder im Saarland. Allerdings seien die Grünen insgesamt auf ihrem Hamburger Bundesparteitag „nicht berechenbarer und politischer“ geworden. Ihr „Charme“ für einen Teil der Grünen-Wähler „ist weg“.

Für die SPD sei durch die Hamburger Ereignisse manches leichter geworden: „Diejenigen, die den Grünen ihre Stimme gegeben haben, damit sich etwas bewegt, werden jedenfalls nach Hamburg nachdenklicher sein.“

Auch das Rotations-Prinzip mildert nach Vogels Ansicht die Berechenbarkeit der Grünen, weil diejenigen, die den Wechsel für eine politische Zusammenarbeit ausgestellt hätten, nicht diejenigen seien, die später diesen Wechsel einlösen müßten.

## Diätenerhöhung vor dem Bundestag

p. p. Bonn

Der Bundestag wird sich voraussichtlich noch in dieser Sitzungswoche - der letzten des Jahres - mit einem Gesetzentwurf über die Anhebung der Abgeordneten-Diäten beschäftigen.

Auf Einladung von Parlamentspräsident Philipp Jenninger fand vor wenigen Tagen ein Gespräch der Fraktionschefs statt, und gestern am späten Nachmittag debattierte die SPD-Fraktion über die angestrebte Erhöhung der Bezüge um 2,3 Prozent intern. Damit ist der Weg zur parlamentarischen Beschlussfassung frei. Die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP hatten sich bereits im Mai grundsätzlich positiv zur Diäten-Erhöhung in dem vom Bundestagspräsidenten vorgeschlagenen Rahmen geäußert, während die Grünen jede Aufstockung ablehnten.

Noch unklar ist jetzt lediglich der Termin, zu dem die Bezüge erhöht werden sollen. Voraussichtlich wird es rückwirkend zum 1. Juli 1984 geschehen.

## Anton Betz, ein Wegbereiter der freien Presse

DW, Düsseldorf

Im patriarchischen Alter von fast 92 Jahren ist gestern Dr. Anton Betz, der Verleger der „Rheinischen Post“, in Düsseldorf gestorben. Betz gehörte zu den herausragenden Verlegerpersönlichkeiten der deutschen Nachkriegszeit. Als Publizist, als Unternehmer, als Politiker und in zahlreichen berufsständischen Ehrenämtern hat er das Wiedererstehen der deutschen, der freien Presse nach 1945 wesentlich mitgestaltet. Sein Lebenswerk war die 1946 zusammen mit Erich Wenderoth und Karl Arnold, dem späteren NRW-Ministerpräsidenten, gegründete „Rheinische Post“, die sich unter seiner Leitung in schwieriger Zeit zu einer der führenden deutschen Regionalzeitungen entwickelt hat und zum Kern eines heute weitverbreiteten Verlagsunternehmens wurde.

Seine publizistische Karriere begann der in St. Ingbert im Saarland Geborene als 27-Jähriger nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg und Bonn bei der „Saarbrücker Landeszeitung“. Bereits drei Jahre später war er Chefredakteur und Verlagsleiter der „Saar-Zeitung“ in Saarbrücken. Im Alter von 37 Jahren wurde er Geschäftsführer und Verlagsdirektor des bedeutenden Münchner Verlags Knorr & Hirth.

Als gläubiger Katholik gehörte Anton Betz von Anfang an zu den entschiedenen Gegnern des Nationalsozialismus, den er in München vor der Haustüre miterlebte. Nach der Machtergreifung verlor er Stellung und Beruf. Vorübergehend war er im Zuchthaus Stadelheim inhaftiert. Hier verlor er auch der spätere Reichsführer SS, Heinrich Himmler. Bis 1945 arbeitete Betz als Kriegsdienstverpflichteter in der Rüstungsindustrie.

Nach dem Krieg hat er sich schon sehr früh am Aufbau der freien Presse in den damaligen Westzonen beteiligt. So gehörte er zu den Mitbegründern der Deutschen Presseagentur, deren Aufsichtsratsvorsitzender er später wurde. Die Interessen der deutschen Zeitungsverleger vertrat er von 1963 bis 1967 als Präsident ihres Bundesverbandes (BDZV). Anton Betz besaß zahlreiche hohe staatliche und kirchliche Auszeichnungen. Besonders stolz war er darauf, daß ihm als erstem Deutschen von der internationalen Verlegerföderation die Goldene Feder der Freiheit verliehen wurde. Betz war bis in das hohe Alter hinein verlegerisch aktiv.

Der Berliner Verleger Axel Springer schrieb Anton Betz zu seinem 90. Geburtstag: „Wie jeder Verleger von Gebilb vertreten Sie die Ansicht, daß ein Zeitungsunternehmen sein muß als ein Gewerbebetrieb. Deshalb haben Sie immer wieder geistig und politisch Stellung bezogen. Wie jeder Mann von Charakter und Stil kämpften Sie gegen die extremistischen Mächte ihrer Zeit, die den Menschen zu versklavten, ja zu verschlingen drohen. Und wie jeder Christ glauben Sie in allen Situationen des Lebens an Gottes Liebe und Gerechtigkeit.“

## Offiziere: Mit 46 Jahren in den Ruhestand

Kabinett stimmt Gesetzentwurf von Minister Wörner zu

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Trotz einiger Bedenken insbesondere von Arbeitsminister Blum hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf des Verteidigungsministers zur Lösung des Verwendungsaufbaus in der Bundeswehr einstimmig zugestimmt. Nach der zu erwartenden Verabschiedung durch den Bundestag können damit von 1986 an 1500 Offiziere des Truppendienstes freiwillig vorzeitig aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Minister Wörner nannte diese Entscheidung bahnbrechend und stellte sie in ihrer Bedeutung neben die der Regierung für die Planung der Bundeswehr über die kommenden 15 Jahre.

Wörner bezeichnete alle gegen die Maßnahme geäußerten Bedenken als nicht stichhaltig. Es gehe weder um eine neue Art von „Vorruhestand“ für den öffentlichen Dienst, noch darum, die Konkurrenz bei den Arbeitslosen zu verschärfen. Ihr ausschließlicher Zweck bestehe darin, die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu sichern.

Deshalb brauche die Truppe, in der jährlich mehr als 200 000 Wehrpflichtige für den Verteidigungsaufbau ausgebildet würden, junge und belastbare militärische Führer, die auch deren Denken und Sprache verstehen. Ohne die Maßnahme würden 1995 42 Prozent der Offiziere älter als 50 Jahre sein. Mit Opas sei aber der Kampfwert der Streitkräfte nicht zu halten, meinte der Minister.

Im einzelnen sieht der Gesetzentwurf zur Verbesserung der Personalstruktur der Bundeswehr folgendes vor:

Berufsoffiziere des Truppendienstes können ihre vorzeitige Pensionierung beantragen, wenn sie das 45. Lebensjahr vollendet haben und 25 Jahre im Dienst sind. Sie müssen den Geburtsjahrgängen 1935 bis 1944 angehören. Einen Anreiz zum Ausscheiden soll ihnen ein Bonus auf ihren

Pensionsanspruch geben, der bei 25 Dienstjahren fünf Prozent ausmacht und sich mit jedem weiteren Dienstjahr um jeweils ein Prozent vermindert. Bei allen Ausscheidenden beträgt damit der Pensionsanspruch 70 Prozent ihres letzten Gehaltes. Diese Möglichkeit bietet sich den Dienstgraden zwischen Hauptmann und Oberst.

Zusätzlich wird für die Ausscheidenden der finanzielle Anreiz mit einer einmaligen steuerfreien Abfindung vergrößert. Sie beläuft sich für einen mindestens 45jährigen auf das Achtfache seiner letzten Dienstbezüge und fällt mit jedem weiteren Altersjahr um jeweils einen Faktor, so daß die 50jährigen und noch Älteren lediglich noch das Dreifache erhalten.

Begrenzt in der Berechnung nach oben ist die Abfindung bei der Besoldungsstufe A 14 (Oberstleutnant), so daß Ausscheidende maximal mit einer Summe von 43 827,12 Mark (Gehaltsgefüge 1985) rechnen können. Für einen Oberstleutnant machen 70 Prozent seiner Pension monatlich 3728,25 Mark aus, für einen Hauptmann 2762,94 Mark. Auf diese Beträge sind Lohnsteuer zu zahlen. Außerdem müssen die vorzeitig ausgeschiedenen Offiziere selbst für ihre Krankenversicherung aufkommen.

Minister Wörner stellte klar, daß die vorzeitig Pensionierten in einem neuen Arbeitsverhältnis unbegrenzt dazuerwerben dürften. Er sagte auch, daß mit der Gruppe der betroffenen Offiziere „seriöse Personalgespräche“ geführt werden müßten. Die Entscheidung über die vorzeitige Pensionierung trafe der Dienstherr.

Er als verantwortlicher Minister werde nach Möglichkeit alle am Ausscheiden Interessierten und damit auch besonders fähige Offiziere gehen lassen. Den bleibenden seien ihre Karriereaussichten klar zu beschreiben.

## 400. Stellung für SS 20 bald fertig?

rnc, Bonn

Die 400. Stellung zur Aufnahme von SS-20-Mittelstreckenraketen wird nach Informationen des Verteidigungsexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willy Wimmer, in wenigen Wochen fertiggestellt sein. Aufgrund von Satelliten-Erkennissen haben die USA in der vergangenen Woche der NATO in Brüssel offiziell bestätigt, daß 387 Starttrampen für diesen Atomwaffentyp einsatzbereit sind.

Damit hat die Sowjetunion, nachdem sie die Rüstungskontrollverhandlungen über die Mittelstreckenwaffen in Genf vor einem Jahr scheitern ließ, das Bautempo für weitere SS-20-Stellungen nahezu verdoppelt.

Amerikanische Fachleute haben Anzeichen dafür, daß Moskau den Ausbau bis zur Fertigstellung von 500 Stellungen energisch fortsetzen wird. Gleichzeitig rüste die Sowjetunion einen Teil der bereits fertigen Stellungen für den Einsatz der neugebauten Interkontinentalrakete SS 25 um.

## Abkommen über neue UKW-Netze

dpa, München

In allen Bundesländern wird es künftig zwei neue flächendeckende UKW-Sendernetze für den Hörfunk geben. Dies ist das Ergebnis der internationalen Funkverwaltungs-Konferenz in Genf, die am Wochenende zu Ende gegangen ist. Einziges Ausnahmeland ist Baden-Württemberg, das sich bereits vor der Konferenz entschlossen hatte, statt landesweiter Netze 80 kleine Lokalsender zu planen.

Das Genfer Ergebnis könnte die Erwartungen privater Radiointeressenten dämpfen, die sich Hoffnungen auf eine Vielzahl neuer Sendemöglichkeiten machen. Der Technische Direktor des Bayerischen Rundfunks und Sprecher der Bundesländer in Genf, Frank Müller-Römer, sagte dazu, auch mit den neu hinzugekommenen Frequenzen könnten nur wenige neue Anbieter zum Zug kommen. Geöffnet wird durch das Genfer Abkommen der Bereich von 100 bis 108 MHz. Die Post will aber schon vor 1987 im Bundesgebiet einzelne Frequenzen nutzbar machen.

## Israel präsentiert in Berlin sein modernes Gesicht

H. R. KARUTZ, Berlin

Die erste Schulkasse kam schon am frühen Morgen: Israel präsentiert sich beim ersten Haltpunkt der Deutschland-Tournee mit einer optisch farbenfrohen Ausstellung über das moderne Gesicht Israels bis Weihnachten im Rathaus. Schöneberg. Die Exponate reisten von der Seine direkt an die Spree.

Die Darstellung des Landes unter dem Davidstern war vom israelischen Botschafter Yitzhak Ben-Ari und dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen eröffnet worden. Idee und Zusammenstellung stammen aus der israelischen Botschaft in Bonn.

In vier Videostreifen, einem informationsreichen und eindrucksvoll fotografierten 25-Minuten-Film, zahlreichen Farbfotografen und kostbaren Antiquitäten spiegelt sich das Antlitz eines Staates, das seinen Lebenskampf mit einer gesunden Technologie- und Industriebasis besteht.

Immer wieder bleibt jedoch der Bezug auf Tradition und jüdische Vergangenheit erkennbar: ein Land, das auf den Geist seiner Väter und die biblische Verheißung vertraut. Zwischen den Abbildungen von Charakterköpfen und Israels Jugend am Strand, der historischen Karte mit den Umrissen des „Royaume d'Israel“, hochmoderner Architektur und dem Weltniveau der israelischen „High-Tech“ blitzen die Leitsprüche aus der Schrift auf ... und die Städte werden bewohnt und die Trümmerhaufen werden aufgebaut.

Pioniergeist und Patriotismus, Bibel und Schwert, Wachstum und Export bestimmen das Israel von heute. Abseits der notwendigen PR-Elemente versetzt die geistige Zerstreuung dieser Ausstellung in Nachdenklichkeit. Das jahrhundertealte Sehnsuchts-Motiv beispielsweise „Nächstes Jahr in Jerusalem“ oder der stolze Satz der Gründerväter von 1948 unter der Staatsgründungsurkunde: „Mit Zuversicht auf den Feind Israels setzen wir unseren Namen zum Zeugen ...“

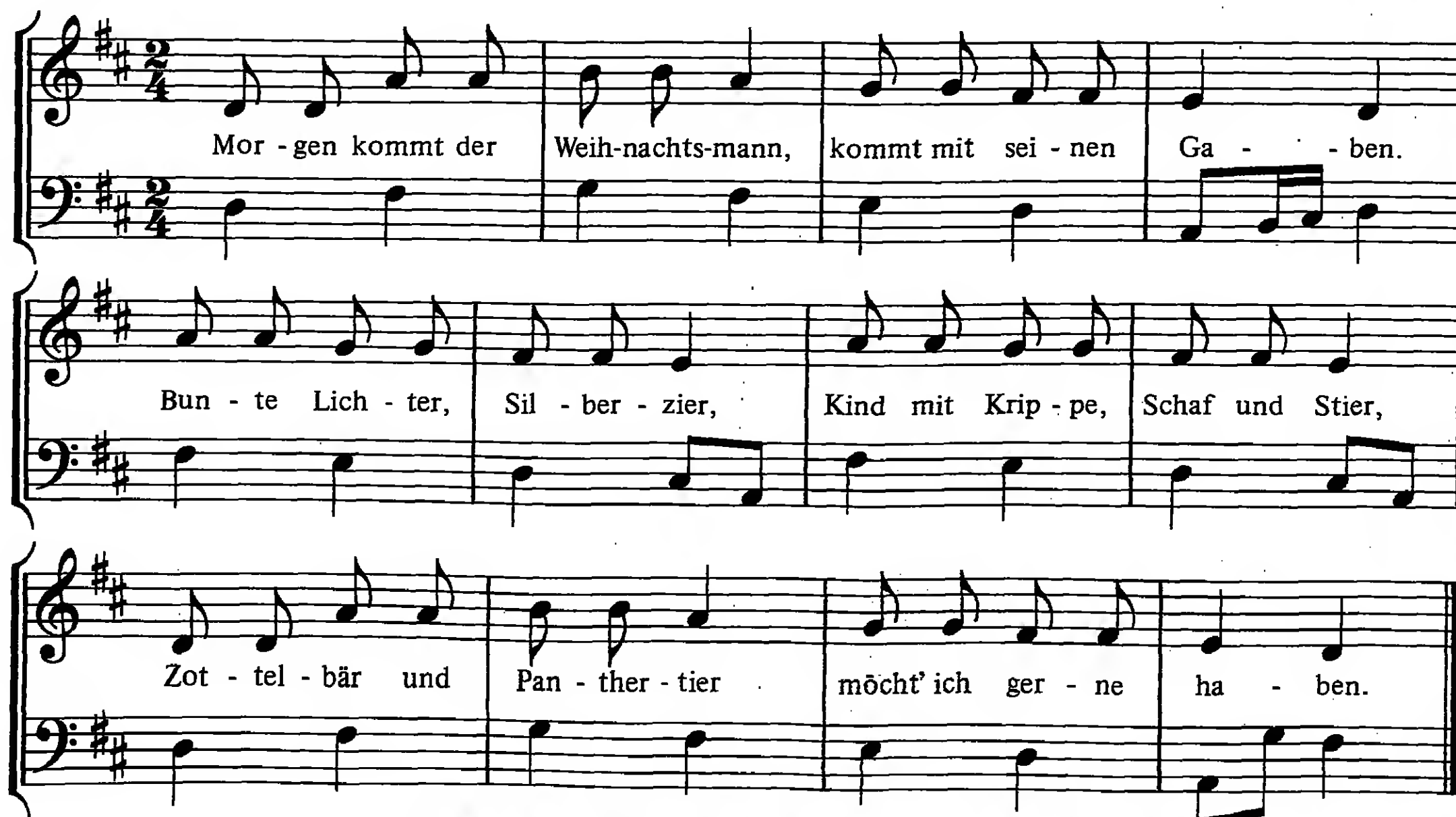
## „Besinnung auf Vaterlandsliebe“

KNA, Rom

Die christliche Botschaft von der Vaterlandsliebe muß nach den Worten des Kölner Kardinals Joseph Höffner auch in der Bundesrepublik wieder Beachtung finden.

„Mir scheint, daß die Zeit gekommen ist, sich auch bei uns wieder auf die christliche Botschaft vom Verhältnis des Menschen zum Volk, zum Vaterland, zum Staat zu besinnen“, sagte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz gestern bei der Einweihung des neuen Gebäudes der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beim Vatikan.

Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges sei es verständlicherweise zunächst schwer gewesen, von dieser Tugend zu sprechen, weil die Liebe zum Vaterland zuvor schändlich mißbraucht worden und deshalb in Verruf geraten sei. Das Zweite Vatikanische Konzil habe aber alle Gläubigen zu hochherziger und treuer Vaterlandsliebe aufgerufen, sagte Höffner.



Mor - gen kommt der Weih-nachts-mann, kommt mit sei - nen Ga - ben.

Bun - te Lich - ter, Sil - ber - zier, Kind mit Krip - pe, Schaf und Stier,

Zot - tel - bär und Pan - ther - tier möcht' ich ger - ne ha - ben.

## MIT EINER EUROCARD KOMMEN SIE AUCH BEI DEN WEIHNACHTSEINKÄUFEN NICHT AUS DEM TAKT.

Wer sich nicht auf den Weihnachtsmann verläßt, sondern die Gaben für seine Lieben selbst besorgt, kennt die Situation: da entdeckt man überraschend das ideale Geschenk und hat nicht genügend Bargeld, um es bezahlen zu können.

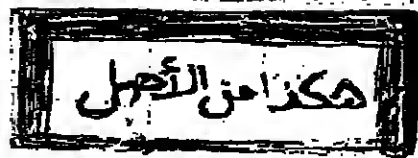
Bei über 35 000 EUROCARD-Vertragspartnern in Deutschland ist das kein Problem. Ob Ihnen der passende „Zottelbär“ beim Pelzhaus über den Weg läuft oder die richtige „Silberzier“ beim Juwelier entgegenblickt - mit EUROCARD sind die Gaben sofort gekauft. Da kann der Weihnachtsmann ruhig morgen kommen.

Um auch seinem Kollegen Santa Claus unter der Arme zu greifen, arbeitet EUROCARD mit England's Access und America's MasterCard zusammen und bietet damit eines der dichtesten Netzwerke der Erde weltweit mehr als 3,4 Millionen. Eine EUROCARD bekommen Sie über Ihre Bank oder Sparkasse, deren Berater in allen Fragen kompetente Gesprächspartner sind. Oder über ein Postgiroamt.



EUROCARD. WORLDWIDE CREDIT - MADE IN GERMANY.

Ein Service der deutschen Banken und Sparkassen.





## Gonzalez muß Partei beruhigen

Gegensatz zwischen Pragmatikern und Ideologen auf Kongreß der Sozialisten Spaniens

ROLF GÖRTZ, Madrid

Wer aus der sozialistischen eine sozialdemokratische Partei Spaniens machen will, wird niemals zu ihren Führern gehören. So tönte Alfonso Guerra, stellvertretender Ministerpräsident und Nummer zwei der PSOE am Vorabend ihres 30. Kongresses in Madrid. Aber Alfonso Guerra weiß: Die spanische Regierungspartei ist längst sozialdemokratisch. Ihre Wirtschaftspolitik - bisher klassischer Ansatzpunkt zur Realisierung jeder sozialistischen Ideologie - unterscheidet sich in der monetären Priorität nicht im geringsten von der konservativer Regierungen etwa der USA oder Großbritanniens.

Dennoch kommt der Bemerkung des Organisators der Partei eine besondere Bedeutung zu: Guerra muß verdeutlichen, daß eine ideologische Grundsatzdebatte der 789 Delegierten im Madrider Kongreßpalast die Partei selbst spaltet. Mit Blick auf die Wahl 1986 muß er außerdem aber betonen, daß die - eindeutig sozialdemokratische - Image der Partei nach außen hin noch zu festigen.

Nach Ansicht der Kritiker vom linken Flügel der Partei steht die Spitze im offenen Widerspruch zu den Zielen eines jeden Sozialismus. Im Namen der Sozialistischen Linken (IS) innerhalb der Partei wird deshalb Pablo Castellano mit 114 "criticos" eine Alternativliste für die Wahl des neuen Vorstandes vorlegen. Die Liste hat keine Aussicht auf Erfolg, genügt jedoch, die Unzufriedenheit des linken Flügels mit dem sozialdemokratischen Kurs des Regierungschefs deutlich sichtbar zu machen.

Pablo Castellano wirft der Parteiführung vor, ihre Aufgabe nicht gesellschaftlich sondern ausschließlich machtpolitisch zu sehen. An zwei Punkten entzündet: An der NATO-Frage und an der Wirtschaftspolitik, wobei der stärkste Kritiker des Wirtschaftskurses, der Chef der sozialistischen Gewerkschaft UGT, Nicolas Redondo, gleichzeitig als der stärkste Opponent der NATO auftreten wird.

Der Gegensatz zwischen Pragmatikern und Ideologen entspricht dem Bruch in der jüngeren Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens. Die Kontinuität der vor rund drei Jahren gegründeten und nach dem Bürgerkrieg (1936-1939) aber nur im Exil existierenden Partei riß 1974 mit der Wahl des damals 32 Jahre alten Felipe Gonzalez ab. Mit ihm übernahm eine Generation das Ruder, die im wesentlichen aus der allgemeinen studentischen Opposition gegen das Franco-System stammte. Die von dem Arbeitsanwalt Felipe Gonzalez geführte Partei wuchs ebenso traditionslos auf wie alle anderen demokratischen Parteien Spaniens zu jener Zeit. Und genauso wie politische Persönlichkeiten der ausgehenden Franco-Ära dem König eine demokratische Entwicklung empfahlen, so fiel es vielen Aufsteigern im Staat und Wirtschaft nicht schwer, sich in kurzer Zeit auf die politischen Konsequenzen dieser Veränderung einzustellen. Eine ganze Reihe wurde "Sozialist".

Aus der jungen von Felipe Gonzalez geführten PSOE, die keine traumatische Vergangenheit bewältigt

gung kennt - nur einige wenige unter ihnen waren irgendwann als politische Häftlinge auch im Gefängnis - wuchs in den vergangenen zehn Jahren eine Partei heran, die sich im Kampf um die Macht und weniger in der ideologischen Kursbestimmung formte. Ihre Sprecher, die sogenannten "Kalifen" der Partei, denken nicht daran, die Macht im Interesse eines ideologischen Reifungsprozesses als Partei abzugeben. Als Alibi aber pflegen sie eine Justizpolitik, die praktisch die Kriminalität förderte, und die Gleichschaltung in Schulen, Universitäten und im Gesundheitswesen - eine Entwicklung, die besonders unter den Jugendlichen eine Protestwelle von rechts förderte.

Felipe Gonzalez, von engen Mitarbeitern der Anfangszeit zunächst als "zu links" apostrophiert, läßt sich in seiner Regierungspolitik durchaus als der spanische Helmut Schmidt charakterisieren. So wird verständlich, daß sich zumindest ein Teil der Regierungsmannschaft auch sehr schnell von ihren außerpolitischen Maximen löste und zum Beispiel den Verbleib Spaniens in der NATO befürwortet. Wenn sie wiedergewählt werden wollen, dann müssen gegenüber den drei Millionen Bürgern, deren Stimmen sie nur "gepumpt" hatten, einen Mitte-Links-Kurs auch in anderen Bereichen unter Beweis stellen. Wegen seines autoritären Auftretens in der Partei als "César" und "General" kritisiert, fand Gonzalez auf der anderen Seite das Vertrauen der Armeeführung und auch weiterer Wirtschaftskreise. (SAD)

## Haftbefehl gegen Arafat in Italien

F. M. Rom

Der venezianische Untersuchungsrichter Carlo Mastelloni hat gegen PLO-Chef Yassir Arafat einen Haftbefehl wegen angeblicher Belieferung der Roten Brigaden mit Waffen ausgestellt. Ein solcher Haftbefehl war schon im vergangenen Jahr erlassen, wegen eines Formfehlers jedoch vom Kassationsgerichtshof wieder aufgehoben worden. Der neue Haftbefehl stützt sich auf Aussagen einiger "reumütiger" Rotbrigadisten. Daraus geht hervor, der Organisator der Morde, Mario Moretti, habe im September 1979 mit der Yacht "Papago" eine Ladung von Waffen nach Venedig eingeschmuggelt, die er am östlichen Mittelmeer von der PLO erhalten haben soll.

Arafats italienischer Anwalt Gianquinto legte Einspruch gegen den Haftbefehl ein, hatte aber keinen Erfolg. Die richterliche Maßnahme gegen den PLO-Chef wurde zur selben Zeit beschlossen, als der italienische Ministerpräsident Craxi und Außenminister Andreotti in Tunis mit dem indizierten Waffenlieferanten der Roten Brigaden zusammentrafen.

## Athen lehnt Politik der Allianz ab

AP, Athen

Griechenland folgt nach den Worten von Ministerpräsident Andreas Papandreu nicht mehr der Politik des Nordatlantikpaktes (NATO). Athen habe sich "von der Politik der einseitigen Bindung an einen besonderen Block befreit, weil dies für ein kleines Land ständige Unterordnung" bedeute, sagte Papandreu auf einer internationalen Friedenskonferenz in Athen. Im Westen werde die griechische Friedenspolitik zum Teil als widersprüchlich bezeichnet. Diese Kritik beruhe jedoch auf dem Verständnis der Politik eines kleinen Landes, das versuche, keine Feinde zu haben.

Papandreu rief die Atomkräfte ab, sofort die Produktion und Aufstellung von Atomwaffen zu beenden, die alle Staaten der Welt berühre. Er kritisierte die Stationierung von Marschflugkörpern und Pershing-2-Raketen in Westeuropa, ging auf entsprechende Stationierungen in Osteuropa jedoch nicht ein. Seinen früheren Vorschlag der Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan wiederholte er nicht. Von den Balkanstaaten haben lediglich die NATO-Staaten Griechenland und Türkei auf ihrem Gebiet Atomwaffen stationiert. Die dreitägige Friedenskonferenz wurde von der griechischen "Bewegung für nationale Unabhängigkeit, Weltfrieden und Abrüstung" (KADEA) organisiert, die den regierenden Sozialisten nahesteht. Es nahmen Delegierte aus 28 Staaten teil, darunter auch Vertreter der offiziellen "Friedensbewegung" der DDR und der UdSSR.

## Was hat Chinas Armee, was kann sie sich leisten?

VON OSKAR WEGGEL

Die Modernisierung des Militärs wesens unterliegt in China einer doppelten Einschränkung: Sie wird im Hinblick auf den äußeren Feind betrieben, weshalb zum Beispiel 1983 die Bewaffnete Volkspolizei aus der VBA ("Volksbefreiungsarmee") herausgelöst wurde, und sie gehorcht dem Grundsatz der "Proportionalität", das heißt der Ausgewogenheit zwischen zivilem und militärischem Sektor, zwischen Verteidigungsbedarf und volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Hierbei sind vor allem drei Fragen zu unterscheiden: Was braucht China militärisch, was hat es und was kann es sich leisten?

### Füllen von Lücken

Eine Waffengleichheit mit der Sowjetunion, selbst eine bloße Defensiv-Parität käme zu teuer: Gemessen an den rund 8,1 Milliarden Dollar Militärausgaben von 1983 wären die Kosten von rund 210 Milliarden Dollar beziehungsweise 70 Milliarden Dollar (Defensiv-Parität) nicht aufzubringen. Deshalb kann es nur um ein Füllen von Lücken gehen.

Für die Modernisierung gibt es bisher keinen fertigen Plan; es handelt sich vielmehr um einen Gegenstand permanenten Nachdenkens, ständiger Neudefinitionen und nicht zuletzt auch dauernder Auseinandersetzungen zwischen Reformern und konservativen Elementen. Faßt man die bisher veröffentlichten Diskussions-Ergebnisse zusammen, so stellt man zu nächst einmal mit Erstaunen fest, wie wenig die Waffenmodernisierung angesprochen ist. Statt dessen stehen strategische, kulturelle und personelle Fragen im Vordergrund:

● Strategie: Einig ist sich die militärische und politische Führung inzwischen offensichtlich über die Beibehaltung des Volkskriegs-Konzepts; streitig bleibt hier nicht das Ob, sondern das Wie, vor allem das Ausmaß der "aktiven Verteidigung". Sie müsse mit Streitkräften durchgeführt werden, die in ihrer Ausbildung "drei große Veränderungen" durchlaufen hätten, nämlich die Verschiebung von der Soldaten- auf die Offiziersausbildung, von der Infanterie zur mechanisierten mobilen Kriegsführung und vom Gefecht einzelner Einheiten zu "kombinierten Verbänden", die zu einer "dreidimensionalen, kombinierten und allgemeinen Kriegsführung" in der Lage seien.

"Dreidimensionalität" bedeutet, daß der Feind zu Land, in der Luft und zur See abgewehrt werden soll; "kombinierte Kriegsführung" geht von der Tatsache aus, daß moderne Operationen nicht mehr, wie noch vor 1949, von einer einzigen Waffengattung, sondern von einem Zusammenwirken aus taktischen und strategischen Verbänden bestimmt werden; "allgemeine Kriegsführung" schließlich läuft darauf hinaus, daß es in einem modernen Krieg nicht nur auf

militärische Stärke, sondern darüber hinaus auf das Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Diplomatie ankommt.

● Im strukturellen Bereich hat sich die Forderung nach einem Qualitäts-Heer durchgesetzt, das durch höhere Transparenz, geringeren Personalbestand und vor allem durch "Regularisierung" gekennzeichnet ist. Lange Zeit gab es in der seit 1927 eher "spontan" aufgebauten VBA ja keine klare Trennung zwischen den Aufgabebereichen des Militärs und der Polizei; nirgends auch existierten formale Disziplinvorschriften, Pensionierungsbestimmungen, Regeln für die Offizierslaufbahn und differenzierte Schulsysteme.

Damit soll nun Schluß gemacht werden, wie die wichtigsten Schritte seit 1981 zeigen - man denke an die Einführung des Soldatenrechts, an den Erlaß eines Militärstrafgesetzbuches, an die Formalisierung der Ausbildung durch Erlaß präziser Studienkataloge, an die Wiedereinführung von Militärparaden, an den Erlaß neuer Disziplinbestimmungen, an die Festlegung von "Verantwortlichkeitsbereichen", an die Wiedereinführung von einheitsspezifischen Uniformen, an die Festlegung von Altersgrenzen für Spitzenfunktionen und an die Spezialisierung und arbeitsteilige Segmentierung bei den hochtechnischen Truppenverbänden, vor allem bei der Luftwaffe, bei der Marine und bei den neugebildeten Raketenverbänden. Man denke ferner an die Abwertung der Politoffiziere zugunsten der Militärkommandanten, an die Ausgliederung nichtmilitärischer Einheiten und an die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Armee in der neuen Verfassung vom Dezember 1982.

● Im ideologischen Bereich sind sich die Reformer darüber einig, daß die Armee als Ganzes nach wie vor zu linkslastig ist, und daß die entscheidenden Hürden zur Modernisierung durch personalpolitische Maßnahmen sowie durch eine "Verwissenschaftlichung" des Militärswesens zu überwinden seien.

### Glaubhafte Abschreckung

"Modernisierung" hat demnach mehrere Aspekte: Relativierung der Volkskriegsstrategie, Schaffung neuer Strukturen, Befreiung des Denkens und Befreiung von "personellem Ballast". Erst an letzter Stelle folgt die Modernisierung des Waffensystems. Für die strategische Kriegsführung allerdings hat China seit 1964 Vorbereitungen getroffen, die seine Verteidigung auch heute schon glaubhaft erscheinen lassen: Es besitzt in der Zwischenzeit A- und H-Bomben sowie Träger Raketen aller drei Reichweiten. Woran es freilich noch mangelt, ist eine ausreichende Zahl verfügbarer Raketen, ist ihre sichere Lagerung und ist vor allem das Fernauflösungs- sowie das Koordinatensystem.

## "Krisen als eine Folge menschlichen Fehlverhaltens"

fac. Bonn

In einem Apostolischen Schreiben über "Versöhnung und Buße" hat sich Papst Johannes Paul II. gegen die weitverbreitete modernistische These gewandt, daß Krisen und Spaltungen in der Welt von anonymen Kräften und Strukturen verursacht "soziale Sünden" seien. Der Papst stellt dieser Anschauung die persönliche Verantwortung des einzelnen und das menschliche Fehlverhalten schlechthin gegenüber. Dabei verkennt das Oberhaupt der katholischen Kirche nicht, daß sich jede Sünde mehr oder weniger stark auf die gesamte Gemeinschaft auswirke und somit auch eine soziale Dimension habe. Er zitiert zu diesem Zweck den Klassenkampf, den er ein "soziales Übel" nennt. Ebenfalls ein solches Übel ist für ihn aber die "Bildung fester Fronten zwischen Blöcken von Nationen und von einer Nation gegen die andere und zwischen Gruppen innerhalb desselben Volkes".

Zentrale Bedeutung gewinnt die Aussage: "Auf jeden Fall darf das Sprechen von sozialer Sünde, und sei es nur in analogem Sinne, niemanden dazu verleiten, die Verantwortung der einzelnen zu unterschätzen; es will vielmehr die Gewissen aller dazu aufrufen, daß jeder seine eigene Verantwortung übernehme, um ernsthaft und mutig jene unheilvolle Verhältnisse und unerträgliche Situationen zu ändern."

Der Hinweis des Papstes auf die Tendenz zum Verlust des Schuldgefühls zielt offensichtlich auch auf die theologische Diskussion in Ländern der Dritten Welt. Viele Priester und Laien, die der "Theologie der Befreiung" anhängen, argumentieren weitgehend mit einer "sozialen Schuld und Verantwortung", die die - auch gewaltsame - Beseitigung bestimmter gesellschaftlicher Strukturen meint. In diesen Zusammenhang gehört auch der Satz: "Eine Situation - ebenso wie eine Institution, eine Struktur, eine Gesellschaft - ist ansich kein Subjekt moralischer Akte; deshalb kann sie in sich selbst nicht moralisch gut oder schlecht sein." Der Papst kommt auch an diesem Punkt auf die Kernaussage des Dokuments zu sprechen, hinter jeder Situation von Sünde stecken immer sündige Menschen.

Im rein theologischen Teil seines Lehrschreibens stellt Johannes Paul II. der Kirche die Aufgabe, den Dialog - auch im ökonomischen Bereich - zu fördern. Es sei dabei notwendig, am Sakrament der Buße und der Versöhnung festzuhalten. Auch hier liegt der Akzent auf der "persönlichen Schuld". Ebenso wie bereits die Bischöfe auf ihrer Synode in Rom spricht der Papst davon, daß das Bußsakrament "sich in einer Krise befindet". Dabei stellt er heraus, das Bekenntnis der Sünden habe gewöhnlich individuell und nicht kollektiv zu geschehen, jede schwere Sünde müsse stets in persönlicher Beichte bekannt werden.

## Mitterrand sieht sich in der Defensive

Afrikanische Staatschefs boykottieren den Gipfel in Burundi / Vorwürfe an Paris

A. GRAF KAGENECK, Paris

Präsident Mitterrand muß vor seinen afrikanischen Freunden in der burundischen Hauptstadt Bujumbura zwei Tage lang seine umstrittene Politik im Tschad verteidigen. Er verspielt damit vielleicht seine eigene politische Zukunft. 43 Staatschefs aus den ehemals französisch und britischen Teilen Afrikas hat er zum 11. französisch-afrikanischen Gipfel geladen um mit ihnen Fragen der Sicherheit, der Entwicklungshilfe, der Verschuldung und der Bekämpfung von Hungersnot zu diskutieren.

Nur 35 Staatschefs haben zugesagt, die meisten lassen sich durch ihre Außenminister vertreten. Der Doyen unter ihnen, Felix Houphouët-Boigny von der Elfenbeinküste, blieb dem Gipfel ostentativ fern, und Zaires Präsident Mobutu konnte von Mitterrand bei einer Zwischenlandung am Wochenende nur nach scharfem Drängen zu einer Teilnahme überredet werden. Offensichtlich wollen einige der ältesten und zuverlässigsten Freunde Frankreichs durch ihren Boykott ihr Mißfallen über eine Politik Ausdruck verleihen, die zum Ab-

zug französischer Soldaten aus dem Tschad bei gleichzeitiger Belassung eines starken libyschen Truppenkontingents im Norden des Landes und damit zu einer akuten Bedrohung der südlichen Nachbarn führte.

Mitterrand hatte vor Beginn der Konferenz verargt darauf hingewiesen, daß seine Tschad-Politik nicht in Afrika sondern in Frankreich konzipiert werde und daher nur in Frankreich zu diskutieren sei. In seiner Eröffnungsrede legte er den Akzent schließlich auf Fragen der wirtschaftlichen Entwicklungshilfe. Erneuert dabei den Grundsatz aller französischen Präsidenten, Afrika müsse zu nächst sich selbst helfen ehe es auf die Hilfe Frankreichs zählen könnte. Seine Partner aber gaben sich mit dieser Einengung der Konferenzthemen offenbar nicht zufrieden. Der Präsident des Tschad, Hissen Habre, bestand darauf, daß "die Sicherheit Afrikas unter den Aspekten einer starken libyschen Präsenz nördlich des 16. Breitengrades" vorrangig behandelt werden müsse. Damit ist Mitterrand zu einer Stellungnahme gezwungen, die er sowohl den Afrika-

nen wie der eigenen Öffentlichkeit gegenüber gern vermeiden hätte.

Hissen Habre verlangt den Abzug der Libyer ohne bisher Frankreich nachdrücklich zu einer Rückkehr in den Tschad (Manta II) oder gar einer gewaltsamen Rückeroberung des Nordens der Republik an der Seite seiner Armee zu drängen. Paris hat wissen lassen, daß "der Abzug der libyschen Truppen Ziel der französischen Politik" bleibe, daß man diesen aber eher auf dem Verhandlungswege als mit Gewalt erreichen wolle. Die "Abschreckung" habe trotz des französischen Truppenabzuges funktioniert, da bisher noch kein libyscher Soldat die Demarkationslinie nach Süden überschritten habe.

Die afrikanischen Gipfelteilnehmer geben sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden und bezeichnen die passive Pariser Haltung als stillschweigende Anerkennung einer Defacto-Teilung des Tschad in eine libysche und eine tschadische Einflusszone. Dem selben Vorwurf sieht sich Mitterrand auch zunehmend in der eigenen Öffentlichkeit ausgesetzt.

# Die Banken zum „Leistungswillen“ Was wir uns leisten können, hängt von unserer Leistung ab

Der Wunsch wird nicht von jedem geteilt: Leistung muß sich wieder lohnen. Vielen ist der Zusammenhang zwischen Leistung und Lohn aus dem Blickfeld verschwunden; und mancher meint sogar, Leistung und Lebensfreude schließen einander aus.

Nicht zuletzt politische Einflüsse und staatliche Eingriffe haben das Verhältnis zur Leistung gestört. Soziale Wohltaten nährten Illusionen; überhöhte Steuern und Sozialabgaben weckten Unwillen. Dabei kann es keinen Zweifel geben: Unser Wohlstand, unser sozialer Standard wie auch unsere Zukunft hängen von unseren Leistungen ab. Und das müssen, wenn wir im internationalen Wettbewerb bestehen und zugleich unsere Probleme lösen wollen, Spitzenleistungen sein.



Wir Banken meinen: Leistung schafft Erfolg, Wohlstand, Lebensfreude. Wir setzen auf den Bürger, der das, was er sich leistet, von seiner eigenen Leistung abhängig macht. Und wir sind sicher, dies ist die große Mehrheit.

Bundesverband deutscher Banken

Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft: Großbanken, Regionalbanken, Privatbankiers, Hypothekenbanken.





# Opel zum

## Im Laufe des Jahres 1985: Ergänzung der Modellreihen mit Katalysator-Versionen.



scheiden möchte, kann auf die Beipack-Lösung zurückgreifen.

Das heißt: Für jeden Opel, der im Laufe des kommenden Jahres für den Katalysator-Einbau vorbereitet wird, können Sie den Umbausatz ab Werk

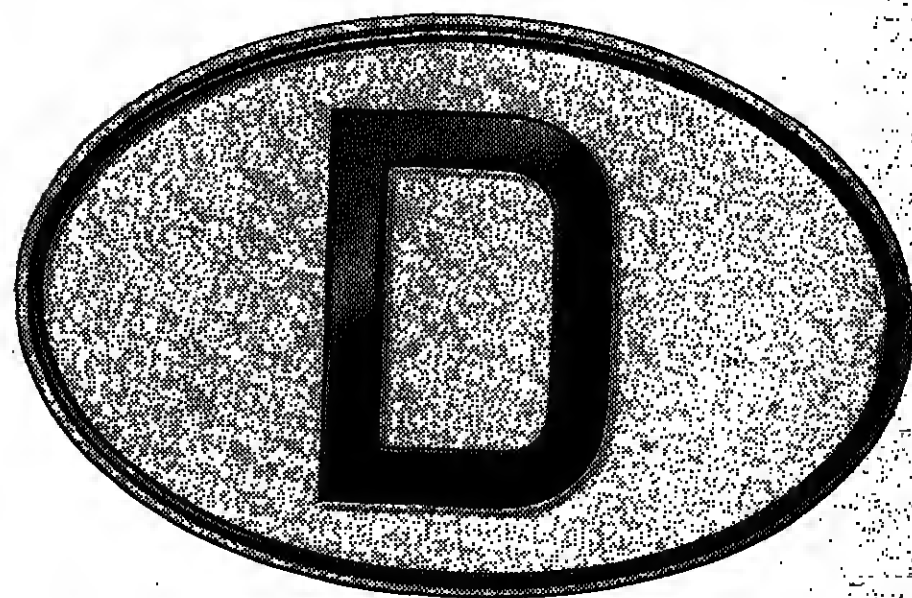
Gemischregelung und Lambda-Sonde. Diese Lösung reduziert die Schadstoffemission bereits erheblich und verlangt den Betrieb mit bleifreiem Benzin.

Eine andere Alternative: die Abgasrückführung. Hier wird ein Teil der Abgase über ein ventilgeregeltes Rückführungssystem noch einmal dem Gemischbildungssystem zugeführt und ein zweites Mal verbrannt. Diese Art der Abgasreinigung sorgt ebenfalls für eine deutliche Schadstoffreduzierung, auch beim Betrieb mit verbleitem Kraftstoff.

Wir gehen davon aus, daß auch diese Nachrüst-Lösungen steuerlich gefördert werden.

Welche Art der Nachrüstung speziell für Ihren Opel in Frage kommt, erfahren Sie bei Ihrem Opel-Partner.

## Gütezeichen D: Katalysator-Technologie für deutsche Straßen.



Deutsche Verkehrsverhältnisse erfordern technisch und qualitativ adäquate Lösungen. Deshalb ist unsere Katalysator-Technik speziell für den deutschen Straßenverkehr entwickelt – genauso wie unsere Karosserien, Motoren, Fahrwerke und Bremsen.

Katalysator ist schließlich nicht gleich Katalysator. Gestützt auf die zehnjährige Forschungs- und Produktionserfahrung unserer Muttergesellschaft General Motors, haben wir eine Katalysator-Lösung entwickelt, die dem modernsten

Mit dem Ascona 1.8 i wird bei Opel im Januar 1985 die Katalysator-Ära eingeleitet. Der Ascona 1.8 i ist das erste deutsche Katalysator-Auto, das keine umgerüstete Export-Version für die USA darstellt, sondern eigens für den europäischen Markt entwickelt wurde.

Im Laufe des Jahres werden wir dann praktisch für unser gesamtes Modellprogramm die Katalysator-Technik einführen. Pro Baureihe (Ascona, Kadett, Corsa, Rekord, Senator, Monza) ist dann mindestens eine Katalysator-Version erhältlich.

## Die Beipack-Lösung: Katalysator im Kofferraum.

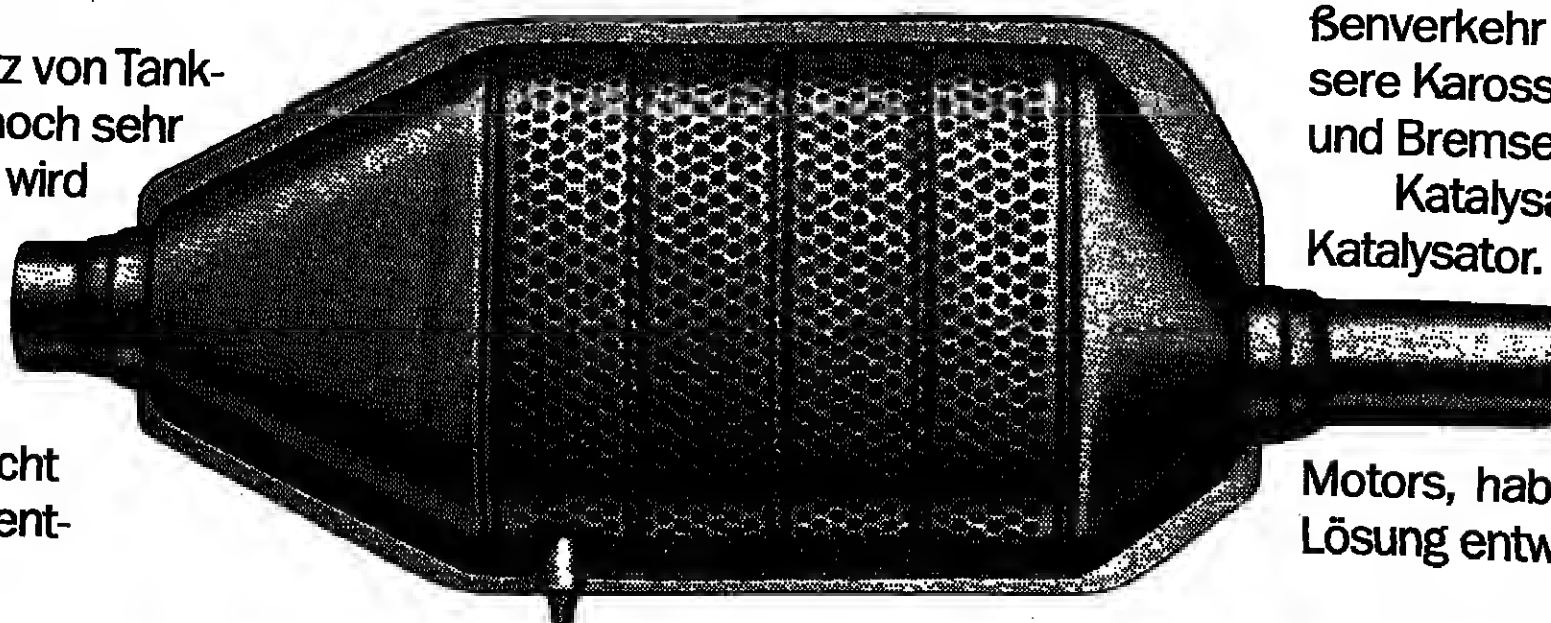
Im Augenblick ist das Netz von Tankstellen mit bleifreiem Benzin noch sehr dünn. Bis Ende dieses Jahres wird es nur an etwa 400 von insgesamt rund 21 000 bundesdeutschen Tankstellen unverbleitem Kraftstoff geben. Wer sich deshalb jetzt noch nicht für ein Auto mit Katalysator ent-

gleich mitbestellen. Es steht Ihnen dann frei, wann Sie auf Katalysator-Betrieb umstellen wollen. Ihr Opel-Partner installiert Ihnen den Umbausatz ohne großen Zeit- und Kostenaufwand.

## Thema Nachrüstung: Individuelle Alternativen.

Wenn Sie jetzt ein neues Opel-Modell ohne Abgas-Katalysator kaufen, bieten wir demnächst kostengünstige Nachrüst-Pakete an. Diese Nachrüst-Pakete wird es auch für die Mehrzahl der gebrauchten und zugelassenen Opel-Fahrzeuge geben.

Eine Alternative: bei der Nachrüstung: Abgas-Katalysator ohne elektronische



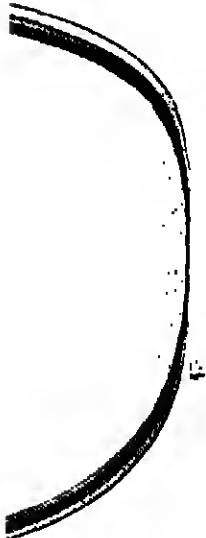
# im Thema:

3-Sonde  
schadstoff-  
d verlangt  
zin.  
die Abgas-  
der Abgas  
führungs-  
nischbil-  
in zweites  
Abgasreini-  
deutliche  
beim Betrieb

iß auch diese  
1 gefördert

ung speziell  
it, erfahren

ogie  
n.



ältnisse erht  
adäquate  
e Katalysator  
schen Stra-  
rauso wie ur  
Fahrwerke

1 nicht gleich  
zehnjährige  
ind Produk-  
g unserer  
schaft Genera-  
talsator-  
modernsten

Stand der Technik entspricht. Die Katalysator-Technik von Opel ist leistungsfähig, wirtschaftlich und langlebig – wie unsere Autos.

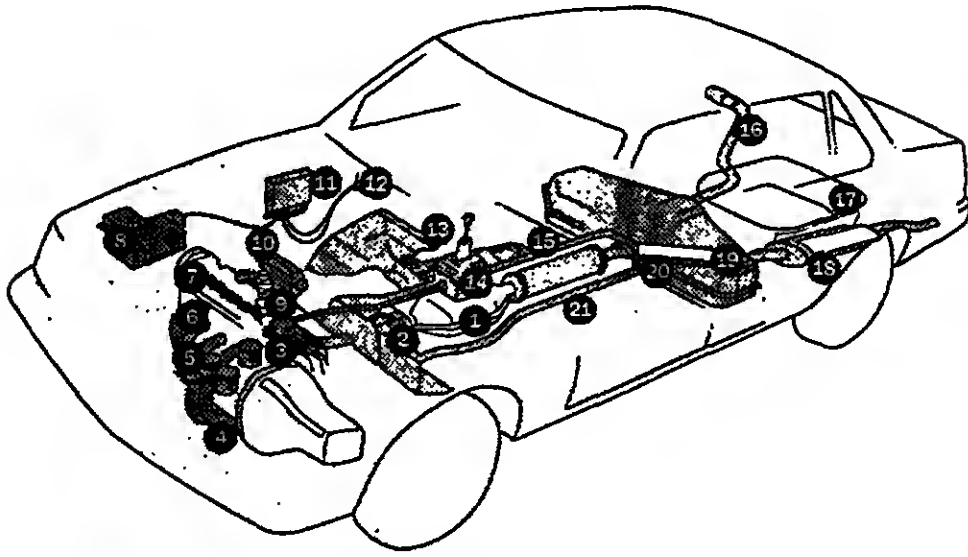
## Das Katalysator-Auto: Viel Technik für weniger Umweltbelastung.

Zur Entwicklung eines abgasarmen Automobils ist mehr technischer Aufwand nötig als nur der Einbau eines Katalysators in das Auspuffsystem. Die Abgasreinigung per Katalysator stellt einen komplizierten Eingriff in das technische Innenleben eines Autos dar.

Wie die Schemazeichnung zeigt, müssen gegenüber einem herkömmlichen Modell umfangreiche konstruktive Änderungen vorgenommen werden. Zu berücksichtigen ist beispielsweise, daß der Katalysator nach Erreichen der normalen Betriebstemperatur (600°C) sehr viel Wärme abstrahlt. Hitzeempfindliche Karosserieteile und der Innenraum müssen deshalb durch Abschirmbleche geschützt werden.

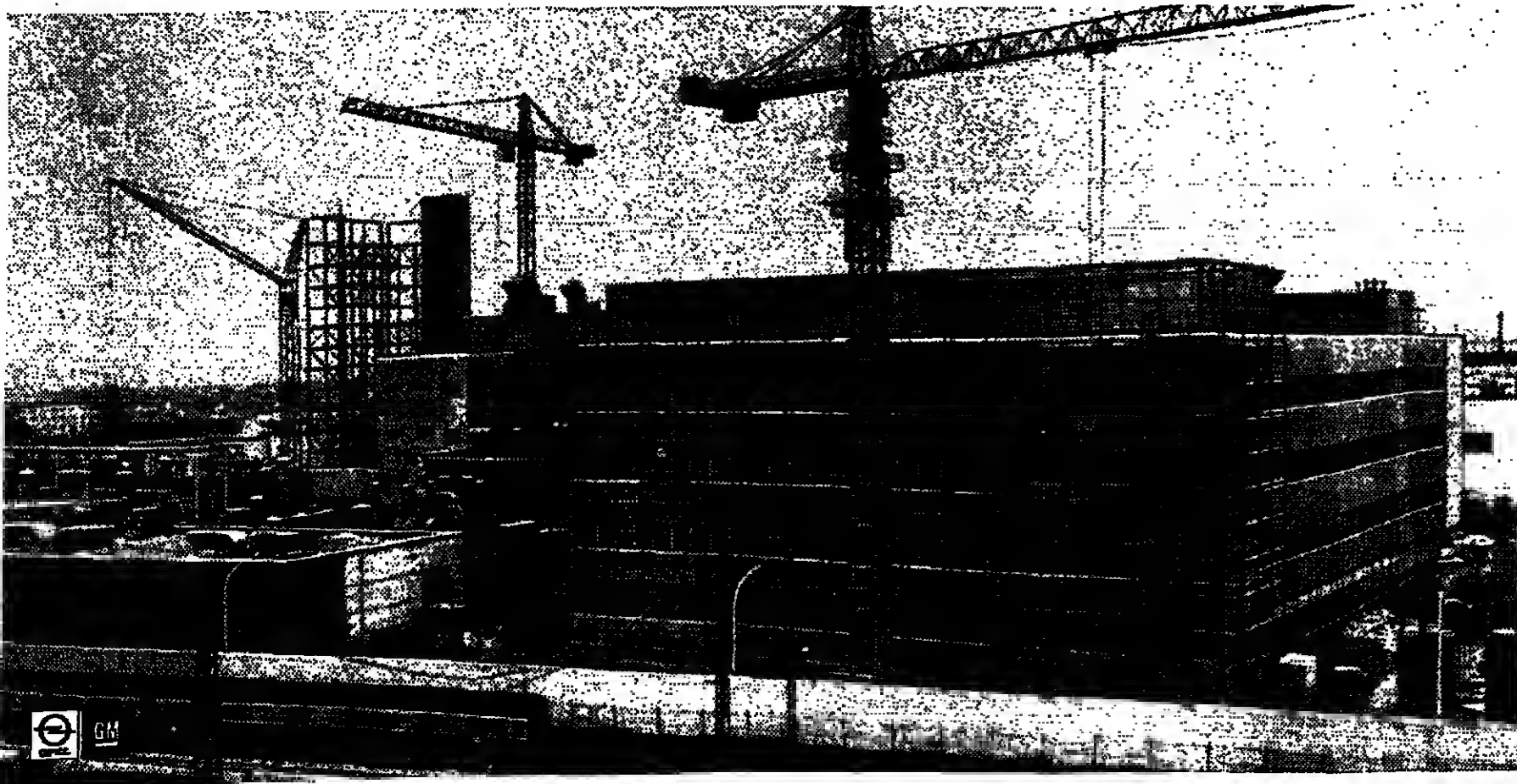
Damit der Katalysator seine volle Wirkung entfalten kann, sind eine elektronisch geregelte Gemischaufbereitung sowie eine Vielzahl von elektronischen Steuerelementen notwendig, die ihrerseits wiederum eine Fülle von technischen Modifikationen nach sich ziehen. Sogar der Einfüllstutzen am Kraftstofftank muß

geändert werden, damit nicht eine versehentliche Betankung mit verbleitem Benzin den Katalysator zerstört.



Direkt oder indirekt betroffene Fahrzeugkomponenten:

1. Katalysator zur Reduktion der Abgasschadstoffe
2. Lambda-Sonde als Sensor zur Regelung des Luft/Kraftstoffverhältnisses
3. Zündverteiler mit neuer Zündkennlinie
4. Auspuffleitung, modifiziert und in geänderter Werkstoffqualität
5. Auslaßkrümmer, geänderte Werkstoffqualität
6. Kolben, modifiziert, falls Regulierung der Verdichtung notwendig
7. Nockenwelle, modifiziert für geändertes Luft-/Kraftstoffverhältnis
8. Luftmengenmesser, modifiziert für geregeltes Luft-/Kraftstoffverhältnis
9. Abgasrückführventil, für weitere NO<sub>x</sub>-Reduzierung evtl. nötig
10. Saugrohr, zur Anflanschung des Abgasrückführventils modifiziert
11. Steuergerät, modifiziert für geregeltes Luft-/Kraftstoffverhältnis
12. Kabelbaum, erweitert für geregeltes Luft-/Kraftstoffverhältnis
13. Konsole, geändert wegen Tunnelvergrößerung zur Aufnahme des Katalysators
14. Schaltung, geändert wegen Tunnelvergrößerung zur Aufnahme des Katalysators
15. Stirnwand, Tunnel, Teppich, geändert wegen Tunnelvergrößerung zur Aufnahme des Katalysators
16. Einfüllstutzen, modifiziert zur Vermeidung von Betankungen mit verbleitem Kraftstoff
17. Hitzeisolierung Radmulde, notwendig durch erhöhte Temperatur im Auspuffsystem
- 18./19./21. Abschirmblech, notwendig durch erhöhte Temperatur im Auspuffsystem
20. In den Tank verlegte Kraftstoffpumpe für neue Gemischbildungssysteme



## Daten und Taten: 1 Milliarde für Ingenieure, Maschinen und Motoren.

Das umweltfreundliche Auto lassen wir uns viel Geld kosten. Opel investiert 1 Milliarde Mark in neue Produktionseinrichtungen und Testanlagen. Ein weithin sichtbarer Beweis für unsere Aktivitäten ist ein riesiger Klimaturm, der für die komplizierten Abgastests unerlässlich ist. Darüber hinaus haben wir neue Abgasprüfstände, neue Motorprüfstände, neue Konstruktionsbüros und neue Versuchswerkstätten gebaut.

Für unser Programm zur Schadstoffreduzierung setzen wir eine Testwagenflotte von 750 Fahrzeugen ein, die Millionen von Testkilometern zurücklegen. Opel-Ingenieure fahren Prüfstandversuche mit rund 350 Motorvarianten über mehr als 800.000 Stunden. Insgesamt arbeiten derzeit über 1000 Mitarbeiter an Opel-Programmen zur Schadstoffreduzierung.

Opels technische Arbeit für umweltfreundliche Autos war auch schon in den letzten Jahren erfolgreich. Opel-Motoren von heute stoßen im Vergleich zu den Werten von 1971 55 Prozent weniger Kohlenwasserstoff (HC) und 70 Prozent weniger Kohlenmonoxyd (CO) aus. Und seit 1975 sind auch die Stickoxyd-Emissionen (NO<sub>x</sub>) um 40 Prozent gesunken.

Das heißt: Schon ein Opel von heute reduziert drastisch die Belastung der Umwelt und kann durch Nachrüstung sogar noch weiter optimiert werden.

## Das Katalysator-Telefon: Sie fragen – wir antworten.

Für weitere Informationen steht Ihnen täglich bis zum 20.12.1984 unser Katalysator-Telefon zur Verfügung. Bundesweit erreichbar unter der Nummer ☎ (0 61 42) 66 – 55 55.

**OPEL**   
ZUVERLÄSSIG IN DIE ZUKUNFT



## GEBURTSTAGE

Sein 85. Lebensjahr vollendet heute Bischof Dr. Friedrich M. Rintelen, der 18 Jahre lang Erzbischöflicher Kommissar und Generalvikar in Magdeburg war und seit 1970 wieder in Paderborn lebt. Rintelen wurde 1899 in Ahlen/Westfalen geboren. 1924 empfing er in Paderborn die Priesterweihe. Erzbischof Lorenz Jäger ernannte 1941 den damaligen Pfarrer der Marktkirche in Paderborn, Rintelen, zu seinem ersten Generalvikar. 1951 wurde Rintelen zum Weihbischof ernannt. Erzbischof Jäger entsandte ihn als Erzbischöflichen Kommissar nach Magdeburg, wo er am 24. Januar 1952 die Bischofsweihe empfing. 18 Jahre lang leitete Rintelen die Geschicke dieses in der „DDR“ gelegenen Anteils des Erzbistums, ausgestattet mit besonderen Vollmachten, da der Erzbischof seit 1958 das Kommissariat nicht mehr besuchen konnte.

Es darf gelacht werden, wenn Bayerns Senatspräsident Hans Weiß am

Mittwoch seinen 65. Geburtstag feiert, gehört der Jubilar doch zu den Politikern, die nicht abgeneigt sind, Fröhlichkeit als einen Teil ihres Metiers zu sehen. Beim Rückblick auf seinen Lebensweg hat der gebürtige Münchner allerdings auch gut lachen: Aus dem hoffnungsvollen Gerichtsassessor, der mit einer Arbeit über den Bayerischen Senat promoviert wurde, wurde 1952 der Oberbürgermeister von Bad Kissingen, was er bis zu diesem Frühjahr blieb, zwei Jahrzehnte war er im ZDF-Verwaltungsrat, im Verwaltungsrat des Bayerischen Rundfunks sitzt er noch heute als stellvertretender Vorsitzender, und im Senat, dem er seit 12 Jahren angehört, wurde er 1982 zum Präsidenten dieser Zweiten Kammer gewählt.

## EHRUNGEN

Der seit 1973 jährlich einmal verliehene „Bentinck-Preis“ für besondere Verdienste um die europäische Einigung auf diplomatischem oder literarischem Feld, gestiftet von der

Witwe des großen niederländischen Diplomaten Baron Adolph Bentinck zum Gedenken an dessen mutigen Einsatz für das europäische Einigungswerk, ist in Paris an Henri Froment-Meurice, den ehemaligen französischen Botschafter in Moskau und Bonn (bis 1983) verliehen worden. Der mit 5000 Dollar dotierte Preis ehrt das im Frühjahr erscheinende Buch des Exdiplomaten „Une puissance nommée Europe“ (Eine Macht mit Namen Europa), in dem sich der Autor mit den politischen, wirtschaftlichen und strategischen Aspekten einer dritten Weltmacht Europa im amerikanischen-sowjetischen Kräftefeld und mit der besonderen Rolle der Deutschen und Franzosen in dieser „unaufhaltsamen Entwicklung“ (Froment-Meurice in seiner Annahmerede) auseinandersetzt. Der Pariser Korrespondent der WELT, August Graf Kageneck, vertritt die Bundesrepublik Deutsch-

## Personalien

land in der von Exminister Louis Joxe präsidierten zehnköpfigen Jury.

Die diesjährigen Preise der „Deutschen Rheuma-Liga“ erhielten die Berliner Sozialarbeiter Christel Baltzer und der praktische Arzt Jochen Tolk (Kiel). Frau Baltzer wurde für ihre Betreuung von Rheumakranken ausgezeichnet, die ihre Wohnung nicht verlassen können. Bei Dr. Tolk würdigte die Jury seine Mitarbeit am Aufbau eines mobilen Rheuma-Dienstes in Schleswig-Holstein. Der Preis ist mit insgesamt 10 000 Mark dotiert. Die beiden Preisträger spenden diesen Betrag für die Arbeit mit Rheuma-Kranken.

## WAHL

Der Marburger Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. Horst Zimmermann ist zum Mitglied des Wissenschaftlichen Rates der Akademie

für Raumforschung und Landesplanung in Hannover gewählt worden. Das aus fünf Mitgliedern bestehende Gremium berät das Präsidium der Akademie bei der Durchführung von wissenschaftlichen Aufgaben, koordiniert Forschungsabsichten und ermittelt Forschungsthemen.

## AUFTRAG

Die Bundesregierung legt großen Wert darauf, daß der Weltwirtschaftsgipfel Anfang Mai 1985 in Bonn zu einer „positiven Leistungsschau“ der Bundesrepublik Deutschland wird. Insgesamt werden zu diesem Ereignis in Bonn 2500 Journalisten erwartet. Der stellvertretende Verwaltungschef des Presse- und Informationsamtes, Karl-Egbert Mroch (55), wurde von der Bundesregierung beauftragt, die Betreuung dieser Journalisten vorzubereiten. Mroch, ein geschickter und in Organisationsfra-

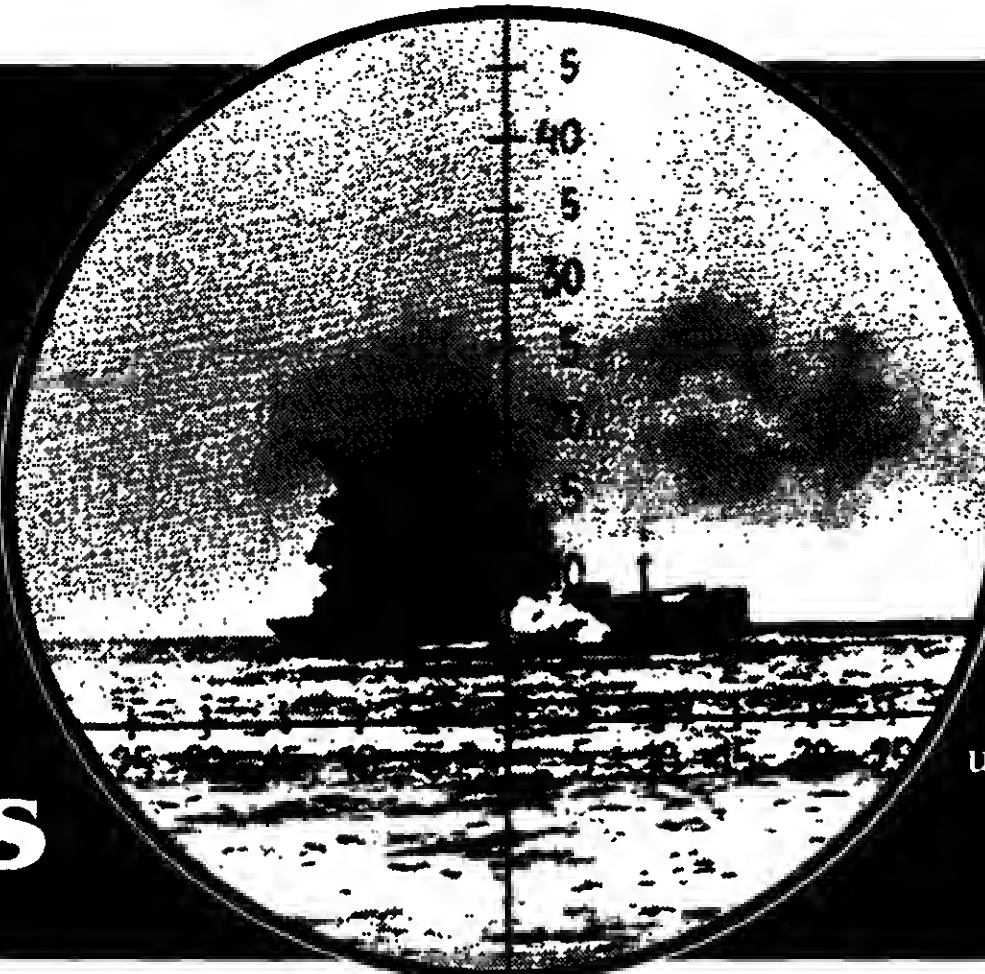
## ERNENNUNGEN

Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat in Straßburg wird Botschafter Dr. Günter Knaack. Der Diplomat, Jahrgang 1929, stammt aus Berlin. Er studierte in Frankfurt, Harvard und Cincinnati Volkswirtschaft, politische Wissenschaften, Geschichte und Völkerrecht, erwarb den Grad eines Master of Arts und promovierte zum Doctor of Philosophy. 1961 ging er in den Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik. Er war an den deut-

schen Botschaften in Havanna und Caracas tätig, jeweils als Pressereferent, und wurde später als politischer Referent an die deutsche Botschaft nach Madrid versetzt. 1976 übernahm er im Auswärtigen Amt die Leitung des Parlamentarischen und Kabinettsreferats. Seit 1979 ist er Botschafter in Luxemburg.

Dr. Karl Bernhard Schmitz, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, ist zum Richter am Bundesgerichtshof ernannt worden. Dr. Karl Bernhard Schmitz war nach den beiden juristischen Staatsprüfungen zunächst juristischer Mitarbeiter in einem Notariat in Düsseldorf. Danach trat er in den Justizdienst des Landes Nordrhein-Westfalen ein und war Richter am Landgericht Düsseldorf. Nach einer dreijährigen Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesgerichtshof wurde er 1974 als Richter an das Oberlandesgericht Düsseldorf berufen, wo er überwiegend in Zivilsachen tätig gewesen ist.

# Über den Streit der Großmächte um das Erbe Poseidons



Hellmut Diwald gibt in seinem faszinierenden Geschichtsbuch Aufschluß über die Bedeutung der Seemacht für die Weltherrschaft im 20. Jahrhundert. Zugleich gewährt er einen tiefen Einblick in die Zusammenhänge der maritimen Großmachtpolitik unseres Jahrhunderts.

512 Seiten, 57 Fotos, 15 Karten und Schaubilder.  
DM 49,80

**Droemer  
Knaur**

**Hellmut Diwald**  
**Die Erben Poseidons**  
Seemachtpolitik im 20. Jahrhundert  
Droemer Knaur

## GESCHAFTSVERBINDUNGEN

**FIBERTEX**  
FASSADENTECHNIK

Wir sind ein erfolgreicher, renommierter Hersteller der weltweit bekannten FIBERTEX-FASSADENSCHÜTTUNGEN. Im Rahmen des weiteren Aufbaus unserer Vertriebsaktivitäten bieten wir Ihnen die Möglichkeit, unser Partner als

**LIZENZNEHMER**

im Bundesgebiet zu werden. Unser zukunftsorientiertes FIBERTEX-FASSADENSCHÜTTUNGS- und BETONSANIERUNGSSYSTEM ist aufgebaut auf jahrzehntelanger, internationaler Erfahrung und hat sich weltweit hervorragend bewährt. Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf. FIBERTEX-VERTRIEBSGESELLSCHAFT DEUTSCHLAND

ENGLESTR. 22 · D-7505 EITLINGEN · TEL. 0 72 43 / 1 51 24

Haben Sie Ihre Exportchancen nach **HOLLAND** schon überprüft? Wenn nicht, dann sind wir für Sie der richtige Partner. Informationen über: **Deutsch-Niederländisches Verbindungsbüro** Oldenzaal, B. Grave, Postfach 12 96, D-4537 Flirtman

**TRAUMHAFTES STARTBEDINGUNGEN**  
Engagierten Gastronomen bieten wir ideale Voraussetzungen für eine sichere und erfolgreiche Selbstständigkeit als Mieter eines

**Steakhauses und/oder Cafés**  
Wir bringen mit:  
- eine hervorragende Lage an der Fußgängerzone in Hamburg-Harburg  
- Haltestellen von mehr als 10 Omnibuslinien direkt vor der Tür  
- 320 hauseigene Parkplätze in den Obergeschossen  
- Die Thermo - Hamburgs größte und attraktivste Sauna-Wasser-Freizeitanlage als unmittelbare Nachbarn. Ein starker Publikumsmagnet  
- einen ansprechenden Ladenbereich und Hamburgs größten Safeway-Supermarkt im Basement  
Unsere **Darstellung** garantiert Erfolg. Jetzt können Sie sich daran noch beteiligen. Die Fertigstellung der Erlebniswelt im Lüneburger Haus steht bevor. Bitte nehmen Sie direkt mit uns Kontakt auf. Wir sind Bauherr und Vermieter. Provision wird nicht erhoben.

DE/BAU/SIE, Bockenheimer Landstraße 24  
6000 Frankfurt/Main, Telefon 0 69 / 71 17 - 5 02

Die Appenröder Holzwerkstatt GmbH - Rittewerkstatt, nordd. Zentrum 2, Kunstschleierei I. A. - sucht **Tischlermeister, Innenarchitekten o. ä.** mit mindestens 10 000,- DM Beteiligung, besten Kaufm. u. organisat. Fähigkeiten sowie Talent, anspruchsvollen Kunden zu beraten. Bewerbungen unter N 12 016 an WELT-Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen.

**Vertriebslizenzen**  
Für eine technische Neuentdeckung mit großen Umsatzchancen (Filter-Systeme) zur Senkung der Betriebskosten im Bereich Low-/Bus-/Baumaschinen-Serie sowie stationäre Benzin- und Dieselmotoren vergibt Alleinimporteur Vertriebslizenzen (Gebietschutz) in der gesamten BRD einschl. Berlin-West. Es handelt sich um ausgereifte, jahrelang im praktischen Einsatz mit Erfolg erprobte Produkte (ökonomisch, umweltfreundlich). Kfz-Meister mit Unternehmerformat bietet sich eine Chance zur Selbstständigkeit.

Anfragen mit aussagefähigen Unterlagen an:  
**RCN Technik GmbH**  
Wiesbadener Str. 64, 6240 Königstein, Telefon (0 61 74) 70 31

**RUEGER**  
... kompetent für Maß- und Regeltechnik

Verkaufsgebiete Berlin, Bremen-Hamburg-Flensburg, Hannover-Göttingen, Bielefeld-Münster-Arnsberg, Aachen-Köln-Siegen-Trier, Frankfurt-Kassel, Würzburg-Nürnberg-Regensburg, Stuttgart-Karlsruhe-Freiburg-Ulm, München-Augsburg.

Unser Name ist in der Maß- und Regeltechnik ein Begriff. Mit der Neu-Organisation unseres Vertriebes bieten wir seriösen und eingeführten

## Vertretungen

eine außergewöhnliche Chance. Ebenso einem Mann der zweiten Reihe, der mit einer bekannten und qualitativ hochwertigen Produktgruppe seine Selbstständigkeit begründen möchte.

Für ein unverbindliches Gespräch, das wir gerne kurzfristig mit Ihnen führen wollen bitten wir vorab um Ihre Zuschrift mit einer kurzen, aussagefähigen Selbstdarstellung an die von uns beauftragte

HAHN & PARTNER

UNTERNEHMENSBERATUNG GMBH

1000 Berlin 15, Kurfürstendamm 180, Tel. 8 82 10 55

## AGENTEN GESUCHT

zur Vermittlung von Ferienhäusern in Städten über 200 000 Einwohner in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen

**LOLLAND-FALSTERS SOMMERHUS-EXPERT**  
Jenssen Falster  
Vejlegade 12, DK-4900 Nakskov  
Telefon 00 45 / 3 / 2 23 88

**Bauträger**  
für denkmalgeschütztes Objekt in Lage von Stuttgart gelegen, gesucht.  
Tel. 07 51 / 36 93

**Meisterbetrieb Nachrichtentechnik mit Vertrieb und Service**  
im nordd. Raum (Stz Hamburg) sucht Werkvertr. Kundendienst, Auslieferungslager o. ä. zur Kapazitätserweiterung.  
Zuschr. erb. unt. A 19005 an WELT-Verlag, Postf. 10 06 64, 4300 Essen.

**Schreiner-Montage-Team**  
mit 10 Werkstattwagen  
führt Schreinerarbeiten im Bundesgebiet und im Ausland aus.  
Fa. JURO-MONT  
Talstraße 33  
7253 Malmshausen-Renningen  
Telefon 0 71 59 / 61 22

**Handelsfirma für Investitionsgüter**  
seit 20 Jahren mit eigenem Büro in Düsseldorf-Stadtmitte, sucht zur weiteren Auslastung Gebiets-

**Vertretung**  
für NRW, PLZ 4 und/oder 5. Bisheriges Hauptgebiet: Toilettensellerie, Wärmerückgewinnung an Industrie und Behörden.  
Zuschriften erbeten unter P 11929 an WELT-Verlag, Postf. 10 06 64, 4300 Essen

**Freiberuflicher Architekt**  
vertraut mit allen einschlägigen Arbeiten und guten Kontakten zu Behörden bietet seine Hilfe an. Zuschriften unter G 11 923 an WELT-Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen.

**Möbeldesigner**  
sucht fähigen Partner zur Produktion von modernen Möbeln. Zuschriften unter FW 45835 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

**Französische Firma sucht: Erstklassige Vertreter**  
mit großem Kundenkreis für hochwertige Baby- und Kindertrikots. Beste Qualität. Bewerbungen bitte mit Referenzen an: Pom Sarl, Frau R. Zeitoun, 73 Rue Orfila, F-75020 Paris, F

**Partner**  
für gut florierendes Versandgeschäft gesucht. Interessenten melden sich unter W 13001 an WELT-Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen

**PRODUKTIONSANLAGEN - ENGINEERING - KNOW-HOW**  
zur Herstellung pulverförmiger u. flüssiger Wasch- u. Reinigungsmittel liefert weltweit

**TELSCHIG**  
Vertriebsfirma GmbH  
Postfach 11 51, D-7197 Metzingen  
T. 0 71 92 / 80 51 / 53, T. 2 24 474 telex d

**Wir verkaufen Fitneß,**  
genauer gesagt, elektronisch gesteuerte Heimtrainer. Zu unseren Kunden zählt der Sport- und Sanitärfachhandel sowie kommerzielle Anwender wie Fitneßstudios und ähnliches.

**Wir expandieren,**  
deshalb suchen wir sofort einen **Handelsvertreter** für Norddeutschland.

Wir erwarten professionelle Verkäufer mit überdurchschnittlichem Willen zum Erfolg und der Fähigkeit, sich auf unterschiedliche Gesprächspartner einzustellen.

**Unser Angebot:**  
Die Chance, mit marktgerechten Produkten Erfolg zu haben und das persönliche Einkommen deutlich zu steigern. Rufen Sie an!

Sprechen Sie mit Herrn Heinzl 06 31/4 50 92

Keiper Dynavit GmbH & Co.  
Mannheimer Straße 234-236, 6750 Kaiserslautern

**Ihre Adresse in der Schweiz**  
mit Tel., Telex u. Postanschrift, lgl. Post- und Telex-Zustelldienst.  
J. Richter, F. Box 59, CH-8825 Capolago

**Firmengründungen weltweit - Steuerdomizile**  
J. Richter, F. Box 59, CH-8825 Capolago

**Interbox S. A. Lugano**  
Paletten und Kunststoffbehälter, sucht Vertreter mit Lager für Verkauf und Verleihung ihrer Produkte in der Bundesrepublik Deutschland. Interessante Provision bei starker Promotionsunterstützung. Angebote unter K 13013 an WELT-Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen

**Die Welt der Fach- und Führungskräfte**  
Fach- und Führungskräfte, die in ihrem Beruf vorankommen wollen, informieren sich laufend über ihre Karriere-Chancen in der WELT. Die WELT bringt jeden Samstag viele Seiten Stellenausschreibungen für Fach- und Führungskräfte.

**Wir verkaufen Fitneß,**  
genauer gesagt, elektronisch gesteuerte Heimtrainer. Zu unseren Kunden zählt der Sport- und Sanitärfachhandel sowie kommerzielle Anwender wie Fitneßstudios und ähnliches.

**Wir expandieren,**  
deshalb suchen wir sofort einen **Handelsvertreter** für Norddeutschland.

Wir erwarten professionelle Verkäufer mit überdurchschnittlichem Willen zum Erfolg und der Fähigkeit, sich auf unterschiedliche Gesprächspartner einzustellen.

**Ihre Verkaufsrepräsentanz in den USA**  
In unseren gut ausgestatteten Büros und Lagerhäusern in Cincinnati, im Schnittpunkt der drei US-Bundesstaaten Ohio, Kentucky und Indiana, können Sie sofort über Ihre eigene amerikanische Verkaufs- und Vertriebsorganisation verfügen.

Unsere USA-Marketingexperten stehen Ihnen beratend zur Verfügung:

● Market Research ● Verkaufsrepräsentanz ● Lagerhaltung  
● Einfuhrabwicklung ● Vertriebsnetz aufbauen ● Merchandising  
Im Umkreis von 600 Meilen von Cincinnati werten 62% der Bevölkerung und 65% der Kaufkraft der Landes auf Produkte aus Europa.

**DEE Delta Export GmbH**  
Lange Mühlen 9 - 2000 Hamburg 1  
Tel.: (0 40) 33 51 63 - Telex: 2 162 449 ham h

**FINANZANZEIGE**

**M.A.N. MASCHINENFABRIK AUGSBURG-NÜRNBERG AKTIENGESellschaft**

Wertpapier-Kennnummer für Stammaktien 506 300  
Wertpapier-Kennnummer für Vorzugsaktien 506 303

**EINLADUNG**  
an die Stammaktionäre und Vorzugsaktionäre unserer Gesellschaft

zur ordentlichen Hauptversammlung am Freitag, dem 1. Februar 1985, 10.30 Uhr, in Augsburg, Werkmuseum der M.A.N., Heinrich-von-Buz-Straße 28

**Tagesordnung und Vorschläge zur Beschlussfassung**  
1. Vorlage des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts des Vorstandes sowie des Berichtes des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1983/84.

2. Entlastung des Aufsichtsrates.  
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Entlastung für das Geschäftsjahr 1983/84 zu beschließen.

3. Entlastung des Aufsichtsrates.  
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Entlastung für das Geschäftsjahr 1983/84 zu beschließen.

4. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 1984/85.  
Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Süddeutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, mit dem Sitz in München, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 1984/85 zu wählen.

Gemäß § 140 Abs. (2) AktG haben auch die Vorzugsaktionäre Stimmrecht. Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die bei der Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der deutschen Botschaften in München, Wien oder Berlin ihre Aktien spätestens am 24. Januar 1985 hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen.

Die genannten Banken sind berechtigt, die Ausweise für die Teilnahme an der Hauptversammlung auszustellen.

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank ist die von diesem auszustellende Bescheinigung die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bank bis zur Augsburg, im Dezember 1984

Die genannten Banken sind berechtigt, die Ausweise für die Teilnahme an der Hauptversammlung auszustellen.

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank ist die von diesem auszustellende Bescheinigung die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bank bis zur Augsburg, im Dezember 1984

Die genannten Banken sind berechtigt, die Ausweise für die Teilnahme an der Hauptversammlung auszustellen.

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank ist die von diesem auszustellende Bescheinigung die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bank bis zur Augsburg, im Dezember 1984

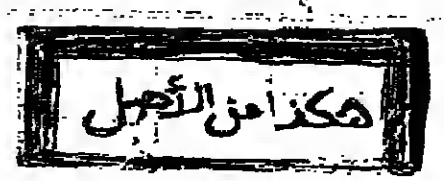
Die genannten Banken sind berechtigt, die Ausweise für die Teilnahme an der Hauptversammlung auszustellen.

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank ist die von diesem auszustellende Bescheinigung die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bank bis zur Augsburg, im Dezember 1984

Die genannten Banken sind berechtigt, die Ausweise für die Teilnahme an der Hauptversammlung auszustellen.

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank ist die von diesem auszustellende Bescheinigung die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bank bis zur Augsburg, im Dezember 1984

DER VORSTAND





## Pakistan beherbergt das größte Flüchtlingsheer

WALTER H. RUEB, Bonn

In Bonn veranstaltet die Otto-Benecke-Stiftung heute und morgen ein internationales Symposium zum Thema „Fünf Jahre afghanische Flüchtlinge“. Politiker, Diplomaten, Flüchtlingsexperten und Wissenschaftler aus der Bundesrepublik und anderen Ländern werden das Flüchtlingsproblem von allen Seiten beleuchten – ein lobenswertes und angesichts der Situation entlang der 1500 Meilen langen pakistanisch-afghanischen Grenze wichtiges Unterfangen.

In Pakistan hat sich im Laufe von fünf Jahren Besetzung und Krieg im Nachbarland die zweitgrößte Konzentration von Flüchtlingen angesammelt. 3,2 Millionen Menschen fristen in 300 Lagern fern der Heimat ihr Dasein. Das gigantische Flüchtlingsheer ist für Pakistan zu einer kaum mehr tragbaren politischen und finanziellen Belastung geworden.

Allein für das Jahr 1984 beliefen sich die Kosten für die Flüchtlinge auf 44 Millionen Dollar, wovon Pakistan wie immer die Hälfte übernimmt, sagte in Islamabad Said Azhar zur Welt. Der pensionierte pakistanische Brigadegeneral und UNO-Hochkommissar für Flüchtlingsfragen bezeichnet die Trinkwasser-Versorgung der Flüchtlinge als das größte Problem. „Nur die Hälfte der Flüchtlinge hat gutes Wasser, doch hungern muß in Pakistan kein Flüchtling mehr. Die medizinische Versorgung ist gesichert, Epidemien gibt es dank umfangreicher Vorkehrungen nirgends.“

Anfang November lebten zwei Drittel aller Flüchtlinge in der pakistanischen Nordwest-Grenzprovinz sowie in den weitgehend autonomen pakistanischen Stammesgebieten entlang der Grenze. In Beltschistan zählte man 500 000 Flüchtlinge, in das Innere Pakistans wurden bisher eine Viertelmillion Flüchtlinge umgesiedelt.

Wer als Flüchtling registriert ist, erhält finanzielle Hilfe (12 US-Dollar im Monat pro Kopf) und Unterstützung (Tagesration pro Kopf 500 Gramm Mehl, je 30 Gramm Speiseöl und Milchpulver, drei Gramm Tee, 20 Gramm Zucker sowie Proteinablenken für schwangere Frauen, Kranke und Kinder, insgesamt 2200 Kalorien). Hinzu kommen Schuhe, Kleidung, Decken – in jedem Jahr ein Set; ferner einmal: Küchengeräte, Brennholz und 20 Liter Kerosin pro Monat. Jede Familie erhält zudem ein Zelt oder Material für den Bau eines Lehmhauses.

### Bildung und Handwerk

In jüngster Zeit widmet Pakistan vor allem der Verbesserung der medizinischen Versorgung der Flüchtlinge sowie der Einrichtung von Schulen Aufmerksamkeit. Viel Geld wird dabei ausgegeben. „Jedes Flüchtlingslager hat inzwischen mindestens eine Primarschule“, sagte Brigadegeneral Said Azhar. „In den meisten Lagern gibt es zudem Mittel- und Oberschulen. In einigen Camps laufen zur Zeit Experimente mit Primarschulen für Mädchen. Hochbegabte Afghanen werden ausgewählt und auf pakistanische Hochschulen geschickt. In den Flüchtlingslagern unterrichten 2166 Lehrer rund 82 000 Schüler.“

In vielen Lagern werden die Flüchtlinge auch in Handwerksberufen ausgebildet. Tausende ergreifen die Gelegenheit, um Klempner, Automechaniker, Teppichweber, Holzarbeiter oder Schneider zu werden. Auch Kurse für Bienehaltung und Metallbearbeitung gibt es. Im Flüchtlingslager Kacha Ghazi vor den

Toren von Peschawar steht ein eingezeichnetes, 35 000 Mark teures Gemeinschaftsprojekt der deutschen Organisation Help und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vor der Fertigstellung. In 36 Beton-Igloo aus vorgefertigten Teilen sollen ab Frühjahr 1985 junge Afghanen zu Schneidern, Schustern, Webern und Mechanikern ausgebildet werden.

Die Bundesrepublik ist im Kampf gegen Not und Elend in den Flüchtlingslagern auf manche Art tätig. Der Chief Commissioner lobt: „Aus Deutschland fließen jedes Jahr Millionen von Spendengeldern und öffentlichen Zuschüssen für medizinische Einrichtungen, Zelte, Decken und vieles andere. Hervorzuheben sind die Aktivitäten der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, die Bereitstellung von Lastwagen und anderer Transportmittel, die Lieferung vieler Tonnen Medikamente und das Wirken zahlreicher deutscher Ärzte.“

### Den Deutschen dankbar

Dankbarkeit für deutsche Hilfe äußerten auch Witwen, Waisen und Behinderte im Nordwesten Pakistans. Im Flüchtlingslager Nasir Bagh in Peschawar verteilte der deutsche Honorarkonsul Rudolf von Przyborski Ende November an 854 afghanische Familien mit insgesamt 5923 Personen mehrere Tonnen Reis, Zucker und Öl sowie 475 Kilogramm Tee. Die Lebensmittel waren mit Spenden von Lesern der WAZ-Gruppe im Ruhrgebiet gekauft worden. 70 000 Mark flossen nach Warsak nordwestlich von Peschawar, wo für 500 Waisenkinder ein neues Lager mit festen Häusern gebaut worden war.

Ungeheure Probleme bereitet der Transport der Hilfsgüter für die Flüchtlinge. Jährlich müssen rund eine Million Tonnen über gewaltige, in Europa fast unvorstellbare Distanzen befördert werden. Von der pakistanischen Hafenstadt Karachi, wo über 90 Prozent der Güter umgeschlagen werden, betragen die Entfernungen nach Quetta in Beltschistan 865, nach Islamabad 1509 und nach Peschawar 1684 Kilometer. In die drei genannten Städte gelangen die Güter per Eisenbahn, von dort werden sie auf der Straße an die Bestimmungsorte gebracht, wobei die südlichsten 2400 km von den nördlichsten entfernt sind. 72 Millionen US-Dollar verschlingt der Güter-Transport im Jahr.

Pakistan muß noch mit anderen Schwierigkeiten fertig werden: Die Masse der drei Millionen Flüchtlinge droht das soziale Leben des Landes zu destabilisieren. Den Afghanen ist es deshalb offiziell verboten, Arbeit aufzunehmen und Land zu erwerben. Das wiederum bereitet vielen Afghanen, die ihr Vieh mitgebracht haben, Probleme. Die Bodenpacht ist stark gestiegen, die Wasserverteilung oft die Ursache von Zwistigkeiten.

In jüngster Zeit gab es auch Unruhen, weil manche Flüchtlingslager total überfüllt waren. Jetzt werden junge und unverheiratete Männer in entfernte Lager verlegt. Die Befürchtung vieler Pakistanis, daß die Afghanen sich für immer in ihrem Land niederlassen, wird von den Behörden des Landes zerstreut. „Jeder Afghane sehnt sich danach, in seine Heimat zurückzukehren“, sagte vor kurzem Rustan Shah Mohmand, der Flüchtlingskommissar in Peschawar, wo 364 000 Flüchtlinge in 58 Lagern leben. „Die provisorische Niederlassung der Afghanen bei uns kommt doch schon in ihren Häusern zum Ausdruck.“

## Freie Medien beste Gewähr

Verleger leisten Überzeugungsarbeit in der Dritten Welt

FLORIAN NEHM, Bonn

„Der Privatinitiative der Zeitungsverleger im World Press Freedom Committee (WPFC) ist es gelungen, viele Zeitungsleute in Entwicklungsländern von den Vorteilen des Wettbewerbs und der Pressefreiheit zu überzeugen und ihre ursprüngliche Unterstützung einer restriktiven Weltinformationsordnung zu bremsen.“ Dies sagte Edward Murray, Sprecher des WPFC, vor Journalisten in Bonn.

Dennoch hat der politische Sonderausschuß der UNO-Vollversammlung in New York zwei Resolutionen entworfen, die eine neue Weltinformationsordnung mit den Stimmen der meisten Dritte-Welt-Länder und des Ostblocks angenommen. Der Westen befürchtet, daß eine neue Weltinformationsordnung, die von den meisten Ländern der Dritten Welt angestrebt wird, den Prinzipien einer freien und unabhängigen Presse zuwiderläuft. Dazu sagte Murray, daß gerade in der Dritten Welt freie Medien die beste Gewähr für die Aufklärung von Machtmißbrauch, Verschwendung, Korruption und anderer Mißstände böten.

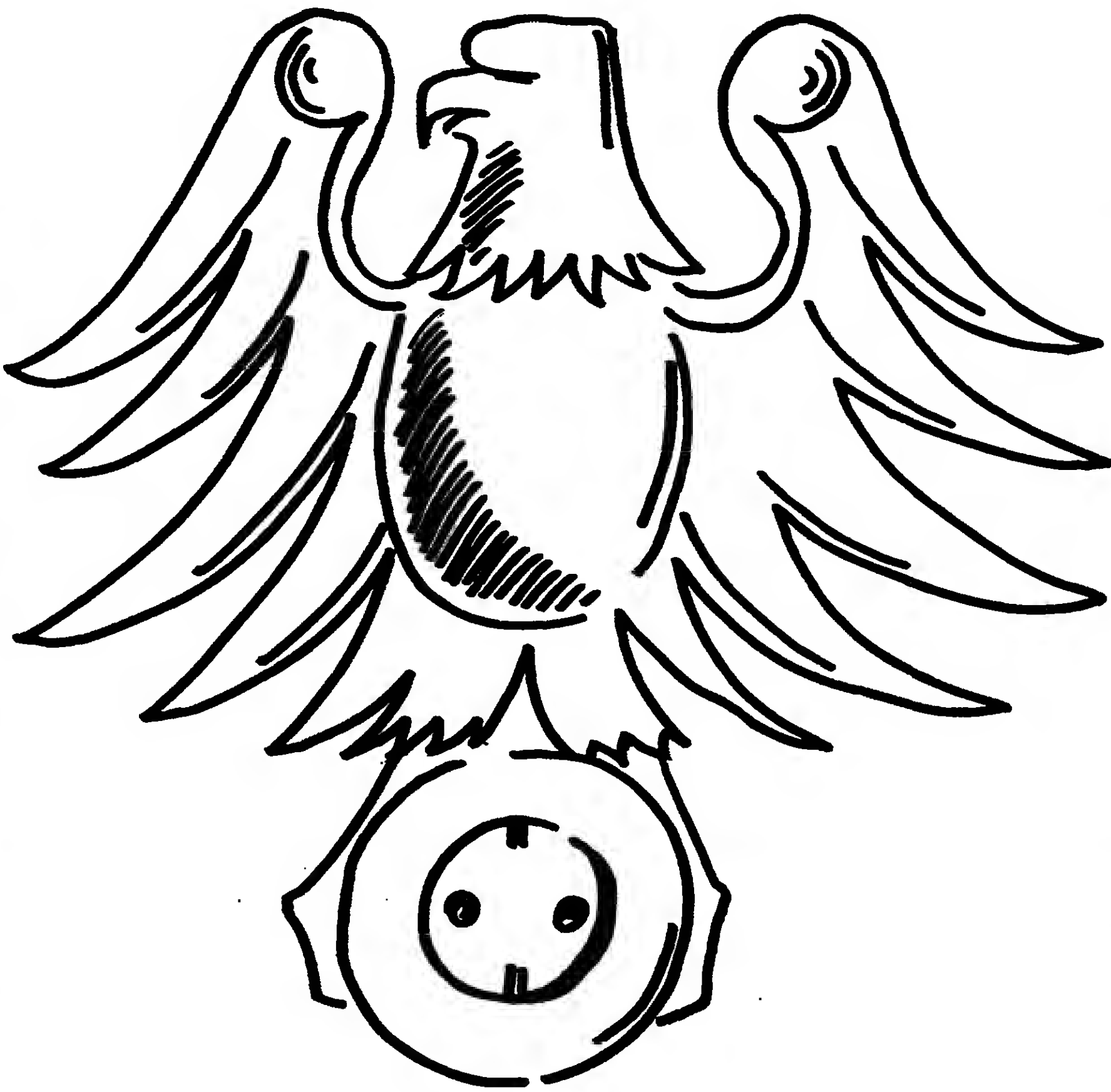
Die Gefahr einer „erlaubten“ weltweiten Kontrolle der in- und ausländischen Medien sowie das Ungleichgewicht im internationalen Informationsangebot wird schon seit Anfang der siebziger Jahre als explosives Thema im Rahmen der Unesco und der Blockfreien-Bewegung disku-

tiert. Die in der Unesco angestrebte „Neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung“ sieht, sollte sie jemals durchkommen, die nationale Abschottung des freien Informationsflusses vor. Kräftig unterstützt werden diese Vorstellungen von der Sowjetunion und ihren Satelliten, die in den Entwicklungsländern Verbündete für ihr Konzept der „Informations-souveränität“ suchen.

Das 1976 in Washington von Zeitungsverlegern aus fünf Kontinenten gegründete WPFC habe sich auf zahlreichen Konferenzen der Unesco und anderer Institutionen gegen die drohende Beschränkung der Pressefreiheit eingesetzt. Der mögliche Austritt der USA aus der Unesco sei ein Verlust für die Gegner einer unfreien Weltinformationsordnung, könne sich jedoch positiv auswirken, wenn die Unesco, wie seinerzeit die Weltarbeitsorganisation ILO, ihre drittgrößte Aufgabe und anschließend die USA wieder zur Mitarbeit einlode, sagte Murray in Bonn.

In Deutschland kommt bei der Entwicklungshilfe in puncto Medien den politischen Stiftungen und Kirchen große Bedeutung zu. Ausbildungsprogramme werden insbesondere vom Internationalen Institut für Journalismus in Berlin, einer Gründung des Berliner Verlegers Axel Springer, sowie den Ausbildungszentren der Deutschen Welle und des Senders Freies Berlin angeboten.

## RWE UMWELT-BILANZ 1984 TEIL 14



# UNABHÄNGIGKEIT

oder: Mit unserer Kohle gehen wir auf Nummer Sicher.

Die Kohle von Rhein und Ruhr ist die Grundlage unserer Stromerzeugung. Beim RWE stammen 60% des erzeugten Stroms aus Braunkohle-, 20% aus Steinkohlekraftwerken. Diese naheliegenden Energiequellen sichern im Verbund mit Kernenergie unsere Stromversorgung auf lange Sicht – und machen uns nahezu unabhängig von der Preisentwicklung fremder Energie.

Für unsere hochentwickelte Industrie kommt es darauf an, daß sie mit langfristig kalkulierbaren Energiepreisen rechnen kann. Sie sind eine der wichtigsten Grundlogiken für ihre

Kostenrechnung – und damit für ihre Wettbewerbsfähigkeit.

**Kohle und Umweltschutz.** Darum können wir es uns nicht leisten, unsere Stromversorgung zu stark von Importen abhängig zu machen. Das heißt für uns: Unsere Kohlekraftwerke müssen noch umweltfreundlicher werden als bisher – und das werden wir mit einem erheblichen finanziellen Aufwand auch erreichen.

Mindestens 4 Mrd. DM investiert das RWE, um den Schwefeldioxid-Ausstoß seiner Kraftwerke in den nächsten Jahren um rund 75% zu senken. Die Stickoxid-Emissionen der RWE-Braunkohlekraftwerke liegen

schon heute deutlich unter den Richtwerten der Großfeuerungsanlagenverordnung (GFAVO). Und unser 3-Stufen-Programm zur Reduzierung des Stickoxidausstoßes ist bereits beschlossene Sache, denn unsere Kohle muß auch in Zukunft unter Umweltaspekten verstrombar bleiben.

Der Preis für eine umweltfreundliche und unabhängige Stromversorgung ist hoch. Aber er ist eine sinnvolle Investition in die Zukunft, die wir nicht ans Ausland, sondern an die Kumpel an Rhein und Ruhr zahlen. Tausende von Arbeitsplätzen werden dadurch gesichert – in unserem Lande.

Wenn Sie an weiteren Informationen zum Thema „Umweltschutz im und am Kraftwerk“ interessiert sind, so schreiben Sie uns bitte. Sie erhalten dann kostenlos die Broschüre: RWE-Umwelt-Bilanz.

# RWE

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG  
Kruppstraße 5, 4300 Essen 1



## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Schulpolitik und Wahltaktik

„Leserbrief: Unterschlagene Unterschlagung“: WELT vom 22. November, und „Das geistige Gefälle“: WELT vom 17. Oktober

Am 22. 11. 84 erschien in Ihrer Zeitung ein Leserbrief des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Dr. Werner Remmers, in dem er sich mit dem Artikel „Das geistige Gefälle“ auseinandersetzt. Herr Dr. Remmers sagt u. a., „daß der Deutsche Philologenverband und auch Herr Günter Zehm offensichtlich noch nicht begriffen haben, daß es im Landtagswahlkampf 1986 in Niedersachsen nicht um die Frage Orientierungsstufe ja oder nein, sondern um den Fortbestand des Gymnasiums geht.“ Dr. Remmers spricht von „Selbstzerstörung“ und davon, daß der Philologenverband alles, was seit 1976 in Niedersachsen für das Gymnasium erreicht wurde, wieder auf Spiel setzt.

Der Brief von Dr. Remmers ist ein Indiz dafür, daß Schulpolitik heute in erster Linie unter wahltaktischen Aspekten gesehen wird. Falls 1986 andere Mehrheitsverhältnisse herrschen, ist das Gymnasium vogelfrei, und der böse Philologenverband, der mit seiner Kritik an der Orientierungsstufe die CDU-Wähler verunsichert, gräbt sich selbst eine Grube. Man hat also schon lange vor der Wahl einen Übeltäter gefunden, auf dessen Konto man u. U. auch Stim-

menverluste buchen kann. Glaubt denn Herr Dr. Remmers im Ernst daran, daß irgend jemand, dem das dreigliedrige Schulsystem am Herzen liegt, seine Stimme für die eine oder andere Partei einer rot-grünen Koalition hergeben wird? Diese Befürchtung kann doch niemand ernsthaft hegen.

Es ist viel eher denkbar, daß die FDP mit einer klaren Wahlaussage zur Orientierungsstufe – z. B. Einrichtung von schulfremden Orientierungsstufen – viele der unzufriedenen Lehrer und Eltern für sich gewinnen kann. Der Zug weg von der integrierten Orientierungsstufe gewinnt immer mehr an Fahrt. Wer sich ihm in den Weg stellt, überschätzt vermutlich seine Kräfte. Die Philologenschelte ändert daran ebenso wenig wie die Kritik an den Eltern, die angeblich „Unruhe in die Schulen bringen“.

Eine am Schüler und seinen Bedürfnissen orientierte Schulpolitik mit breitem Konsens der Eltern und Lehrer im Lande ist meiner Meinung nach die beste Voraussetzung für einen Wahlausgang, wie ihn sich Herr Dr. Remmers für 1986 wünscht.

Mit freundlichen Grüßen  
Sighild Salzmann,  
Niedersächsischer Elternverein e.V.  
Braunschweig

### Fiktive Zahlen

„Windeln warm vor DDR-Entvölkerung“: WELT vom 19. November

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist nicht zu fassen, daß der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen die hohe Zahl der Ausreisearträge von „DDR“-Einwohnern als „besorgniserregend“ bezeichnet und von einer „Entvölkerung“ der „DDR“ spricht.

Die 300 000 bis 500 000 Ausreisearträge sind doch fiktive Zahlen, die leider kaum in den nächsten Jahren erreicht werden dürften. Herr Windelen gibt selber zu, daß die genaue Zahl nicht feststeht. Seine polemischen Einwände dürften daher unbegründet sein.

Es wäre im Gegenteil doch nur zu begrüßen, wenn im Laufe der Zeit eine höhere Zahl der Ausreisearträge realisiert werden könnte. In vielen offiziellen Reden wird immer wieder das bittere Los unserer Schwestern und Brüder beklagt, die seit Jahrzehnten hinter Mauern, Stacheldraht, Minen- und Schußfeld mit Beobachtungstürmen und Spürhunden leben müssen. Wohlgerichtet von einer deutschen „demokratischen“ Republik, die auf zahllosen Plakaten in ihrem Bereich die Sowjets als Waffengegner und Freunde lobt, aber auf Deutsche schießt!

Anstatt zu lamentieren, sollte Herr Windelen den ständigen Ausreisewil-

len der Schwestern und Brüder drüben in jeder Hinsicht moralisch unterstützen. Sonst könnte der fatale Eindruck entstehen, daß es für die Bundesrepublik gesünder ist, über 4,5 Millionen Ausländer aus fast allen Kontinenten zu beherbergen und zu fördern, als Deutsche aus dem anderen Teil unseres Vaterlandes freudig und freundlich aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen  
Dipl.-Ing. A. Ritter,  
Hamburg 60

### Professor in USA

„Wer viel wagt, wird gefördert und gewinnt“: WELT vom 18. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Interesse habe ich den Artikel von Herrn Siebert über die Spitzentechnologie in USA und Europa gelesen. Dem Autor kann meinerseits nur zu diesem Artikel gratuliert werden. Nach einem 14tägigen Aufenthalt in den USA im November 1984 kann ich die Aussagen des Autors bestätigen. Ich möchte jedoch eine Korrektur anfügen, die ich für wesentlich halte.

In dem Artikel wird darauf hingewiesen, daß Professoren in den USA nicht auf Lebenszeit angestellt werden. Dies trifft für die medizinischen Bereiche der Universitäten nicht zu. Dort gibt es den „Assistant Professor“, der einen Vertrag, zeitlich begrenzt auf 6 Jahre, erhält und den „Associate Professor“, der das sog. „Tenure“ erhält und damit an der Universität fest auf Lebenszeit angestellt ist.

Bei der Verteilung der Aufgaben der Professoren an der Universität ist von besonderem Interesse, daß die Professoren um so mehr freie Zeit für wissenschaftliche Arbeiten erhalten, je mehr Publikationen sie vorlegen und je mehr Forschungsmittel („grants“) sie einwerben.

Dies führt dazu, daß aktive Forscher 3 bis 4 Tage in der Woche vollkommen für ihre Forschung freigestellt werden. Außerdem ist an jeder Abteilung der Universitätsklinik die Zahl der forschenden Professoren zwei- bis dreifach höher als an hiesigen Universitätskliniken. Diese Vorteile erlauben es den amerikanischen Kollegen, raschere und intensivere Forschungsarbeiten zu leisten als es deutsche Kollegen in gleicher Stellung vermögen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Professor Dr. med. R. Erbel,  
Johannes-Gutenberg-Universität,  
Mainz

### Kurswechsel?

„Auf ein Wort“: WELT vom 30. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Zitat von Herrn Dr. Posth, das Sie zum Thema Sprecherausschüsse veröffentlichten, veranlaßt mich zu folgender Stellungnahme:

Daß nun auch Leute aus Unternehmensspitzen sich zu Begriffen wie „Edelbetriebsräte“ hinreißen lassen, wenn es um die gesetzliche Verankerung von Sprecherausschüssen geht, stimmt sehr nachdenklich. Solche Kampfbegriffe kennen wir

bislang nur von Gewerkschaftsseite.

Es gab einmal eine Zeit, als Männer wie der damalige BDA-Präsident Otto A. Friedrichs sich für Sprecherausschüsse einsetzten. Sie hatten genügend gesellschaftspolitischen Weitblick, um zu verstehen, daß man den Leitenden Angestellten die Einbeziehung in den Ordnungsrahmen der Betriebsverfassung nicht ohne Schaden für das Ganze verweigern dürfte.

Inzwischen scheint das in der Tagespolitik bewährte „divide et impera“ mancherorts den Blick dafür zu verstellen, daß sich fast 400 Sprecherausschüsse der Leitenden Angestellten auf freiwilliger Basis bestens bewährt haben. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, den Konsens zwischen der Gruppe der Leitenden Angestellten und ihren Firmenleitungen zu fördern, ein Prozeß, der, steht der einzelne LA vor seinem Vorstand, denn doch etwas ungleichwichtig verläuft.

Mit freundlichen Grüßen  
Wiegand, Vorsitzender  
des Sprecherausschusses  
der Leitenden Angestellten  
der BASF Aktiengesellschaft

### Wort des Tages

„Großherzigkeit ist der Klugheit keine Rechenschaft über ihre Motive schuldig.“

Luc de Clapiers Vauvenargues;  
franz. Moralist (1715–1747)

### Keine Freiheit

„Versicherung ohne Grenzen“: WELT vom 28. November

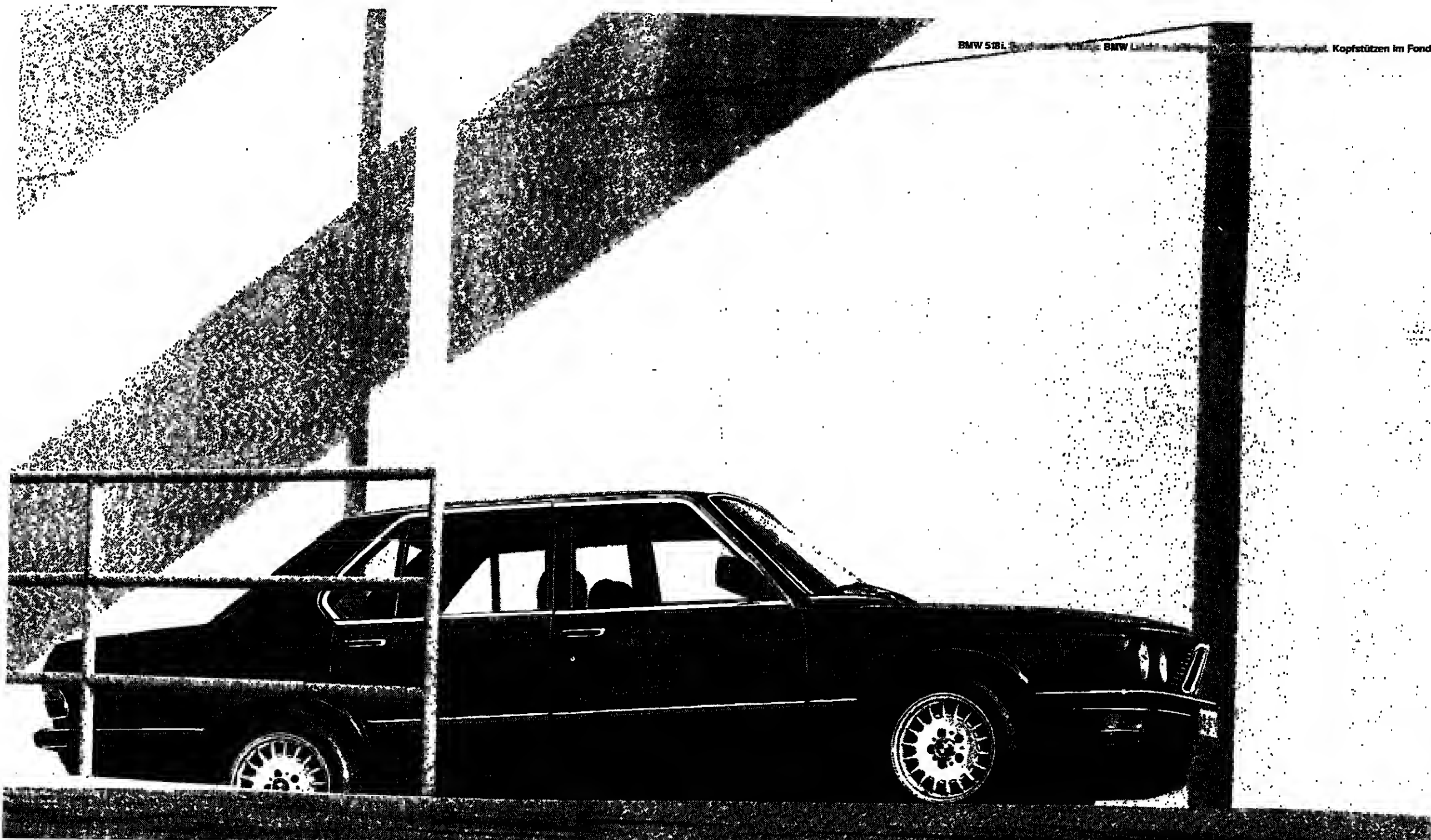
Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Korrespondent Harald Posny scheint der Auffassung zu sein, daß Verbraucherschutz gegen die Tätigkeit britischer Versicherungen in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern erforderlich ist. Ich bin sicher, Herrn Posny ist bekannt, daß britische Versicherer Zehntausende von Kunden außerhalb der Europäischen Gemeinschaft haben, die sich sehr gerne in Großbritannien versichern. Es steht ihnen frei, dies zu tun.

Wie Ihrem Korrespondenten ebenfalls bekannt ist, bleibt den Bürgern der EG, einschließlich der Bundesrepublik, diese Freiheit jedoch vorbehalten, eine Freiheit, die der EWG-Vertrag ausdrücklich vorschreibt.

Die britische Regierung setzt sich seit Jahren für die Verwirklichung dieses und anderer Teile des Vertrags ein, da sie davon überzeugt ist, daß die Gemeinschaft in ihrem Kampf um anhaltendes wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze der Vervollständigung des Binnenmarktes absoluten Vorrang einräumen sollte. Wir brauchen den gemeinsamen Markt für Güter und Dienstleistungen sowie im Agrarbereich.

Mit freundlichem Gruß  
Dr. U. Damm-Reitzenstein,  
Britische Botschaft,  
Bonn



### BMW 518i mit elektronischer Einspritzung.

**Denn ein mechanischer Vergaser mag bei preiswerten Fahrzeugen der kleinen Klassen noch akzeptabel sein.**

**Bei solchen mit exklusiven Ansprüchen ist er es sicher nicht mehr.**

Wir sollten unserer Umwelt einfach keine „neuen“ Automobile mehr zumuten, die bei Gemischtaufbereitung und damit Emissionsverhalten nicht das technisch Machbare zu bieten haben.

Der neue BMW 518i hat – wie alle BMW der 5er Reihe – eine elektronische Benzineinspritzung. Und damit das wichtigste Merkmal eines anspruchsvollen Automobils, das auch noch in Jahren als fortschrittlich gelten soll. Das sind die entscheidenden Vorzüge einer elektronischen Einspritzung: wartungs- und verschleißfreie Präzision und die umfassende Berücksichtigung unterschiedlichster Betriebs- und Fahrzustände, wie z.B. Warmlaufphase oder Stadtverkehr. Selbsttätig auftretende Veränderungen durch Verschleiß, Verschmutzungen und fehlende oder fehlerhafte Wartung – bei herkömmlichen Zünd- und Vergasersystemen häufigste Ursache für unnötig überhöhten Verbrauch und damit auch erheblich schlechtere Abgaszusammensetzung – sind prinzipiell ausgeschlossen. Elektronische Einspritzung, das bedeutet neben verbesserter Energie-Ökonomie und Umweltfreundlichkeit aber auch mehr Dynamik und aktive Sicherheit. Der 518i hat jetzt erheblich bessere Beschleunigungswerte, spürbar mehr Elastizität und erreicht eine Höchstgeschwindigkeit von 175 km/h.

Und nicht zuletzt beim unvergleichlich komfortablen Fahrverhalten zeigt sich, daß eine elektronische Einspritzung heute das Maß der Klasse bei anspruchsvollen Automobilen ist: Der Einspritzer springt jederzeit spontan an, nimmt sofort sicher Gas an. Beschleunigungslöcher oder Ruckelerscheinungen nach dem Start gibt es nicht.

Die hochentwickelte Triebwerks-Elektronik des 518i ist auch die ideale Basis für den nachträglichen Einsatz zusätzlicher Techniken zur Schadstoffreduzierung. Mit der BMW NO<sub>x</sub>-Control z.B. bietet BMW sehr umweltbewußten Fahrern, die sich noch nicht für ein Katalysator-Automobil entscheiden möchten, eine zusätzliche effektive Möglichkeit zur Schadstoffreduzierung an. Die NO<sub>x</sub>-Control kann relativ preiswert beim BMW Händler eingebaut werden. Die damit erzielbare Abgasreinigung erreicht zwar nicht den Wirkungsgrad des Katalysators, es lassen sich aber kurzfristig und sehr wirtschaftlich die Stickoxide deutlich reduzieren – allerdings bei etwas höherem Verbrauch. Diese Maßnahme kann damit besonders schnell und wirksam zur Verbesserung der Umweltsituation beitragen – viel mehr übrigens als eine Tempobegrenzung. Im übrigen sind vom Gesetzgeber auch für diese Maßnahmen Förderungsmöglichkeiten geplant.

Auch die spätere, allerdings mit größerem technischem und finanziellem Aufwand verbundene Nachrüstung mit der Katalysatortechnik ist beim 518i möglich.

**BMW 518i: Nur ein Automobil, das schon heute als außergewöhnlich fortschrittlich gilt, wird auch morgen keine unnötig hohen Aktualitäts- und damit Wertverluste hinnehmen müssen.** Fortschrittlichkeit beim Automobil heißt heute vor allem Umweltfreundlichkeit durch intelligente Technik bei der Gemischtaufbereitung. Mit der elektronischen Benzineinspritzung des 518i wächst deshalb vieles – Leistungsvermögen, Umweltfreundlichkeit, Zukunftssicherheit. Und ohne sie wächst eigentlich nur eins: der Wertverlust.

**Fortschritt läßt sich rechnen. Ein ausgezeichnete Grund mehr, nicht weniger Zukunftssicherheit zu wählen, als der BMW 518i bietet.**

Die BMW der 5er Reihe. Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.

BMW in Bt. 20900



مركز من النجف



# NACHRICHTEN

## Ulm entließ Baldau

Ulm (dpa) - Mit sofortiger Wirkung hat sich Fußball-Zweitligaklub SSV Ulm von seinem Trainer Hannes Baldau (46) getrennt. Als Grund wurde vom neuen Abteilungsleiter Günther Hütt die erfolglose Bilanz (3:17 Punkte) aus den letzten zehn Spielen genannt. Vorerst leitet Assistenztrainer Walter Modick das Training.

## Werder: Heute Pokalspiel

Jülich (sid) - Das vorgesehene Fußball-Pokalspiel zwischen dem Amateurklub SC Jülich 1910 und dem Bundesligaverband Werder Bremen findet heute um 14 Uhr in Jülich statt.

## Nach Sturz gestorben

Hongkong (sid) - Der englische Spitzenjockey Brian Taylor (45) ist tot. Nach dem Ziel eines Rennens in Hongkong war er von dem Pferd Silver Star gestürzt und hatte einen Gehirneinfarkt erlitten.

## Motorsport hat Zukunft

Bonn (sid) - Die Bundesregierung glaubt an die ungeführte Zukunft des organisierten Motorsports in Deutschland. Genehmigungen für motorsportliche Veranstaltungen werden weiterhin von den zuständigen Landesbehörden erteilt, allerdings mit Auflagen versehen, erklärte Carl-Dietrich Spranger, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-Innenministerium. Die motorsportlichen Fachverbände hatten unter dem Druck von Natur- und Umweltschützern ein baldiges Ende ihres Sports befürchtet.

## Protest wurde abgelehnt

Basel (sid) - Der Protest des Handball-Bundesligaklubs TuSEM Essen gegen die Wertung des Achtelfinale-Rückspiels im IHF-Pokal bei Proletar Zsrenjanin (17:23) ist von der Disziplin-Kommission der Internationalen Handball-Federation (IHF) abgelehnt worden. TuSEM Essen ist damit aus dem IHF-Pokal ausgeschieden.

## Neue Prämienregelung

Hannover (sid) - Der Deutsche Tennis-Bund (DTB) wird die Höhe der Siegerprämien im Davis- und Kingcup künftig nicht mehr pauschal, sondern leistungsbezogen festlegen. Die Siegerprämie wird künftig am Ranglistenplatz des Gegners und der Bedeutung eines Spiels bemessen.

## Roßkopf im Nationalteam

Düsseldorf (sid) - Der erst 15jährige Jörg Roßkopf vom Zweit-Bundesligisten FTG Frankfurt wurde für das heutige Europapokal-Spiel gegen Jugoslawien in Ginzburg nominiert. Er wird wahrscheinlich im Doppel eingesetzt.

## ZAHLEN

### GEWINNQUOTEN

Lotte: Klasse 1: 3.000.000,00; 2: 132.161,70; 3: 10.498,90; 4: 103,50; 5: 11,20. - Auswahlwette: 6 aus 15: Klasse 1: 466.336,50; 2: 11.073,30; 3: 146,80; 4: 40,40; 5: 4,40. - Ergebnisswette: Klasse 1: 1510,10; 2: 72,40; 3: 3,80. - Remiswette: Rennen A: Klasse 1: 487,00; 2: 62,10; Rennen B: Klasse 1: 518,80; 2: 78,50. Kombinationswette: unbesetzt. Jackpot: 116.918,00. (Ohne Gewähr).

# FUSSBALL / Achtelfinale im UEFA-Cup: Köln empfängt Spartak Moskau - der Hamburger SV tritt in Mailand an

Die beste Ausgangsposition zum Einzug ins Viertelfinale hat Szekefehervar nach dem 5:0-Erfolg über Belgrad. Außerdem spielen heute: Madrid - Anderlecht (0:3), Sarajevo - Croiova (0:2), Minsk - Lodz (2:0), Prag - Tottenham (0:2), Dundee - Manchester (2:2).

## Rummenigge verspricht Spektakel für den HSV

sid/dpa, Hamburg. Ich hoffe, daß dieser Tag in die UEFA-Cup-Geschichte eingehen wird. In Italien ist alles erlaubt, nur nicht zu verlieren. Diese Sätze von Karl-Heinz Rummenigge einen Tag vor dem Achtelfinale-Rückspiel (20.30 Uhr) seines Klubs Inter Mailand gegen den Hamburger SV drücken bereits die hohen Erwartungen aus, die auf dieser Begegnung lasten.

Erwartungen werden aber auch an den früheren Münchner gestellt. „Die Tifosi verlangen von mir, daß ich als Deutscher die Mailänder gegen die Deutschen ins Viertelfinale schieße“, räumt Rummenigge ein. Doch diese Erwartungen hatte der Kapitän der deutschen Nationalmannschaft selbst heraufbeschworen: mit einer Klasseleistung und seinem Tor bei der 1:2-Niederlage der Mailänder im Hinspiel.

Doch Rummenigge spürt auch die Begeisterung, die ihm entgegen schlägt. Die italienische Presse drückt das in einer Schlagzeile so aus: „Ein einziger Schrei: Rummenigge!“ Er selbst sagt: „Ganz Italien steht hinter uns. Der Hamburger SV wird ein Spektakel sehen, wie er es bestimmt noch nie erlebt hat. Diese Fans, diese Erwartung, es ist einfach beeindruckend.“ Die Zuschauer sind ungar zwölfter Mann.

Dennoch warnt der deutsche Legionär vor allzu großer Euphorie: „Wir sind mit Sicherheit noch nicht in der nächsten Runde. Das Rückspiel ist eine dieser Begegnungen, bei denen man keine Prognose treffen kann.“ Erst im letzten Jahr haben die Inter-Fans diese schmerzliche Erfahrung machen müssen, als das Hinspiel bei Austria Wien auch mit 1:2 verlief und im Rückspiel nur ein 1:1 herauskam. Damals folgten wüste Ausschreitungen, denen Inter-Präsident Ernesto Pellegrini diesmal mit einem großen Sicherheitsaufgebot entgegenwirken will.

Während Mailand fiebert, ist die Stimmung beim Hamburger SV fast auf den Nullpunkt gesunken. Nach dem 0:3 bei Schalke 04 bekannte Dietmar Jacobs: „Vieles paßt nicht mehr zusammen, aber sich gegenseitig in die Pfanne zu bauen, bringt jetzt nichts.“ Und deshalb verordnete Trainer Ernst Happel auch absolute Ruhe untereinander.

Eine besondere Ehrung erwartete Felix Magath, der in Mailand trotz seiner Oberschenkelverletzung ebenso auf dem Feld wie der angelegene Wolfgang Rolff, bei seiner Ankunft in Mailand. Der Juventus Turin feindlich gesonnene „Club Anti-Juve“ überreichte dem Kapitän eine Goldmedaille mit der Aufschrift „Grazie Felix, Athen 25.5.83, 20.23 Uhr“. Eine Erinnerung an sein sieghringendes Tor beim Gewinn des Europapokals. „Wir sind zwar längst nicht mehr so stark wie damals“, räumt Magath ein, „aber in einzelnen Spielen können wir doch noch eine Spitzenleistung bringen. Darauf vertraue ich auch hier.“

Das Fußball-Fieber in Mailand beschert den Italienern ein stattliches Weihnachtsgeld. 82.000 Zuschauer im ausverkauften Giuseppe-Meazza-Stadion bringen rund 2,4 Millionen Mark in die Inter-Kasse. Das bedeutet Rekordsumme für den gesamten italienischen Klub-Fußball. Hinzu kommen noch 600.000 Mark Fernseh-Honorare und die eher eher lukrativeren Erlöse aus der Werbung.

Doch nicht nur Inter Mailand verdient an diesem Spektakel, sondern auch die Schwarzmarkthändler, in deren dunklen Kanälen an den Vorverkaufskassen fast die Hälfte der Eintrittskarten verschwand. Für den fünffachen Preis (Stplatz bis 450 Mark) werden die Tickets jetzt angeboten und gekauft.

Die Gefahr einer Spielverlegung wegen schlechten Wetters auf Donnerstag (13.30 Uhr) schien gestern abgeklungen. Die dichten Nebelschichten, die seit Tagen durch die italienische Industriemetropole zogen, hatten sich bei der Ankunft der Hamburger aufgelöst.

Aufgefallen ist Wasmaler den Trainern im Deutschen Ski-Verband im

Die dritten Fernsehprogramme, ohne den West-deutschen und den Süd-deutschen Rundfunk (in Rheinland-Pfalz), übertragen das Spiel Mailand gegen Hamburg von 20.30 Uhr an live. Im ersten Programm (ARD) gibt es von 22.30 Uhr an eine Zusammenfassung.

## Neuberger: „Ich bleibe, so lange man mich will“

Seit zehn Jahren ist Hermann Neuberger Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB). Heute feiert der Saarländer seinen 65. Geburtstag. Der Sportinformationsdienst (sid) unterhielt sich mit dem Multifunktionär über die Zukunft, nicht nur über seine, sondern auch die des Fußballs.

Frage: Gemeinhin beginnt mit 65 Jahren das Rentnerdasein. Auch für Hermann Neuberger?

Neuberger: Ich gebe die Verantwortung als Geschäftsführer des Saar-Tos und der Spielbank ab. Dennoch werde ich auch künftig nicht mit einer 40-Stunden-Woche auskommen. Ich werde ein neues Büro in der Sportschule des Saarlandes beziehen und genauso arbeiten wie bisher.

Frage: Ein Umzug in die DFB-Zentrale stand nicht zur Debatte?

Neuberger: Nein. Ich bin aber durch alle technischen Hilfsmittel mit dem DFB verbunden. Und so lange der

DFB mich will und so lange ich kann, werde ich für den DFB arbeiten.

Frage: Glauben Sie an eine Zukunft des Fußballs im Jahr 2000?

Neuberger: Der Fußball wird sich weiterentwickeln und dominant in der Welt bleiben, weil dieses Spiel so viel Vitalität mit sich bringt.

Frage: Gilt Ihr Optimismus auch für den Bereich des DFB?

Neuberger: Absolut, wobei ich für zwei Ziele kämpfe. Erstens soll die Zahl von 4,7 Millionen Mitgliedern trotz der geburtsstarken Jahrgänge weiter steigen. Und zweitens gehe ich davon aus, daß auch im Jahr 2000 Spitzenfußball gespielt wird.

Frage: Das Nationalteam gibt international also wieder den Ton an?

Neuberger: Das läßt sich nicht prophezeien, denn der Abstand zwischen den Großen und den Kleinen ist viel geringer geworden. Niemand fährt heute mehr nach Zypern und gewinnt dort mit links, und wir werden es schwer haben auf Malta.

Frage: Könnten Sie sich vorstellen, bis 1990 mit Teamchef Franz Beckenbauer zu arbeiten?

Neuberger: Warum nicht? Wir haben einen Vertrag bis 1986. Wenn es ihm Spaß macht und der Erfolg vorhanden ist, wird der Vertrag verlängert. Nicht umsonst bin ich seit 1976 hinter ihm her gewesen.

Frage: Die Bundesliga verzeichnet sinkende Zuschauerzahlen. Können sich die Profi-Klubs mit Hilfe der neuen Medien sanieren?

Neuberger: Das wird nie die Politik des DFB sein. Wenn Vereine denken, die Zuschauer im Stadion sind uns egal, Hauptsache das Geld stimmt, dann ist das total verkehrt. Niemand erhält von uns Exklusiv-Rechte. Wir wollen die künftige Medien-Vielfalt nutzen.

Frage: Welche Voraussetzungen müßte Ihr Nachfolger mitbringen?

Neuberger: Man muß als ehrenamtlicher Präsident wirtschaftlich unabhängig sein, man muß Freizeit haben, und dazu muß man den Sport als Hobby betrachten.

Es ist ungewöhnlich, wenn ein 53jähriger Ausdauerportler im Schlaf vom Herzstillstand überrascht wird und stirbt. Am 19. Oktober widerfuhr dieses Stijn Jaspers, dem holländischen Olympia-Achten über 5000 Meter von Los Angeles.

Die staatliche Untersuchungskommission von Clemson im US-Bundesstaat South Carolina - dort lebte Jaspers - hat bei der Autopsie Spuren von Phenylbutazon im Blut nachgewiesen. Es handelt sich dabei um ein Rheumamittel. Die Untersuchungskommission weist darauf, daß dieses Medikament den Tod des Läuifers nicht verursacht habe, doch Jaspers hätte es sich ohne Rezept besorgt. Gleichfalls entließ die Universität von Clemson die beiden Trainer Stan Narewski und Sam Colson.

An diesem Punkt setzt das Mißtrauen ein. Denn Phenylbutazon wird bei der allgemeinen Rheumabehandlung nur noch eingeschränkt angewandt. Das sehr umstrittene Medikament kann nämlich allergische und Schockreaktionen - zum Beispiel auch einen Herzstillstand - hervorrufen. Es kann bei längerer Anwendung zu Blutscheiden führen, zum Beispiel zur Zerstörung der weißen Blutkörperchen.

Jaspers hat sich dieses Mittel ohne Rezept besorgt. Ob er es über einen längeren Zeitraum angewandt hat, weiß niemand. Seine Trainer

Die Paarungen in allen drei europäischen Pokal-Wettbewerben werden am Freitag (12 Uhr) in Zürich ausgelost. Die Termine für das Viertelfinale wurden von der Europäischen Fußball-Union (UEFA) auf den 6. und 20. März 1985 festgelegt.

## Strack bat um Freigabe Steiner wieder Libero

Die Situation ist paradox. Endlich sind alle Spieler des 1. FC Köln gesund, und doch hat der Klub vor dem UEFA-Cup-Rückspiel gegen Spartak Moskau (20 Uhr, Müngersdorfer Stadion) personelle Probleme. Anlaß zu Sorgen geben die beiden dienstältesten Spieler: Torwart Harald Schumacher und Libero Gerd Strack.

Während Harald Schumacher wegen komplizierter Vertragsverhandlungen für Unruhe sorgt, ist die Situation des Gerd Strack ungleich schwieriger. Er ist in der Mannschaft inzwischen völlig isoliert und muß neben finanziellen Problemen nun auch ein sportliches Tief bewältigen.

Durch eine Sperre verlor er seine Position als Libero an Vorstopper Paul Steiner, mit dem die Kölner am Samstag gegen Kaiserslautern erstmals ohne Gegentor blieben. „Mit Steiner als Libero sind wir stabiler“, lobte anschließend Kapitän Klaus Allofs, und auch Trainer Hannes Löhr war angehen von der Leistung Paul Steiners.

Steiner wird heute wieder als Libero auflaufen - Strack als Reservist. „Mein Leben hat sich verändert“, stellt der Mann fest, der noch vor wenigen Monaten als Nationalspieler gefeiert wurde, weil sein Tor der deutschen Mannschaft zur Europameisterschaft verhalf. Inzwischen ist Gerd Strack auf dem Tiefpunkt angelangt. Nach zehnjähriger Vereinszugehörigkeit hat er jetzt sogar um seine Freigabe, doch Schatzmeister Karl-Heinz Thienen riet ihm, sich durchzu-beißen.

Ohne Strack also, aber mit Harald Schumacher und einem optimistischen Pierre Littbarski wird der 1. FC Köln seinen Gegner aus Moskau empfangen. „Wir sind ganz heiß auf die Russen. Unsere Zuschauer sollen etwas zu sehen bekommen. Ich tippe einen 3:0-Sieg“, erklärte der kleine Stürmer. Mit sechs Toren in vier Spielen hatte er maßgeblichen Anteil am



Neuberger triumphiert mit dem WM-Pokal von 1974 FOTO: WERKE

# SKI ALPIN / Marc Girardelli gewinnt den Riesenslalom in Sestriere

## Überraschung: Wasmaler auf Platz zwei

PETER LAND, Sestriere. Das war der größte deutsche Ski-Erfolg im Riesenslalom seit 1973, als Max Rieger in Quebec gewonnen hatte. Beim Weltcup-Rennen in Sestriere (Italien) belegte der 21 Jahre alte Markus Wasmaler aus Schliersee hinter dem für Luxemburg startenden Österreicher Marc Girardelli völlig überraschend den zweiten Platz. Dritter wurde der Schweizer Olympiasieger von Sarajevo, Max Julien. Wasmaler hat jetzt im Gesamt-Weltcup 36 Punkte und liegt auf Rang sechs. Es führt der Schweizer Pirmin Zurbriggen.

Wasmaler, der noch im November eine Nierenkolik überwinden mußte, der zuvor aber beim Gletschertrain-

ing im Oktober die Zeitläufe im deutschen Team klar beherrschte, war nach seinem Triumph ratlos. „Wenn es läuft, dann läuft es eben. Warum ich auf einmal so gut bin, weiß ich nicht. Ich kann es mir nicht erklären.“ Cheftrainer Klaus Mayr zur WELT: „Wasmaler hat ungeheuer viel Talent, eine gewisse Lockerheit und jene Disziplin, die man braucht, um gut zu arbeiten.“ Der zweite Rang kommt für Mayr nicht allzu überraschend. „Schließlich“, so der Trainer, „liegt ihm eine solche Piste wie in Sestriere. Sie ist recht flach und mit Kunstschnee belegt.“

Aufgefallen ist Wasmaler den Trainern im Deutschen Ski-Verband im

vorigen Winter hauptsächlich durch seine recht guten Anfahrts-Ergebnisse. Mayr: „Beim Nachwuchstrainer Heinz Mohr wurde Wasmaler zu einem Allround-Fahrer ausgebildet. Er kann bis auf den Spezialschlalom fast alles.“ Nun gelte es, das Talent behut-sam durch den Weltcup-Winter zu führen, um bei den Weltmeisterschaften Anfang Februar in Bormio (Italien) noch eine Steigerung zu erreichen.

Mayr: „Sollte er zwischendurch mal müde werden, werden wir es schon wieder richten.“ Außerdem müsse er noch mit Mißerfolgen rechnen. Mayr: „Er ist noch nicht allzu stabil.“

# STANDPUNKT / Der Tod des Läuifers Jaspers

wurden entlassen, ohne daß man den Tod ihres Athleten als Grund dafür anföhrt. Sie behaupten weiterhin, Jaspers habe sich von jedweder medikamentösen Aufrüstung ferngehalten. Was stimmt. Jaspers hat lediglich ein gefährliches Rheumamittel benutzt - ohne sich vorher untersuchen zu lassen, ohne die Ärzte zu fragen. Das bagatelisiert die Angelegenheit eigentlich zum Unglücksfall. Er hat das Mittel offenbar benutzt, um trotz heftiger Glieder- oder Gelenkschmerzen zu trainieren. Seine Trainer haben davon angeblich nichts gewußt. Wenn das so ist, warum mußten sie dann entlassen werden?

# Wie ich noch mehr aus der zurückgezählten Investitionshilfe mache, sagt mir jetzt der Krügererrand.

Die Bundesregierung hat schnell gehandelt: Die Investitionshilfe-Abgaben für 1983 und 1984 werden in diesen Wochen zurückgezahlt. Das heißt, Sie haben plötzlich Geld zur Verfügung, mit dem Sie nicht gerechnet haben. Freies Geld. Warum machen Sie aus dieser überraschenden Rückzahlung nicht eine vorteilhafte, sichere Rücklage? Z.B. mit Gold.

Gold ist zur Zeit besonders günstig - nicht zuletzt wegen des hohen Dollarkurses. Aber wie lange kann dieser Kurs noch gehalten werden? Deshalb empfehlen erfahrene Anlageberater, gerade jetzt in Gold zu investieren. Eine Investition, die sich auf lange Sicht immer bezahlt macht,

denn Gold gilt als eine der sichersten Anlagemöglichkeiten. Gold in Form von Krügererrand gibt Ihnen eine weitere Sicherheit dazu: die Krügererrand-Goldmünze ist Bestandteil des internationalen Goldhandels und ist deshalb nicht nur langfristig sicher, sondern auch kurzfristig liquide. Mit vier verschiedenen Größen - 1, 1/2, 1/4 und 1/10 Unze - erlaubt sie Ihnen darüber hinaus eine Wertanlage nach Maß.

Sie erhalten Krügererrand mit einem äußerst geringen Handelsaufschlag bei Banken und Sparkassen. Fragen Sie noch heute Ihre Bank über den Aufbau der Sicherheitsreserven in Krügererrand.



Krugerrand. Ein Stück Gold. Ein Stück Sicherheit.



## Gesamtmetall besteht auf „Gleichgewicht“

DW, München

Um das Gleichgewicht zwischen den Tarifparteien in Arbeitskämpfen wieder herzustellen, ist der Gesetzgeber nach Auffassung der Metallarbeitgeber aufgerufen, durch eindeutige Regelungen die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg zu gewährleisten. Nach einer Bewertung der Tarifrunde 1984 betonte der Vorstand von Gesamtmetall gestern in München, es müsse sichergestellt werden, daß die durch Beiträge aller Arbeitnehmer und Unternehmen gespielte Bundesanstalt nicht von einzelnen Gewerkschaften als „Streikerkasse“ mißbraucht werden könne.

Unabhängig davon müßten angesichts der neuen Streiktaktik der IG Metall die rechtlichen Möglichkeiten einer das Gleichgewicht sichernden Abwehrrückstellung gewährleistet sein. Wenn dies von der Rechtsprechung der obersten Gerichte nicht mehr erwartet werden könne, müsse der Gesetzgeber tätig werden.

Andererseits könnten durch Schwerpunktsstreiks in wenigen Schlüsselbetrieben Tarifergebnisse erpreßt werden. Die Gewähr dafür, „richtige Tarifabschlüsse“ zu erzielen, ergebe sich aber nur dann, wenn gleichstarke Tarifparteien verhandeln und sich gegebenenfalls im Arbeitskampf gegenüberstünden.

Insgesamt sind nach Angaben der Arbeitgeber im vergangenen Arbeitskampf in der Metallindustrie rund zehn Millionen Arbeitsstage ausgefallen; davon rund fünf Millionen allein in Unternehmungen, die nicht selbst bestreikt wurden, sondern Opfer der auf Fernwirkung bedachten Streiktaktik der IG Metall waren. Als Beispiel nannten die Metallarbeitgeber, daß die Gewerkschaft in der vergangenen Tarifrunde zur Durchsetzung ihrer Forderungen punktiert entscheidende Zulieferbetriebe der Automobilindustrie bestreikten.

Die IG Metall habe unter größtmöglicher Schonung der gewerkschaftlichen Streikmittel einen wirtschaftlichen Schaden bei Unternehmen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland auslösen wollen. Mit dieser „Mini-Max-Taktik“ sei in kürzester Frist die Produktion fast der gesamten deutschen Automobilindustrie zusammengebrochen.

## Reagan mahnt Pretoria. Firmen in USA besorgt

DW, Washington

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat vor dem Hintergrund der sich seit einigen Wochen ausweitenden Anti-Apartheid-Kampagne in den USA erstmals in direkter Form an Südafrika appelliert, die Lage der schwarzen Bevölkerung zu verbessern. Seine Aufforderung an Pretoria begründete Reagan gestern während einer Zeremonie im Weißen Haus zum 38. Jahrestag der Menschenrechtserklärung mit den Worten: „Es gibt Umstände, wo die diskrete Diplomatie nicht ausreicht.“

Reagan, der die kürzliche Freilassung von elf Schwarzen-Führern in Südafrika würdigte, forderte während seiner kurzen Ansprache Pretoria auf, der schwarzen Gemeinschaft „die Hand zu reichen“ und künftig davon Abstand zu nehmen, sie zwangsumzusiedeln oder ohne Urteil in Haft zu halten. Der amerikanische Präsident hatte in der vergangenen Woche den diesjährigen Friedensnobelpreisträger, den schwarzen Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates, Bischof Tutu, empfangen, der bei dieser Gelegenheit gegen die Rassentrennung in seinem Land protestierte und Reagan offenbar zu dem Appell bewogen hatte.

Zunehmend besorgt über die Anti-Apartheid-Stimmung zeigen sich die rund 350 amerikanischen Unternehmen, die geschäftliche Beziehungen mit Südafrika pflegen und die in einigen Bundesstaaten bereits Auswirkungen verspüren. So werden beispielsweise in Connecticut, Maryland, Massachusetts, Michigan und Nebraska öffentliche Mittel nicht in Firmen investiert, die in geschäftlichem Kontakt mit Pretoria stehen.

Wie die „Washington Post“ berichtete, trafen sich vor ein paar Tagen in Washington die Vertreter mehrerer großer Firmen, um das Ausmaß der Anti-Apartheid-Kampagne abzuschätzen. Auf ihrem Treffen betonten die Geschäftsleute, daß bis zu 80 000 Schwarze ihren Arbeitsplatz verlieren würden, sollten die US-Firmen auf Grund eventueller Maßnahmen des Kongresses ihre Aktivitäten einstellen müssen. Bislang gibt es auf nationaler Ebene Exportbeschränkungen für Südafrika nur bei Waffen und nuklearem Material. Der Handelsaustausch zwischen beiden Staaten erreichte im ersten Halbjahr 1984 ein Volumen von 2,75 Milliarden Dollar.

## Strauß bleibt Koalitionsgespräch fern

CSU zum Steuerstreit: Es geht um die politische Glaubwürdigkeit

PETER SCHMALZ, München

Auch das zweite Koalitionsgespräch über eine Lösung im Steuerstreit wird heute in Bonn ohne den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß stattfinden. Wie gestern in München bekannt wurde, läßt sich der bayerische Ministerpräsident durch den CSU-Landesgruppenvorsitzenden Theo Waigel vertreten. Bereits in der vergangenen Woche war Strauß wegen Nebels in München an der Teilnahme verhindert.

Der jetzige Verzicht ist ein deutlicher Hinweis auf den Willen der CSU, keine weiteren Kompromisse einzugehen. „Was von uns dazu zu sagen ist, hat Strauß dem Bundesfinanzministerium gesagt“, heißt es in München in Anspielung auf das Treffen zwischen Strauß und Stoltenberg am Montag in der Münchner Staatskanzlei (WELT v. 11. 12.).

Für Strauß, so betonte er gegenüber der WELT, geht es vorrangig um die politische Glaubwürdigkeit. Zuvor hatte der CSU-Vorsitzende vor dem Wirtschaftsbeirat der Union erklärt, eine wie auch immer geartete Steuererhöhung komme nicht in Betracht.

## DAG-Forderung: 4,5–6 Prozent

ww, Bremen

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) strebt für die Tarifabschlüsse des nächsten Jahres eine Gesamtforderung von – gestaffelt nach Branchen – 4,5 bis 6 Prozent an. Das erklärte gestern in Bremen der DAG-Vorsitzende Hermann Brandt.

Außerdem sollen die DAG-Tarifkommissionen auch tarifvertragliche Regelungen über die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital fordern. Dabei denke die Gewerkschaft an außerbetriebliche Fonds.

Weiter seien nach wie vor arbeitszeitverkürzende Maßnahmen notwendig, denn allein durch Wirtschaftswachstum könne ein entscheidender Abbau der Massenarbeitslosigkeit offenbar nicht erreicht werden.

Die Arbeitszeitverkürzung soll im Rahmen des Produktivitätsfortschritts und unter angemessener Berücksichtigung der Kosten angestrebt werden.

tracht: „Die neue Regierung ist nicht angetreten, Steuern zu erhöhen, sondern im Gegenteil zu senken.“

Am gemeinsamen Widerstand von CSU und FDP ist bereits der Plan des Finanzministers gescheitert, als Ersatz für die verfassungswidrige Zwangsanleihe eine Ergänzungsabgabe von Besserverdienenden zu kasieren. Nach dem Gespräch mit Stoltenberg sagte Strauß: „Eine Ergänzungsabgabe ist endgültig gefallen. Das ist so tot wie ein Turngel.“

Die CSU, so ihr Vorsitzender, werde aber auch im zweiten Teil „nicht nachgeben“. Dies betrifft den Kompromißvorschlag, die steuerentlastende Tarifreform für Beziehende höherer Einkommen nicht schon 1986, sondern erst 1988 wirksam werden zu lassen. Nach den Worten von Strauß klinge dies „sehr verführerisch“, es sei aber ordnungspolitisch und parteipolitisch bedenklich. Sollte die Steuerentlastung hoher Einkommen erst nach der Bundestagswahl 1987 kommen, befürchte Strauß im Wahlkampf den Vorwurf, die Union wolle gleich nach der Wahl den Reichen Steuergeschenke zukommen lassen. Außerdem habe der „kleine Mann“ nichts davon, wenn ein anderer die Entlastung später oder gar nicht bekommt.

Bis zu welcher Konsequenz die CSU ihren Standpunkt verteidigen wird, ist noch nicht absehbar. Auf die Frage der WELT, ob er im Bundestag die CSU notfalls gegen die CDU stimmen lassen werde, verweigerte Strauß die Antwort. In der Koalitionsrunde jedenfalls wird die CSU nicht weitergehen als bereits im Juni. Damals war gegen den Wunsch der CSU eine zweistufige Tarifreform beschlossen worden. Darüber hinaus sei die CSU nicht mehr kompromissfähig, hieß es gestern in München.

pp, Bonn

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel hält es für möglich, daß die CDU-Sozialausschüsse in der Frage eines Ersatzes für die verfassungswidrige Investitionshilfsabgabe im Bundestag mit der SPD zusammengehen werden. Er kündigte gestern an, daß seine Fraktion den von den Sozialausschüssen angekündigten möglichen Gesetzentwurf „sehr sorgfältig prüfen“ und ihn „unterstützen“ würde, wenn er „in Richtung dessen geht, was die CDU in ihrem Wahlprogramm den Wählern versprochen hat“. Dort habe es geheißen, daß die CDU „die Rückzahlbarkeit der befristeten Investitionshilfsabgabe aufheben und das Gesetz entsprechend ändern“ wolle. Ohne Ersatz für die Zwangsabgabe werde dies Versprechen gebrochen. Stoltenberg habe bei seinen Bemühungen, die von CSU und FDP anvisierte Lösung zu verhindern, ersatzweise die unteren Einkommen steuerlich zu entlasten, „die Logik auf seiner Seite“.

Ministerpräsident Kang Song San sprach sich für neue Sportgespräche zwischen Nord- und Südkorea aus, die die Bildung eines gemeinsamen Teams bei internationalen Sportveranstaltungen zum Ziel haben sollten.

## Gorbatschow sieht neue politische Horizonte

AP/dpa, Moskau

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wird sich auf einer Plenartagung mit Fragen der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der sowjetischen Wirtschaft befassen. Das wurde von ZK-Sekretär und Politbüro-Mitglied, Michael Gorbatschow, auf der am Montag eröffneten und gestern fortgesetzten Unionskonferenz zu Fragen der ideologischen Arbeit angekündigt. Ein Sprecher des ZK bezeichnete die Konferenz führender Vertreter aller Sowjetrepubliken als erste dieser Art. Fragen der ideologischen Arbeit der Partei werden sonst vom ZK behandelt.

Gorbatschow, der sich bei seinem Eröffnungsreferat für „tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaft und im gesamten System der gesellschaftlichen Beziehungen“ ausgesprochen hatte (WELT v. 11. Dezember), kündigte nach Angaben von Tass an, der bevorstehende 27. Parteitag der KPdSU werde der Sowjetunion neue politische Horizonte eröffnen. Der Umstand, daß Gorbatschow das Hauptreferat auf der Unionskonferenz unter dem Thema „Die Vervollständigung des entwickelten Sozialismus und die ideologische Arbeit im Lichte der Beschlüsse des Plenums des ZK der KPdSU vom Juni 1983“ hielt, bestätigt die herausragende Stellung, die der 53jährige sowjetische Politiker weiterhin nach Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko im Kreml einnimmt. Das Plenum von 1983 war das letzte, das der verstorbene Staats- und Parteichef Jurij Andropow geleitet hatte.

Die Konferenz ist nach Auffassung von Beobachtern ein Hinweis darauf, daß bei der Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms, das auf dem Parteitag 1986 verabschiedet werden soll, Fortschritte gemacht wurden. In seiner Rede, die gestern ausgiebig in der UdSSR-Presse veröffentlicht wurde, hatte Gorbatschow erklärt: „Heute ist die Umgestaltung von Formen und Methoden der Wirtschaftsführung eine der wichtigsten Fragen der Tagesordnung.“

Beobachtern in Moskau fiel auf, daß Andropows Nachfolger, Konstantin Tschernenko, nicht an der im Kreml eröffneten Konferenz teilnahm. In seinem Namen wurde aber eine Grußbotschaft an die Konferenzteilnehmer verlesen.

## Gewerkschafter weisen Grüne scharf zurück

STEFAN HEYDECK, Bonn

„Das ist ein geradezu abenteuerlicher Plan. Er würde zum Ruin des deutschen Bergbaus führen“, empörte sich der Sprecher der Industriergewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE), Horst Niggemeier. Er reagiert damit auf eine Forderung der Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen, Antje Vollmer. Sie hatte in einem Schreiben an alle Partei- und Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bund und in den Ländern nicht nur erneut die Abschaltung aller Kernkraftwerke im nächsten Jahr gefordert, sondern auch unter Berufung auf eine von ihrer Fraktion in Auftrag gegebene Studie von zwei Systemanalytikern verlangt, „vorübergehend“ bestehende Kraftwerke mit Erdgas oder schwefel- und stückstoffarmer Importkohle zu betreiben. Dies solle solange geschehen, bis in den Kohlekraftwerken Rauchgaswäschanlagen installiert sind.

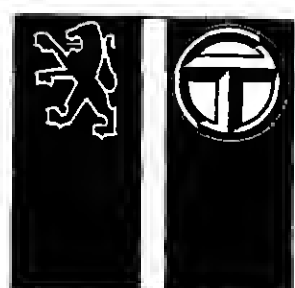
Auch mit Blick auf die Arbeitsplätze meinte der IGBE-Sprecher dazu im WELT-Gespräch, es sei „eine irrealistische Vorstellung, daß man den Bergbau solange konservieren könnte, bis diese Anlagen eingebaut sind“. Dies würde mindestens bis 1988 dauern. Weiter sagte Niggemeier, der auch Vorsitzender des mitgliederstärksten SPD-Unterbezirks, Recklinghausen, ist: „Die Grünen versuchen hier einen anti-gewerkschaftlichen Schnitterschluß zu machen. Und das ausgeht nicht mit der SPD.“

Die Fraktionssprecherin hatte erklärt, die Studie besage, selbst nach Stilllegungen aller Kernkraftwerke am Tag des höchsten Stromverbrauchs bleibe noch eine Stromreserve von 30 Prozent. Wenn es zu der verlangten „vorübergehenden“ Abschaltung der Kohlekraftwerke käme, würden der Schwefeldioxidausstoß um 25 Prozent und der Stickstoffausstoß um 15 Prozent gesenkt.

Der IGBE-Sprecher steht mit seiner Kritik an den Grünen im Gewerkschaftslager nicht allein. So hatte DGB-Vorstandsmitglied Siegfried Bleicher den Vorwurf erhoben, die Grünen seien gegenwärtig dabei, sich selbst aus der seriösen Politik „auszuklinken“. Dazu werde es kommen, wenn die sogenannte Fundamentopposition mit einem Rezept zur Bewältigung der Zukunft gleichgesetzt werde.

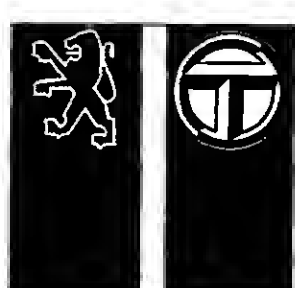
# Katalysator.

## Nach dem heutigen Stand der Katalysatordiskussion beantwortet PEUGEOT TALBOT die vielen offenen Fragen mit vier ganz speziellen Angeboten:



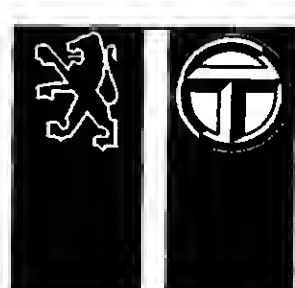
### Katalysatormodell wählen

– schon jetzt können Sie sich für ein Katalysator-Fahrzeug entscheiden: den PEUGEOT 505 in 2 Motor- und 3 Ausstattungsvarianten.



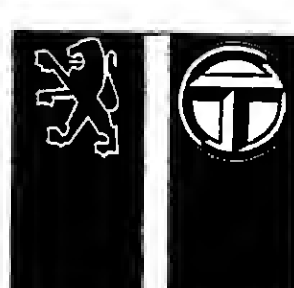
### Diesel kaufen

– damit ist der Katalysator für Sie kein Thema mehr. Wir bieten in allen Klassen maßgeschneiderte Modelle, die den derzeitigen US-Emissionsvorschriften bereits entsprechen.



### Privat leasen

– das ist eine besonders interessante Zwischenlösung. Heute leasen, Katalysatorproblematik zurückstellen, das Fahrzeug nach zwei Jahren zu einem festen Rückkaufwert zurückgeben. Dann können Sie in aller Ruhe eine neue Entscheidung treffen.



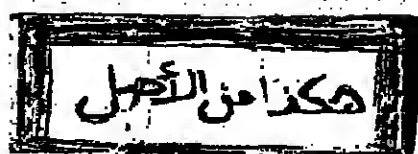
### Bleifrei fahren

– das können Sie mit den meisten PEUGEOT TALBOT-Modellen. Die Emissionswerte liegen weit unter der derzeitigen EG-Norm.

Welches Angebot kommt für Sie in Frage? Eines steht wohl fest: Gerade jetzt lohnt sich ein ausführliches individuelles Gespräch mit Ihrem PEUGEOT TALBOT-VERTRAGSPARTNER ganz besonders.



PEUGEOT TALBOT DEUTSCHLAND GMBH





Mittwoch, 12. Dezember 1984  
Nr. 291

## Erfolg einer Aktie

(London) - Der Financial Times-Index für 30 führende Werte an der Londoner Aktienbörse hat einen neuen Rekordstand erreicht. Er verdankt dies in erster Linie einer Aktie, die erst seit wenigen Tagen zum erleuchteten Kreis der 30 FT-Werte gehört: British Telecom. Nach der Zuteilung der Telecom-Aktien zugunsten kleiner Anleger, wodurch institutionelle Anleger leer ausgingen, ist die Nachfrage nach Aktien der privatisierten Fernmeldengesellschaft unverändert stark geblieben. Die großen Anleger wie Pensionskassen und Versicherungen wollen sich unbedingt mit diesem Papier eindecken, das ihrer Erwartung nach hohe Renditen bringen wird.

Doch wie sich eindecken, wenn das Angebot verschwindend klein ist? Denn die über große Mehrheit der Klein- und Erstaktioniäre von Telecom „hockt“ auf ihren Aktien und läßt sich auch nicht davon zum Kauf verleiten, daß sich der Wert ihrer Investition inzwischen verdoppelt hat: Mußten für die erste Rate der Telecom-Aktie 50 Pence gezahlt werden (je 40 Pence sind im nächsten Frühjahr und ein Jahr darauf fällig), so liegt der Kurs inzwischen bei 95,5 Pence.

Für die Regierung Thatcher ist dies ein hoch anzurechnender Erfolg. Denn zum ersten Mal ist es gelungen, eine Vollsubskription zu schaffen.

fen. Immerhin zwei Drittel der Zeichner haben sich für die Bonus-Regelung entschieden, wonach es für zehn Telecom-Aktien nach dreijährigen ununterbrochenem Besitz eine freie Aktie gibt.

Die Regierung ist ihrem Ziel, aus den Briten ein „Volk von Aktionären und Klein-Kapitalisten“ zu machen, einen großen Schritt näher gekommen: Mit British Telecom hat sie die Zahl der Aktionäre von bislang rund einer Million mit einem Schlag verdoppelt.

## Stoß-Spion

adl. - Vorsicht Glas. Zerbrechlich. Nicht werfen, nicht stürzen - allzuoft nützen diese gutgemeinten Warnhinweise auf Paketen mit empfindlichem Gut gar nichts. Der mehr oder weniger kostbare Inhalt kommt ramponiert beim Empfänger an. Wer der Sünder war, läßt sich dann nicht mehr feststellen, zumal die Transporteure - seien es Post, Bahn oder Paketdienste - hoch und heilig schwören, das Gut nur „sachgerecht“ behandelt zu haben. Der Zorn über ramponierte Ware hat die Täter von Aka, einem Hersteller der Unterhaltungselektronik, munter gemacht. Mit einem „Spion“ wollen sie den harten Stoß jetzt auf die Spur kommen: Eingebaut in ein Videorekordergehäuse geht das hochempfindliche Meßgerät mit auf die Reise. Minutengenaue registriert ein Meßstreifen die „harten Stöße“. Damit kann es den „Werfern“ an den Kragen gehen.

## Teile und wachse

Von HARALD POSNY

Nun ist das „Geheimnis“ um die neue Konzernstruktur der Allianz also gelüftet. Lange genug hatte es vor allem die leicht erregbaren Börsianer bewegt, was die ohnehin teure Allianz-Aktie zu wahren Höhenflügen ermunterte. Es ist damit zu rechnen, daß sich der gestern bei 1028 DM je 50-DM-Aktie liegende Kurs - er lag in diesem Jahr auch schon einmal bei 727 DM - rasch wieder „normalisiert“. Denn so „spektakulär“ ist die Trennung der Allianz Versicherungs-AG (alt) in eine Finanz- und Führungs-Holding Allianz AG sowie eine Tochter Allianz Versicherungs-AG (neu), die fortan das Versicherungsgeschäft mit ihren verschiedenen (künftigen) Schwestergesellschaften betreibt, nun doch nicht.

Die Idee der Trennung in eine Holding und eine Versicherungsgesellschaft nach dem Motto „aus eins mach zwei“ ist nicht neu. Vorge-macht hat es der Allianz mit den gleichen Motiven schon 1979 die Aachener und Münchener Versicherungs-Gruppe, die über verschiedenen Erst- und Rückversicherungsgesellschaften eine AM Beteiligungs-AG setzte. Im Gegensatz zur Allianz behielt sie sowohl die Tochter als auch die Holding als Publikums-Gesellschaft bei. Beide sind weiterhin mit Erfolg auch für die Aktionäre an der Börse notiert.

Warum das Ganze in München? Die Allianz hat in den letzten Jahren eine Größenordnung von 7,3 Mrd. DM Prämienvolumen in der Muttergesellschaft und 8,5 Mrd. DM in der gesamten Sachgruppe erreicht, daß sie zunehmend unbeweglicher wurde. Hier kann sich eine Beteiligung auch einmal als Flop erweisen und damit die Leistungszusage der Versicherungsgesellschaft gefährden. Das steht zwar bei der Eigenkapitalausstattung und Reservepolitik der Allianz nicht zu befürchten, aber bei Größenordnungen des nicht zustandekommenden Allianz-Engagements bei der britischen Eagle Star oder bei der sicher eine Milliarde und mehr ausmachenden Beteiligung an der italienischen R.A.S.-Versicherung sind mögliche Gefährdungen nicht rundweg von der Hand zu weisen.

Insofern hat die Trennung von Versicherungs- und Finanzgeschäft sicher auch die Sympathie, ja sogar den Segen des Bundesaufsichtsamtes,

dessen Präsident August Angerer schon in der Vergangenheit ein sehr kritisches Auge auf die Beteiligungspolitik der Versicherer hielt. Nun geht ihm das Finanzgeschäft der Holding nichts mehr an, und die Leute bei der Allianz können freier walten. Auf eines hat freilich der BAV-Präsident weiter zu achten: daß nämlich die Allianz Versicherungs-AG (neu), also die mit dem künftigen Versicherungsgeschäft, nach den EG-Grundsätzen über eine ausreichende Kapitalausstattung verfügt. Auf der anderen Seite hat er darüber zu wachen, daß nicht etwa zuviel Mittel von der Allianz (neu) an die Holding gehen, daß also vielleicht die Versicherer der Gruppe zugunsten der künftigen Beteiligungspolitik der Holding „ausbluten“.

Die Trennung von Versicherungs- und Finanzgeschäft ergibt sich auch aus einem anderen Grund. Mit dem auf lange Sicht nicht mehr wie in der Vergangenheit wachsenden Geschäft im Inland wächst das Interesse an anderen Beteiligungsbereichen: an Versicherungs-beteiligungen oder eigenen Tochtergesellschaften im Ausland - hier sind deutsche Versicherer generell immer noch „unterentwickelt“ - an Finanzdienstleistungen (nicht erst seit dem Deutschen-Bank-Sparplan). Hier muß man gelegentlich schnell zugreifen, was bei der bisherigen Konstruktion nicht möglich ist. Nicht in Berlin anzufragen braucht man künftig auch, wenn es um Industriebeteiligungen geht. Beim Versicherungs- und Vermögensgeschäft in einer Gesellschaft war nach dem Aufsichtsrecht maximal eine Beteiligung von fünf Prozent erlaubt, bei zehn Prozent wird es aber auch steuerlich erst interessant.

Daß die Holding keine reine Finanz-Holding ist, sondern auch noch das Rückversicherungsgeschäft der Tochter und deren Schwester betreibt, hält sie dafür noch unter den milden Augen des BAV. Im Falle eines Falles kann sie mit „eingebauter“ Rückversicherung die Münchener Rückversicherung „abhängen“, wenn ihr neu auszuhandelnde Konditionen nicht passen. Die ohne Hinter-sinn betriebene Politik des „Teile und herrsche“ macht die Allianz künftig nicht nur flexibler, sondern auch ein-flußreicher und unabhängiger.

EG/Staatssekretär Tietmeyer: Interventionen sind Aufgabe der Notenbanken

## Über Stärkung des Währungssystems vorerst noch keine Einigung erzielt

WILHELM HADLER, Brüssel  
Als noch nicht ausgereift haben sich die Pläne für eine Stärkung des Europäischen Währungssystems (EWS) erwiesen. Die in dieser Woche im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister aufgetauchten Schwierigkeiten sind allerdings entgegen manchen Voraussagen nicht so sehr auf deutschen Widerstand zurückzuführen, sondern darauf, daß den Belgiern das von den Notenbanken und vom EG-Währungsausschuß vorbereitete Maßnahmenbündel nicht weit genug geht.

Der im Grundsatz befürwortete Entschließungstext sieht u. a. vor, die offizielle Verwendung der europäischen Währungseinheit Ecu zu fördern. Zu diesem Zweck wird in Aussicht genommen, die Verzinsung der von den Notenbanken gehaltenen Ecus zu erhöhen.

Belgien, das sich in der Vergangenheit zur Stärkung seines Wechselkurses stark in Ecu verschulden mußte, zögert mit seiner Zustimmung. Als „Preis“ fordert es, daß im Rahmen des EWS künftig auch die innerhalb der zulässigen Schwankungsbreiten vorgenommenen Interventionen in Ecu abgerechnet werden dürfen.

Bisher ist diese Abrechnung nur auf freiwilliger Basis möglich. Für die Bundesregierung (und die Bundesbank) würde der belgische Vorschlag jedenfalls das bisherige Interventions-system weitgehend verändern und das Gleichgewicht zwischen den Bemühungen um wirtschaftliche Konvergenz und den monetären Maßnahmen zerstören.

Der Bonner Finanzstaatssekretär Hans Tietmeyer bemängelt außerdem, der Entschließungstext werde der Tatsache nicht genügend gerecht, daß die Interventionsregeln

formell in die Zuständigkeit der Notenbanken (und nicht des Ministerrats) fielen. Trotzdem meinte Tietmeyer, es gebe durchaus gute Chancen, in absehbarer Zeit „zu einem vernünftigen Ergebnis“ zu kommen. Allerdings gelte es, „ein realistisches Paket“ zu schnüren. Die von der Kommission befürwortete Förderung der privaten Nutzung des Ecu halte Bonn „nicht für ein zentrales Thema“.

Der Entschließungstext sieht zur Förderung der offiziellen Verwendung des Ecu neben einer marktrechten Verzinsung auch vor, den Zentralbanken das Recht einzuräumen, Ecu-Guthaben beim Europäischen Fond für Währungszusammenarbeit gegen Dollar zu tauschen und von anderen Zentralbanken Gemeinschaftswährungen gegen Dollar zu bekommen. Diese Neuerung ist offenbar unstrittig. Auch Zentralbanken außerhalb der EG sollen künftig Ecu-Guthaben halten dürfen. Dagegen bestehen bei der Bundesbank nach wie vor Bedenken gegen die Zulassung privater Ecu-Konten.

Die Kommission hatte sich bemüht, ein Gleichgewicht zwischen Fortschritten im wirtschaftlichen und

monetären Bereich herzustellen. Der vom Rat erörterte Entschließungstext umfaßt daher auch Maßnahmen zur Verstärkung der Konvergenz der Wirtschaftspolitik und zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs.

Danach soll der Jahreswirtschaftsbericht des Rates künftig systematischer als bisher als Bezugsrahmen für die Überprüfung der Wirtschaftspolitik genutzt werden, was bedeutet, daß sich die Regierungen stärker zur Einhaltung der in dem Bericht aufgestellten Leitlinien verpflichten. Die Kommission schlägt außerdem vor, im Währungsausschuß ein besonderes Prüfungsverfahren auszulösen, wenn die Situation auf den Devisenmärkten und die Indikatoren der relativen wirtschaftlichen Leistung der Mitgliedsstaaten eine unzureichende Konvergenz der Wirtschaftspolitik vermuten lassen.

Vor allem an Frankreich und Italien gerichtet sind die Vorschläge zur „Wiederangestaltung der finanziellen Integration“. In dem Textentwurf werden die Mitgliedsstaaten aufgefordert alles zu tun, um die tatsächliche Tragweite der Schutzmaßnahmen, die den freien Kapitalverkehr einschränken, beträchtlich zu vermindern. Die Kommission verpflichtet sich, die nach Artikel 108, Absatz 3 des Römischen Vertrages getroffenen Entscheidungen gezielt zu überprüfen. Den Anwendungsbereich und die Geltungsdauer der genehmigten Schutzmaßnahmen zu begrenzen.

ARBEITSMARKT

## Bonn: Aktionismus kann nicht erfolgreich sein

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung sieht keinen Anlaß, „sich heute Rezepte zu eigen zu machen, die in der Vergangenheit nicht gewirkt haben“. Diesen Hinweis enthält die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion zur „Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze durch eine aktive Industriepolitik“. Den vom Wirtschaftsministerium vorgelegten Entwurf hat das Kabinett gestern verabschiedet.

Die SPD-Anfrage vermittelte den Eindruck, es sei als ob es zusätzlicher öffentlicher Aktivitäten und neuer Interventionen bedürfe, um den technologischen und industriellen Herausforderungen zu begegnen. Nach Meinung der Bundesregierung hätten schon früher wachsende Schwierigkeiten auch nicht durch mehr Staat verhindert oder bewältigt werden können. Die zentrale Herausforderung der Wirtschaftspolitik - die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - müsse weiterhin das politische und ökonomische Handeln bestimmen. Die Bundesregierung stelle sich dieser Aufgabe. Aber langanhaltende Fehlentwicklungen brauchen Zeit zur Korrektur. Grundlegende Erfolge ließen sich nicht durch staatlichen Aktionismus erzielen. Die Bundesregierung verfolge vielmehr einen Kurs der marktwirtschaftlichen Erneuerung.

Zugleich hat das Kabinett auch die Antwort auf eine Große Anfrage der Koalitionsfraktionen zur „wirtschaft-

lichen Bedeutung und Entwicklung strukturschwacher Regionen“ verabschiedet. Wie die in der nordrhein-westfälischen Landesregierung will man auch in Bonn die Vorstellung von einem Nord-Süd-Gefälle nicht gelten lassen: „Pauschal läßt sich die These einer generell günstigeren Entwicklung im Süden der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zum Norden“ nicht bestätigen.“

Einschränkend fügt das Haus Bannemann allerdings hinzu, es sei auch nicht zu verkennen, „daß hochentwickelte Zentren in Nord- und Westdeutschland (Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen) seit den siebziger Jahren deutlich geringere Zuwachsraten aufweisen als die süd-deutschen Länder“. Auch sei die Arbeitsmarktlage in diesen Verdichtungsräumen wesentlich ungünstiger als in vergleichbaren Regionen Süddeutschlands (etwa Rhein-Neckar-Raum oder München). In der Wirtschaft sei die Neigung „unverkennbar“, hochtechnologische Aktivitäten in Forschungsstätten und Betrieben Süddeutschlands anzusiedeln oder zu erweitern.

Die regionale Wirtschaftspolitik sei primär Aufgabe der Bundesländer. Im Rahmen der Regionalpolitik komme der Stärkung der Wirtschaftskraft Berlins und des Zonenrandgebietes aufgrund der fortwirkenden besonderen Nachteile aus der Teilung Deutschlands „unverändert hochrangige Bedeutung zu“.

## AUF EIN WORT



„Wer sein Geld in der rohstoffarmen Bundesrepublik verdienen will, muß wissen, daß es ohne Innovation keine Rationalisierung, ohne Rationalisierung keine Produktivität, ohne Produktivität keinen Fortschritt gibt.“

Erich W. Menzel, Vorstandsvorsitzender des Rationalisierungsinstituts der Deutschen Wirtschaft, Eschborn. FOTO: DIE WELT

## Rekordumsätze mit Werbung

DW, Bonn  
Die deutschen Medien können im nächsten Jahr auf Rekordnennungen aus der Werbung hoffen. Der Zentralverband der Werbewirtschaft in Bonn rechnet für 1985 damit, daß die Werbeeinnahmen bei rund 15,5 Mrd. DM liegen werden. Der Verband wertet dies als „Ausdruck des starken Wettbewerbs“ und als deutliches Zeichen für die positive Einschätzung der Konjunkturerwartung durch die deutsche Wirtschaft. Für das zuende gehende Jahr erwartet der Zentral-ausschuß einen Zuwachs von knapp sieben Prozent bei den Werbeumsätzen. Sollte diese Voraussage zutreffen, werden die Werbeumsätze erstmals die Grenze von 15 Mrd. DM überschreiten.

## KRANKENHAUSFINANZIERUNG

## Private Versicherer sind mit der Neuordnung zufrieden

HARALD POSNY, Düsseldorf  
Die vom Bundestag beschlossene Neuordnung der Krankenhausfinanzierung hat im Bereich der Krankenversicherung ein unterschiedliches Echo gefunden. Die nordrhein-westfälischen Betriebskrankenkassen haben auf ihrer Mitgliederversammlung darauf hingewiesen, daß das neue Gesetz „eine erhebliche Kostensteigerung in den Krankenhäusern nicht verhindern wird“.

Die Vertreter von 330 Kassen mit insgesamt knapp drei Mill. Mitgliedern sehen bei der Kompromißlösung die Gefahr, daß jetzt auch kostenbewußteres Verhalten der übrigen Leistungserbringer schwer zu erreichen sein dürfte. Wenn die Krankenkassen weiter mit zu schwachen Zuständigkeiten blieben, werde es kaum gelingen, die Ausgabenexpansion insgesamt zu stoppen.

Dagegen hat der Verband der privaten Krankenversicherung (PKV) den Bundestagsbeschluss als Verbesserung bezeichnet. Er bringe wesentliche Impulse für eine sparsamere Wirtschaftsführung der Krankenhäuser. Die Krankenversicherungen könnten bei den Pflegegeldverhandlungen künftig die Ergebnisse externer Betriebsvergleiche heranziehen. Die Krankenhäuser würden auch durch die Aussicht, Gewinne und Verluste machen zu können, zu wirtschaftlichem Verhalten angeregt.

Als neue Chance sollten auch die gesetzlichen Krankenkassen die Möglichkeit sehen, durch die Finanzierung von Rationalisierungs-Investitionen Kosten zu senken. Die privaten Krankenversicherer sind vom Gesetzgeber erstmals an den Entscheidungen im Krankenhauswesen beteiligt.

## FREIE BERUFE

## Nachfrage nach Starthilfen ist leicht zurückgegangen

HEINZ STÜWE, Bonn  
Bei den öffentlichen Starthilfen für Freiberufler ist kein Nachfrageboom zu verzeichnen, wie ihn die gewerblichen Existenzgründungsprogramme seit zwei Jahren erleben. Die Lastenausgleichsbank in Bonn hat bis Ende vorigen Monats für Nachwuchskräfte in den freien Berufen für 65 Mill. Mark langfristige Bankkredite verbürgt. Das waren zwei Mill. Mark weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im gesamten Jahr 1983 waren neue Bürgschaften in Höhe von 80 Mill. Mark gewährt worden.

Auf diesem Niveau haben sich die Neuzugänge nach Angaben der Bank in den letzten drei Jahren stabilisiert, nachdem sie zuvor deutlich zurückgegangen waren. Zum Vergleich: Im Jahre 1975 waren noch Bürgschaften über 445 Mill. Mark in Anspruch genommen worden. Und das, obwohl beispielsweise die Zahl der niederge-

lassenen Ärzte, auf die etwa die Hälfte aller Bürgschaften entfällt, weiter steigt. Offenbar seien die Banken zu zunehmend bereit, das Risiko einer Praxiseröffnung selbst zu tragen, heißt es dazu bei der Lastenausgleichsbank. In den 25 Jahren seit Bestehen des Programms hat dieses Kreditinstitut des Bundes für rund 34 000 freiberufliche Gründungsmaßnahmen Kredite über 3,3 Mrd. Mark verbürgt und damit jeweils 80 Prozent eines möglichen Ausfalls abgedeckt. Der Durchschnittsbetrag liegt bei 200 000 Mark.

Die Starthilfe steht grundsätzlich jedem Freiberufler offen, der sich erstmalig niederlassen will, aber keine banküblichen Sicherheiten stellen kann. Verbürgt werden nur Kredite zur Anschaffung von Geräten, zur Beschaffung und Einrichtung von Praxisräumen. Ein Teil des Betrages kann allerdings auch für Betriebsmittel eingesetzt werden.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### EG untersagt private Milch-Exportförderung

Bonn (DW) - Die EG-Kommission hat dem Milchförderungs-fonds, einem freiwilligen Zusammenschluß der deutschen Milchwirtschaft, untersagt, künftig Exportbeihilfen oder Werbungskostenzuschüsse zum Absatz von Milch und Milcherzeugnissen innerhalb der Gemeinschaft zu gewähren. Die privaten Beihilfen aus diesem Fonds seien nicht mit den Wettbewerbsregeln der EG vereinbar. Unter anderem würden damit auch die Verkaufspreise einzelner Marken im Ausland „unmittelbar gesenkt“. Nicht betroffen sind die allgemeinen Exportförderungen der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft, wie sie von z. B. von der CMA durchgeführt werden.

### Mehr Energie verbraucht

Hamburg (dpa/VWD) - Der Primärenergieverbrauch der Welt ist 1983 zum ersten Mal seit vier Jahren wieder gestiegen. Mit rund 8,64 Mrd. Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE) lag er um knapp ein halbes Prozent über dem Niveau des Vorjahres, aber noch immer weit unter dem bisherigen Höchststand von 1979 (8,85 Mrd. Tonnen SKE). Der Anstieg ist, wie aus der jüngsten Weltenergiestatistik der Esso AG, Hamburg, hervorgeht, ausschließlich eine Folge des Wachstums der Weltbevölkerung. Der Energieverbrauch pro Kopf ging auch 1983 weiter zurück, insbesondere in den Industrieländern. So verbrauchte jeder Einwohner der Bundesrepublik Deutschland 1983 mit knapp sechs Tonnen SKE sechs Prozent weniger Energie als 1980.

### Commodore begibt Anleihe

München (sz.) - Eine Anleihe über 100 Mill. DM legt der amerikanische Commodore-Konzern, weltweit bedeutendster Hersteller von Mikrocomputern, über ein internationales Bankenkonsortium unter Federführung der Bayerischen Vereinsbank AG, München, am deutschen Kapitalmarkt auf. Die Emission der Commodore Finance B.V., Amsterdam, ist mit einem Kupon von 7½ Prozent

und einem Ausgabekurs von 100 Prozent bei einer Laufzeit von sieben Jahren ausgestattet. Commodore erwirtschaftete 1983/84 (30.6.) einen Umsatz von 1,27 Mrd. Dollar (plus 86 Prozent) und einen Gewinn von 143,8 Mill. Dollar (plus 63 Prozent).

### Haushalt genehmigt

Bonn (VWD) - Das Bundeskabinett hat gestern auf Vorschlag von Bundesarbeitsminister Norbert Blum den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit für 1985 in Höhe von 32,9 Mrd. DM genehmigt. Der von der Selbstverwaltung der Bundesanstalt aufgestellte Haushalt berücksichtigt die Senkung des Beitrages von 4,6 auf 4,4 Prozent und die längere Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer von Januar 1985 an.

### Rekordernte erwartet

Rom (AFP) - Die Welternährungsorganisation (FAO) in Rom hat in der jüngsten Ausgabe ihres Bulletins ein Rekordvolumen von 1,78 Mrd. Tonnen für die diesjährige Welt-Getreidernte vorausgesagt. Die Produktion läge damit um acht Prozent über der des Erntejahres 1983. Die Schätzungen der FAO von November lagen etwa vier Prozent niedriger. Bei Weizen erwartet die Welternährungsorganisation eine Gesamtproduktion von 516 Mill. Tonnen, das sind 20 Mill. Tonnen mehr als im Vorjahr.

### Steuer abgeschafft

Washington (Sbt.) - Mit der Begründung, ausländische Investoren würden den Bundesstaat meiden, hat Florida die sogenannte Unitary Tax wieder abgeschafft. Multinationale Unternehmen waren gegen diese Einkommensteuer Sturm gelaufen, weil bei der Besteuerung die weltweiten Geschäftsergebnisse zugrunde gelegt werden. Das führte zu überhöhten Abgaben der örtlichen Niederlassungen. Das US-Finanzministerium hofft, daß nun andere Bundesstaaten dem Beispiel Floridas folgen. Die Londoner Regierung hatte wegen der Steuerpraxis den Obersten Gerichtshof in Washington angerufen, aber verloren.

DespaFonds<sup>®</sup>  
zahlt DM 3,50.  
Drei gute Gründe sprechen für die Wiederanlage.



Eine Beteiligung an Sachwerten, an kommerziellen, breitgestreuten Immobilien, bringt Erfolg: DespaFonds, der offene Immobilienfonds der Sparkassen, schüttet für das Geschäftsjahr 1983/84 DM 0,10 pro Anteil mehr aus als im Vorjahr. Die Daten im einzelnen:

Ausschüttung je Anteil	DM 3,50
Ausschüttungs-Datum	17.12.1984
Ertragsschein	Nr. 17
Wiederanlage-Rabatt	3 Prozent
Wiederanlage-Zeitraum	17.12.1984-14.2.1985

Kaufen Sie deshalb mit Ihrer Ertragsausschüttung zusätzliche DespaFonds-Anteile mit Rabatt. Aus drei guten Gründen:

1. Vorzugspreis im Wiederanlage-Zeitraum (3% Rabatt).

2. Stärkung Ihrer Vermögenssubstanz (Zinseszins-Effekt).

3. Deutlich verbessertes Anlageergebnis.

So vorteilhaft wirkte sich die Wiederanlage bei einer 10.000,- DM-Anlage in DespaFonds seit Fondsgründung (3.11.1967) bis 30.9.1984 aus:

Ohne Wiederanlage der Erträge = DM 25.340,- oder + 153,4%.

Mit Wiederanlage der Erträge = DM 32.564,- oder + 225,6%. Das sind DM 7.224,- mehr.

Die Wiederanlage zahlt sich also aus. Sprechen Sie darüber noch heute mit Ihrem Geldberater bei der Sparkasse.

SparkassenFonds: Die hohe Schule der Geldanlage Despa<sup>®</sup>



## BAT

Niederlage vor  
Kölnen Gericht

JB. Hamburg

Das Kölner Landgericht hat dem Hamburger BAT-Konzern unterstellt, die Marke „Barclays“ in der jetzigen Form der Packung mit den aufgedruckten DIN-Werten von 0,2 mg Nikotin und 1 mg Kondensat (Teer) zu vertreiben. BAT muß nach dem Urteil die Packungen der „Barclays“ künftig mit einem Zusatz neben den angegebenen Schadstoffwerten versehen, der die Raucher darauf hinweist, daß sich beim Rauchen in der Praxis weit höhere Werte als durch das maschinelle Abrauchen ergeben können. Die BAT, so heißt es, werde dieser Auffassung des Gerichts Rechnung tragen. Über die Formulierung des Hinweises ist noch nicht entschieden.

In ihrem Urteil sind die Kölner Richter zu dem Ergebnis gekommen, daß die niedrigen Werte der Barclays nur in den Rauchmaschinen gemessen werden könnten. In der Praxis würden von den meisten Rauchern die Lufteinlässe verstopft. Dadurch entstünden Schadstoffkonzentrationen, die bis zu siebenmal so hoch seien wie die angegebenen DIN-Werte.

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet:** Bad Burg: Elektro Eichberg GmbH, Georgsmarienhütte; Düsseldorf: WS-Ces. 1. Wohnwesen und Raumakustik GmbH (vorm. TWOSA GmbH); Kettin: Willi Speckermann, Bauunternehmer, Bujendorf; Pflitz: M.L. - Bau GmbH, Wald-Michelbach; Monique Lipp, Inh. d. Philipp Lipp, Baustoffe, Wald-Michelbach; Hagen: BGA Betonringes 1. Anlagevermögen mbH; Hamburg: TCH Technik Center Hamburg GmbH, technischer Industrie- u. allgemeiner Schiffsbedarf; R.S.R. Schulz GmbH; Treuband- u. Steuerberatungsges. HANSEAT mbH; Heidenheim/Brenz: Autohaus Horst Boop GmbH; Itzehoe: Peter Jürgensen, Bauunternehmer, Lagerdorf; Köln: Petrucci und Branca Verkaufsges. mbH; Syke: K.G. I. Myresch Hausbau GmbH & Co. KG, Stühr 4; Villingen-Schwenningen: Württembergische Uhrenfabrik Bürk Söhne GmbH & Co.; Bürk Verwaltungsges. mbH; Robert Pfaffle K.G., Elektrotechnische u. Beleuchtungskörper-Fabrik; Würzburg: Lindner & Sauerländer GmbH Moden- & Accessoires-Fabrikation u. Handel-KG.

**Anschlußkonkurs eröffnet:** Eeckum: Gebrüder Becker GmbH & Co.; Nürnberg: Edith Elma Martha Hauerstein, Schwarzbrunck.

**Vergleich beantragt:** Stuttgart: Maschinenvermietungs-Baustoffhandels-u. Baugesellschaft Verwaltungen GmbH, Filderstadt 4.

## ENTBÜROKRATISIERUNG / Die Bundesregierung legte eine detaillierte Zwischenbilanz ihrer Bemühungen vor

## „Hunderte von Vorschriften ersatzlos gestrichen“

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Viele tausend Verwaltungsvorgänge, vor allem für die Wirtschaft, wurden künftig eingespart und Hunderte von Vorschriften seien „ersatzlos gestrichen“. Dies erklärte der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren, Horst Waffenschmidt, anlässlich der „Ersten Zwischenbilanz der Bundesregierung zur Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung“ in Bonn. Das Bundeskabinett hat gestern den Entwurf eines ersten Rechtsbereinigungsgesetzes, dem in dieser Legislaturperiode noch zwei weitere folgen werden, verabschiedet.

Künftig werden unter anderem Bestimmungen von Sachverständigen bei den Industrie- und Handelskammern erheblich erleichtert. Ihre Rechte und Pflichten können künftig von den Kammern eigenverantwortlich geregelt werden. Im Werkfernverkehr wird künftig das „Beförderungs-

scheinungsverfahren“ von einer bloßen Anmeldepflicht ersetzt, wodurch 10 000 Verfahren pro Jahr entfallen. Das immissionsschutzrechtliche Verfahren für genehmigungsbedürftige Anlagen wird wesentlich erleichtert. Der Antragsteller, so Staatssekretär Waffenschmidt, kann künftig die immissionsschutzrechtliche und die wasserrechtliche Genehmigung in einem Gang beantragen.

In der Liste der seit Mitte 1983 abgeschlossenen und noch laufenden Vorhaben ist auch eine Änderung des Milchgesetzes aufgeführt, durch die jährlich auf eine Vielzahl von Erlaubnissen zur Abgabe verpackter Milch verzichtet wird. 46 Gesetze und 23 Rechtsvorschriften enthalten nach Angaben des Bundesinnenministeriums zur Zeit noch verwaltungsrechtlichen Sondervorschriften, die ohne zwingende Gründe von dem allgemeinen Verfahrensrecht

des Bundes abweichen. Sie sollen in einem „Ersten Gesetz zur Bereinigung des Verwaltungsverfahrensrechtes“ sowie in mehreren Fachgesetzen aufgehoben und angepaßt werden. Mit dem Entwurf einer Verwaltungsprozessordnung sollen sechs besondere Prozessgesetze mit etwa 540 Vorschriften durch ein Gesetz mit rund 190 Vorschriften ersetzt werden.

Der „Erste Bericht zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung“ nennt nach Angaben des Bundesinnenministeriums 144 bereits verwirklichte oder vor der Realisierung stehende Maßnahmen aus den einzelnen Bundesministerien. Viele dieser Initiativen seien, so wurde betont, durch die Arbeit der „Unabhängigen Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung“ des Bundes angeregt und unterstützt worden.

Als ganz wesentlicher Erfolg gilt, der jeden Bürger entlastende Verzicht auf die regelmäßige Einholung

von Führungszeugnissen bei der Erteilung von Führerschein. Dadurch werden jährlich 1,2 Millionen Anfragen beim Bundeszentralregister entbehrlich.

Hand in Hand mit solchem Abbau geht eine neue „Notwendigkeitsprüfung“ vor dem Erlass neuer Gesetze. Dazu heißt es in dem „Ersten Bericht“, die Prüfung sei „zu intensivieren und noch wirksamer zu machen“. Zu den zehn Fragen, die vor dem Erlass jedes neuen Gesetzes positiv beantwortet sein müssen, gehört die, ob die gewollte Regelung „bürgernah und verständlich“ sei, und ob Kosten und Nutzen in angemessenem Verhältnis stehen.

Das Echo auf den bisherigen Vorschriftenabbau ist nicht einheitlich. In vielen Briefen an das Bundesinnenministerium wird er bejubelt, daneben warnen Verwaltungsexperten aber vor unklaren Verhältnissen.

## WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG / Programm für Lübeck

## Kaufmannschaft zeigt Einsatz

KAREN SÖHLER, Lübeck

Eine Analyse der Vergangenheit soll der Hansestadt Lübeck die Zukunft weisen. Die Kaufmannschaft zu Lübeck will nicht warten, bis die Stadt im Norden – mit Blick auf die Grenzen der „DDR“ – in Vergessenheit gerät. Deshalb hatte sie Professor Gerd Aberle von der Justus-Liebig-Universität, Gießen, beauftragt, eine Studie anzufertigen, aus der die Entwicklung der wichtigsten wirtschaftlichen Faktoren von 1971 bis 1981 hervorgeht. Die in einem Pressegespräch vorgestellte Arbeit bildet die Grundlage, auf der die Kaufmannschaft eine Marketing-Strategie aufbauen will, um ihre Stadt wieder näher in das Bewußtsein von potentiellen Investoren und Auftraggebern, von Arbeitskräften und natürlich auch von Touristen zu rücken.

Im Mittelpunkt des Konzeptes stehen drei Gremien: Der geschäftsführende Arbeitskreis im Auftrag der Kaufmannschaft, unterstützt durch das Hamburger Institut für Handels-, Stadt- und Regionalforschung Prisma, sammelt Vorschläge der neun Einzelgruppen, die sich über Verbesserungen in Bereichen wie Hafen, Außenwirtschaft, Gewerbegebiete, Wissenschaft und Wirtschaft, Arbeits-

platz- und Leistungsangebot, Verkehr, Tourismus und Messen, Freizeit, Kultur oder Öffentlichkeitsarbeit Gedanken machen. Die Einzel-, Schwerpunkt- und Durchführungsberatung haben die Kaufleute in die Hände von Kurt Schoop, Berater und Aufsichtsratsmitglied der Düsseldorfer Messgesellschaft mbH, gelegt. Dem Plenum der Kaufmannschaft fällt vor allem die Aufgabe zu, beschlossene Maßnahmen – das geistige Endprodukt – in der Bürgerschaft und im Senat durchzusetzen.

Erfolg ist nötig; denn aus der Aberle-Studie ergibt sich, daß gerade 25 bis 45-jährige abwandern, daß die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes zwischen 1970 und 1980 kontinuierlich zurückgegangen ist, daß die Ein- und Ausfahrten des in der Stadt ansässigen Gewerbes deutlich gesunken sind, daß das Interesse auswärtiger Unternehmen an einer Niederlassung in Lübeck stetig abflacht.

Hinzu kommt: Die Stadt ist etwa mit 500 Mill. DM verschuldet und muß auch im laufenden Haushalt Löcher stopfen. Die noch ungeklärten Finanzierungsfragen könnten die Bemühungen der Kaufmannschaft allerdings in ihre Grenzen weisen.

## OECD-ENTWICKLUNGSHILFE / Leichte Steigerung

## Weniger öffentliche Mittel

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die OECD-Entwicklungshilfenausschüsse (DAC) angehörenden 17 westliche Industriestaaten (und die EG) haben den Entwicklungsländern an öffentlicher Hilfe 1983 insgesamt 27,5 Mrd. Dollar bereitgestellt, wie dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht des DAC zu entnehmen ist. Das waren 75 Prozent der weltweiten offiziellen Entwicklungshilfe. Unter Einschluss der privaten Kapitalströme flossen den Entwicklungsländern aus der DAC-Zone rund 100 Mrd. Dollar zu, gegenüber 97 Mrd. 1982.

Die öffentliche Hilfe dagegen hatte sich um 200 Mill. Dollar vermindert. Sie stellte damit nur noch durchschnittlich 0,36 (0,38) Prozent des Bruttoinlandsproduktes der DAC-Mitglieder. Die Bundesrepublik, die 3,18 (3,15) Mrd. Dollar aufgebracht hatte, konnte ihren Anteil auf 0,49 (0,48) Prozent verbessern.

Beachtet wird, daß sich die Bundesregierung im Unterschied zu anderen DAC-Ländern noch nicht auf einen Termin zur Realisierung des allgemeinen Entwicklungshilfeziels (0,7 Prozent des Sozialprodukts) festgelegt hat. Bereits übertroffen wird es von Norwegen (1,06 Prozent 1983), Holland (0,91 Prozent), Schwe-

den (0,85 Prozent), Frankreich (0,74 Prozent einschließlich der Leistungen an die ehemaligen Kolonien) und Dänemark (0,73 Prozent). Dagegen stehen die USA mit nur 0,24 Prozent ihres Sozialprodukts an unterster Stelle in dieser (relativen) Rangliste. Dem absoluten Betrag nach sind sie aber mit 7,99 (8,20) Mrd. Dollar das mit Abstand größte Geberland geblieben.

Noch stärker als die öffentliche Entwicklungshilfe der DAC-Staaten verminderte sich die der Opec-Staaten, nämlich um 800 Mill. Dollar. Im Vergleich zu den infolge der sinkenden Ölförderungen geschrumpften Exporteinnahmen dieser Staaten war ihre Hilfe aber von größerem Gewicht. Die arabischen Golfstaaten brachten immerhin drei Prozent ihres Sozialprodukts auf. Die Ostblockstaaten dagegen begnügten sich mit 0,17 Prozent und konzentrierten ihre Hilfe auf kommunistische Entwicklungsländer.

Die weiteren Aussichten für die westliche Entwicklungshilfe werden in dem Bericht zurückhaltend, wenn auch grundsätzlich positiv eingeschätzt. Zu Gunsten Schwarzafrikas wird ein „sehr starker Zuwachs“ erwartet.

## US-BANKEN / Hohe Abschreibungen für faule Kredite

## Die Gewinne sind gesunken

H.A. SIEBERT, Washington

Amerikas Geschäftsbanken, deren Einlagen beim Bund versichert sind, erwirtschafteten 1983 die niedrigsten Gewinne seit 20 Jahren. Wie aus einer Untersuchung der US-Zentralbank hervorgeht, verringerte sich die Rendite, gemessen an der Bilanzsumme, gegenüber dem Vorjahr von 0,71 auf 0,67 Prozent. 1979 machte sie noch 0,80 Prozent aus. Bei den sogenannten Money-Center-Banks, deren Bilanzsumme eine Mrd. Dollar übersteigt, sackte die Rendite von 12,3 auf 11,9 (14,0), bei den kleinsten Instituten mit einer Bilanzsumme von unter 100 Mill. Dollar von 1,08 auf 0,96 (1,15) Prozent.

Noch stärker verschlechterte sich die Verzinsung des Eigenkapitals, und zwar bei allen US-Banken von durchschnittlich 12,2 auf 11,2 (1979: 13,9) Prozent. Bei den Großbanken verringerte sie sich von 12,3 auf 11,9 (14,0), bei den kleinsten von 12,7 auf

11,2 (14,1) Prozent. Nach Steuern schrumpfte der Gesamtgewinn um 750 Mill. Dollar; die meisten Institute erhöhten trotzdem ihre Dividende. Andererseits ist zum ersten Mal seit sieben Jahren das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme gestiegen, und zwar auf sechs Prozent. Die Money-Center-Banks stockten ihr Kapital um zwei Mrd. Dollar auf acht Prozent auf.

Als Gründe für das schlechte Abschneiden nennt das Federal Reserve Board die Rezession, die gedrückten Zinsmargen sowie die Schuldenkrise, die eine Anhebung der Rückstellungen erforderte. Rekordhöhe erreichte auch die Abschreibung fauler Kredite. In den Auslandsfilialen der US-Institute fiel 1983 die zusammengefaßte Bilanzsumme um acht Mrd. Dollar, wobei das Minus bei den Money-Center-Banks zehn Mrd. Dollar ausmachte.

## MASCHENINDUSTRIE / Schrumpfsproß geht weiter

## Mehr Schutz verlangt

WERNER NETTZEL, Stuttgart

Die deutsche Maschinenindustrie, also die Hersteller von Strick- und Wirkwaren, wünscht sich einen stärkeren Schutz. Mit einer bloßen Verlängerung des Welttextilabkommens, das am 30. 6. 1986 ausläuft, sei es, wie Peter F. Giernoth, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der deutschen Maschinenindustrie in Stuttgart darlegte, nicht getan. Dieser Industriezweig, der in seiner Anpassung an neue Techniken und Mechanismen noch nicht so weit vorangekommen sei, wie die anderen Bereiche der Textilindustrie, befände sich somit in einer Sonderposition.

So stiegen beispielsweise die Einfuhren an Maschenware aus den Ländern außerhalb der EG in den letzten fünf Jahren um durchschnittlich 7,4 Prozent jährlich auf fast 100 000 Tonnen (1984). Demgegenüber nahmen die Importe von textilen Vorstufen aus Drittländern seit 1979 im Jahresdurchschnitt um lediglich 1 Prozent zu, bei gewebter Bekleidung nahmen sie sogar um 0,3 Prozent ab. Der mengenmäßige Marktanteil importierter Maschenware aus Drittländern vergrößerte sich in der ersten Jahreshälfte 1984 von 42 auf 45 Prozent. Der gesamte Importanteil (wert-

mäßig) an der Binnenmarktversorgung macht rund drei Viertel aus.

Der Verband fordert deshalb über eine Verlängerung des Welttextilabkommens hinaus auch eine Verschärfung der bilateralen Abkommen, wirksame Regelungen der Umgehungsmaßnahmen, eine Sonderbehandlung der passiven Lohnveredelung, eine Einbeziehung der Zolltarifpräferenzen der EG gegenüber Entwicklungsländern in die Gestaltung des Welttextilabkommens, wie auch die Berücksichtigung der Importbelastung aus den Präferenzländern des Mittelmeerraumes.

Die deutsche Maschinenindustrie, die schwerpunktmäßig vor allem im Südwesten auf der Schwäbischen Alb ansässig ist, habe – so Giernoth – in diesem Jahr am allgemeinen Aufschwung teilgenommen. Man setze jetzt auf das Vorjahresniveau (6,7 Milliarden DM) zu kommen. Die relativ ungünstige Lage in der Maschinenindustrie und die vergleichsweise bessere Situation in den textilen Vorstufen und in der nachgeordneten Bekleidungsindustrie drückt sich auch in der schrumpfenden Beschäftigtenzahlen aus. In den letzten Wochen gab es eine Reihe weiterer Firmenzusammenbrüche.

## KOMPAKTES SYSTEM ZUM KOMPAKTEN PREIS.

Der Commodore Executive SX 64, das kompakte Mikrocomputer-System am Griff: 380 mm breit - 140 mm hoch - 430 mm tief.

Komplett mit einer leistungsstarken Zentraleinheit. Mit einem eingehauten Diskettenlaufwerk, das rund 300 Seiten voller Zahlen oder Worte speichert. Und einem integrierten Farbmonitor für hochauflösende Grafik.

Überall mit hinnehmen. Ob vom Büro nach Hause. Oder von Frankfurt nach London, wenn nötig.

Der Commodore Executive SX 64. Preiswert, vielseitig und leistungsfähig. Von der Nr. 1 unter den Mikrocomputer-Herstellern.

Beim Commodore-Vertragshandel, in führenden Warenhäusern, guten Rundfunk-, Fernseh- und Fotofachgeschäften und großen Versandhäusern.

Mehr Information und die Anschrift Ihres nächstgelegenen Commodore-Fachhändlers von: Commodore Büromaschinen GmbH, Abt. MK, Lyoner Str. 38, 6000 Frankfurt/M. 71. Oder per Telefon: Düsseldorf (0211) 31 20 47/48 Frankfurt (069) 6 63 81 99 - Hamburg (040) 2113 86 - München (089) 46 30 09 - Stuttgart (0711) 24 73 29 - Basel (061) 23 78 00 - Wien (0222) 67 56 00.

Unsere BTX-Leitseite \* 20095 #.

Technische Daten:  
• Arbeitsspeicher 64 KB RAM;  
• 20 KB für Programme und Daten;  
• Mikrominiature ASCII-Schreibmaschinen-Drucker;  
• Disketten-Magnetplatte 170 KB  
• Drucker direkt anschließbar

**Commodore**  
Eine gute Idee nach der anderen.



BERTHOLD / Höherer Verlust, aber kein Kapitalschnitt

Ormig soll verkauft werden

Die H. Berthold AG, Berlin, führen der Hersteller von Fotosystemen, bekennt sich wieder „auf den Leisten“. Die Diversifikationspolitik der vergangenen Jahre wird aufgegeben. Man werde sich künftig ausschließlich auf den Qualitäts-Fotografiekonzern konzentrieren, betonte Vorstandsvorsitzender Wolfgang Geerken.

Noch bis zum Jahresende will Berthold die Ormig Organisationsmittel GmbH loslagern. „Für eine Mark plus Zuschuß“, so Geerken. Man sei in aussichtsreichen Verhandlungen. Wenn ein Verkauf nicht gelingen sollte, werde man sich auch nicht scheuen, Vergleich anzunehmen. Ormig beschäftigt in Berlin und Bad Oeynhausen rund 200 Mitarbeiter. Das Abenteuer Ormig hat Berthold etwa 30 Mill. DM gekostet.

Bei der H. Hahn & Hahn GmbH in Offenbach wird das Geschäftsvolumen verkleinert und die Gesellschaft mit der H. Berthold AG verschmolzen, so daß es künftig kei-

KAISER'S KAFFEE / Preiskämpfe bringen die im Branchenvergleich immer noch gute Rendite unter Druck

Vom Weihnachtsgeschäft wird kein Plus erwartet

J. GEHLHOFF, Viersen

Das waren noch Zeiten. Vor sieben Jahren führte die zur Tengelmann-Gruppe, Europas größter Lebensmittelhändler, gehörende Kaiser's Kaffee-Geschäft AG, Viersen, auserst wenig mehr als halb so großem Umsatz an die Mülheimer Mütter noch fast ein Viertel mehr Bruttogewinn ab als nun für das Geschäftsjahr 1983/84 (30,6 %). Eine für die Branche vergleichsweise anständige Rendite auf 84 Mill. DM Eigenkapital (davon 50 Mill. DM Aktienkapital) sind die nun abgeführten und bei Tengelmann noch der Inhaber-Einkommensteuer unterliegenden 33,6 (32,9) Mill. DM zwar allemal. Aber der Renditedruck ist unübersehbar.

Vorstandssprecher André Deslauriers hat jede Menge gute Gründe, dieses „noch zufriedenstellende“ Ergebnis mit dem immer härter werdenden Wettbewerb im deutschen Lebensmittelhandel zu kommentieren. Sie alle münden in der Feststellung, daß die Verkaufsfläche

in der Branche pro Jahr noch um zwei bis drei Prozent zunimmt, das für Lebensmittelkäufer eingesetzte Verbrauchereinkommen hingegen nominal kaum noch wächst und real leicht sinkt.

Hinzu kommt, daß sich das Konsumklima nach dem großen Streik-Schock vom Frühsommer 1984 bislang noch nicht wieder von seiner Abkühlung erholt. Nach Einschätzung des Kaiser's-Vorstands wird denn auch das Weihnachtsgeschäft (mit diesmal zwei Verkaufstagen weniger als im Vorjahr) allenfalls das (nominale) Vorjahresniveau erreichen, eher etwas kleiner ausfallen. Und auf jeden Fall weniger Gewinn als im Vorjahr bringen.

Das gut gepolsterte Unternehmen kann solche Folgen der zunehmenden Preisaggressivität der Anbieter und des immer mehr „preisbewußten“ Verhaltens der Konsumenten freilich problemlos verkraften. Mühe los bewältigt es auch die vom Markt

diktierte Konsequenz, daß Umsatzwachstum praktisch nur noch über Flächenexpansion möglich ist. Denn trotz kompletter Abführung des Gewinns werden die Investitionen nachgerade traditionell aus der Innenfinanzierungskraft bestritten.

Dank dieser Investitionskraft lag Kaiser's in 1983/84 beim Filialumsatz mit einem Plus von 10,3 Prozent, das nahezu identisch war mit dem Verkaufsfächenzuwachs, weit über dem deutschen Lebensmittelhandel, der in der gleichen Zeit Umsatzsteigerungen von nominal 4,6 Prozent und real 2,5 Prozent erzielte. Nach dem gleichen Muster wurden bei Kaiser's die ersten fünf Monate von 1984/85 mit Plusraten von sieben Prozent im Umsatz und von 6,2 Prozent in der Verkaufsfläche abgeschlossen.

Aus dem Doppelleffekt von Expansion und Strukturverbesserung verfügte Kaiser's zum Ende des Berichtsjahres über 682 (649) Filialen, darunter 458 (446) Supermärkte, neun (acht)

Verbrauchermärkte und 207 (186) Drugstores (SB-Drogerien). Erstmals wird der Filialumsatz etwas deutlicher aufgedeckt: Mehr als zwei Mrd. DM aus den Supermärkten, mehr als 350 Mill. DM aus den Drugstores, fast 200 Mill. DM aus den Verbrauchermärkten und etwas über 30 Mill. DM aus den Heimwerkermärkten. Alle vier Vertriebslinien, betont der Vorstand, seien im Gewinn.

Kaiser's Kaffee	1983/84	± %
Umsatz (Mill. DM) <sup>1)</sup>	3928	+ 10,3
dav. Filialumsatz	2588	+ 10,3
Verkaufsfläche (qkm)	234 851	+ 11,8
Beschäftigte <sup>2)</sup>	8288	+ 6,7
Personalaufwand	307	+ 7,4
Sachinvestitionen	43,4	+ 7,1
Netto-Cash-Flow <sup>3)</sup>	39,7	+ 28,9
Rohertrag	619	+ 8,0
Betriebsergebnis <sup>4)</sup>	37,9	+ 2,6
Gewinnabführung <sup>5)</sup>	33,6	+ 2,3

1) inkl. ZWST; <sup>2)</sup> umgerechnet auf Vollbeschäftigung zum Bilanzstichtag; <sup>3)</sup> Abschreibungen + Zinsen; <sup>4)</sup> Abschreibungen + Zinsen; <sup>5)</sup> Nach Gewerbesteuer, Vor Einkommensteuer

DU PONT

Elektronik wächst rasant

INGE ADHAM, Frankfurt

Verstärkte Aktivitäten im europäischen Elektronikgeschäft plant der amerikanische Du Pont de Nemours Konzern. Vor der Presse in Frankfurt befragte Heinz R. Schiller, Geschäftsführer der deutschen Tochter, die Investitionen für den Bereich in diesem und im nächsten Jahr jeweils auf 30 Mill. Dollar. Ein großer Teil davon entfällt auf den Bau einer Produktionsanlage für „Riston“ Fotopolymere-Trockenresist – einem Film-Beschichtungsmaterial – in Neu-Isenburg, die Anfang 1986 ihre Lieferungen aufnehmen soll. Die Aufwendungen belaufen sich auf rund 35 Mill. DM. Bisher wurde in Neu-Isenburg das aus den USA gelieferte Material lediglich konfektioniert.

Hintergrund dafür ist die „rasante Expansion“ der letzten Jahre beim Verkauf von Erzeugnissen für die elektronische Industrie (elektronische Schaltungen, Schweißverbindungen und Speichermedien). Nach einem Wachstum von durchschnittlich 20 Prozent in den letzten Jahren werde in diesem Jahr im Elektronikbereich erstmals die Grenze von einer Milliarde Dollar überschritten; in den nächsten fünf Jahren rechnet Du Pont mit einer weiteren Verdoppelung. Allein 1984 seien für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich 80 Mill. Dollar bereitgestellt worden. Davon profitiert auch Neu-Isenburg, wo die europäische Fotopolymere-Forschung konzentriert ist.

Den Weltumsatz des Geschäftsbereiches Fotoresist und elektronische Produkte bezifferte Schiller für dieses Jahr mit etwa 2 Mrd. Dollar, davon entfallen auf 450 Mill. Dollar auf Europa. Während Fotoresist seit einigen Jahren ein nur noch in Teilbereichen wachstumsversprechendes Geschäft seien, glänzt der Bereich elektronische Produkte mit zweistelligen Zuwachsraten und zieht beim Gewinn bereits mit dem größten Bereich Fotoresist gleich, betonte Schiller. Die gesamte deutsche GmbH erwartet in diesem Jahr 2 Mrd. DM Umsatz, etwa 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch mit der Gewinnentwicklung ist man zufrieden.

HAMBURGISCHE ELECTRICITÄTWERKE

Ergebnis hat sich verbessert

J. BRECH, Hamburg

Die Hamburgischen Electricitätswerke AG (HEW) werden für 1984 einen etwa gleichgroßen Überschuß wie 1983 ausweisen. Wie Vorstandssprecher Günther Clausenzer mitteilte, sei das Ergebnis im Gegensatz zum Vorjahr voll im ordentlichen Geschäft verdient worden. Zur Dividende machte Clausenzer noch keine Angaben. Im Vorjahr hatte HEW zum guten Teil aus der Substanz eine von 10 auf 8 Prozent gekürzte Dividende gezahlt.

Die Ertragsaussichten berücksichtigen nach Angaben von Clausenzer nicht die möglichen Verbesserungen, die sich für HEW aus dem Verkauf von Anteilen an dem Kernkraftwerk Brokdorf ergeben könnten. Das Vertragspaket sei noch nicht endgültig ausgehandelt und den beteiligten Aufsichtsräten noch nicht zur Zustimmung vorgelegt worden. Die HEW habe aber großes Interesse, daß der Vertrag zustandekomme. Die Abgabe von 400 MW Grundlast sei versorgungspolitisch vorteilhaft und wirtschaftlich geboten.

Clausenzer räumte allerdings ein, daß HEW im Preise Zugeständnisse machen müssen. Ein wichtiges Ziel des Kompromisses sei es aber gewesen, den partnerschaftlichen Charakter der langjährigen Zusammenarbeit von NWK und HEW zu erhalten. Die Unternehmen betrieben schließlich im norddeutschen Stromverbund gemeinsam vier Kernkraftwerke. Den zur Disposition stehenden HEW-Anteil von 30 Prozent wird Preussenelektra wohl nicht voll überlassen, sondern einen Teil der NWK überlassen, deren Anteil an Brokdorf auf über 50 Prozent steigt.

Die Ergebnisverbesserung bei den HEW, die den Absatz um 2 Prozent und den Umsatz um 5 Prozent auf 2,5 Mrd. DM erhöht haben, führt Clausenzer vor allem auf die gestiegene Verfügbarkeit von Kernenergie zurück. Der Anteil der Stromerzeugung aus Kernenergie werde bei HEW im Berichtsjahr von einem Viertel auf etwa zwei Drittel steigen. Die daraus resultierenden Kostenvorteile milderten die Belastungen auf der Aufwandseite, die sich aus der ersten vollen Jahresrate des Abschreibungsblocks für das neue Kernkraftwerk Krümmel ergeben.

Offenbar noch ungelöst ist bei HEW die Frage einer Nachfolge für Hans-Werner Oberlack, der Mitte dieses Jahres wegen ständiger Querelen mit der politischen Führung bei HEW ausgeschieden war. Hamburgs Energieminister Jörg Kubbier sucht dem Vernehmen nach zum ersten Mal für HEW einen Vorstandsvorsitzenden. Bislang gab es bei HEW nur Vorstandssprecher.

Bahn-Investitionen

bleiben hoch

PETER ZERBE, Minden

Die Deutsche Bundesbahn wird auch in den nächsten Jahren einer der wichtigsten Kunden der deutschen Wirtschaft sein. Wie der Präsident des Bundesbahn-Zentralamtes Minden, Johann Peter Blank, betonte, wurden in diesem Jahr Aufträge von rund 3 Mrd. DM vergeben. Während das Mindener Amt Aufträge von fast 1,2 Mrd. DM vergab, orderte das Bundesbahn-Zentralamt München für 1,4 Mrd. DM.

Von den 1,2 Mrd. DM, die der Mindener Dienststelle zur Verfügung standen, entfielen fast 500 Mill. DM auf die Beschaffung von Reisezug- und Güterwagen sowie auf Container. Für den Fahrweg, also für Schienenschwellen und Schotter, gab das Amt rund 400 Mill. DM aus. So wurden 1984 von der deutschen Industrie 143 Reisezugwagen, 17 S-Bahn-Wagen und 3000 Güterwagen geliefert.

Das Zentralamt in München übernahm in diesem Jahr 17 elektrische Lokomotiven der Baureihe 111 im Wert von etwa 70 Mill. DM. Für 27 komplette Stellwerke wurden 1984 fast 270 Mill. DM investiert. Dadurch konnten 106 Stellwerke älterer Bauart ersetzt und mehr als 490 Mitarbeiter für andere Aufgaben freigestellt werden.

Auch bei der Stellwerkstechnik hält jetzt die Elektronik Einzug. Die Firma Siemens soll zunächst fünf Teststellwerke errichten. Das erste dieser neuen elektronischen Stellwerke wird im oberbayerischen Murnau gebaut. SEL soll ebenfalls Aufträge für den Bau von elektronischen Stellwerken erhalten.

ZAHRNÄDER RENK / Der Bereich Fahrzeuggetriebe konnte nochmals zulegen

Auftragseingang auf Rekordniveau

DANKWARD SEITZ, München

Eine gute Ausgangsposition für die weitere Zukunft stellt für die Zahnradfabrik Renk AG, München, der Auftragseingang dar. Der Bestand an Aufträgen für die Renk AG, die in der neuen Geschäftsjahr 1984/85 (30.6.) gegangen ist. Doch ganz zufrieden ist der Vorstand damit noch nicht. Weil ein erheblicher Teil davon auf den Getriebebau für den Kampfpfeizer Leopard 2 entfällt, verfügen noch nicht alle Fertigungsbereiche über ausreichende Auftragspolster, wenn auch die im Oktober 1982 für einen Teil der 1708 (1848) Mitarbeiter eingeführte Kurzarbeit im Juni dieses Jahres beendet werden konnte. Auch angesichts des teilweise ruinösen Wettbewerbs müßten alle Rationalisierungsmöglichkeiten konsequent fortgeführt werden.

Das Geschäftsjahr 1983/84 brachte Renk mit 329 Mill. DM den bisher höchsten Auftragseingang in der Fir-

mengeschichte nach 253,3 Mill. und 297 Mill. DM in den beiden Vorjahren. Der größte Einzelauftrag war die Bestellung von 430 Getrieben für den Leopard 2. Auch für Schiffgetriebe konnten größere Anschlufträge gewonnen werden. Belegt wird vom Vorstand der zunehmende Protektionismus in einigen Ländern. Nicht zuletzt dadurch sank der Auslandsanteil des Auftragseingangs weiter auf 43 (46 nach 67) Prozent.

Daß der Umsatz jedoch um 11,8 Prozent auf 299,7 Mill. DM in 1983/84 zurückfiel, wird von Renk als „Normalisierung“ nach dem sprunghaften Anstieg von 18,1 Prozent auf 339,9 Mill. DM im Jahr zuvor bezeichnet. Alle Sparten hätten dabei Einbußen hinnehmen müssen mit Ausnahme der Fahrzeuggetriebe, die nochmals acht Prozent zulegen konnten. Weitergehend unverändert blieb der Exportanteil mit 60 (63) Prozent.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt bei einem mehr als halbierten Zinsaufwand von 5,3 (11,5) Mill. DM, einem weiteren Bestandsabbau um 30,4 (27,3) Mill. DM und einem auf 71,3 (78,5) Mill. DM verminderten Personalaufwand mit einem Jahresüberschuß von 3,5 (2,8) Mill. DM. Aus dem Bilanzgewinn von 3,7 (2,9) Mill. DM wird eine unveränderte Dividende von sieben DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 25 Mill. DM ausgeschüttet.

Deutlich zurückgehalten hat sich Renk bei Abschreibungen von 10,0 (11,5) Mill. DM bei den Investitionen in Sachanlagen mit 2,1 (8,8) Mill. DM. Bei den Finanzanlagen ergab sich hingegen durch den Erwerb einer 51prozentigen Beteiligung in Südafrika ein Zugang von 6,7 Mill. DM. Inzwischen hat dort die Renk South Africa Ltd., Johannesburg, ihre Tätigkeit aufgenommen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

**Auftrag aus China**

Berlin (th.) – Den Auftrag zum Bau eines Schlachthofes mit Fleischverarbeitungsanlage hat die BC Berlin Consult GmbH aus China erhalten. Das Projekt, das 60 Mill. DM kosten wird, ist das erste dieser Art in China und soll in der Provinz Qinghai im Nordwesten der Volksrepublik entstehen. Wie BC mitteilte, ist eine Bauzeit von zwei Jahren veranschlagt. Geplant ist eine Verarbeitungskapazität von täglich 500 Rindern und 6000 Schafen. 900 Beschäftigte sollen dort in zwei Schichten arbeiten. Der Vertrag für das Projekt wurde jetzt in Berlin unterzeichnet.

**VAG-Bank erhöht Kapital**

Braunschweig (dos) – Die VAG Kredit Bank GmbH, Braunschweig, eine 100prozentige Tochter der Volkswagenwerk AG, erhöht ihr Stammkapital noch in diesem Jahr von bisher 92,5 Mill. auf 300 Mill. DM. Nach Angaben von VW trägt dieser Schritt der Ausweitung des Geschäftsvolumens sowie der Novellierung des Kreditwesengesetzes Rechnung. Ende 1983 wies die Bank, die den Absatz von VW- und Audi-Produkten finanziert, eine um 28,8 Prozent auf 2,5 Mrd. DM erhöhte Bilanzsumme aus. Die Finanzierungsumsätze stiegen 1983 um 22,5 Prozent auf 18,3 (14,9) Mrd. DM.

**Brötje an Stotz beteiligt**

Hannover (dos) – Die in den Bereichen Heiztechnik, Maschinenbau und Automation tätige Brötje-Gruppe, Rastede/Oldenburg, hat an der A. Stotz AG, Kornwestheim, eine „maßgebliche Beteiligung“ erworben. Im Rahmen einer Kapitalerhöhung von 3,11 Mill. DM auf 6,2 Mill. DM hat Brötje den größeren Teil der neuen Aktien übernommen. Gemeinsam mit der Klaus Krümer Industrie-Beteiligungs-GmbH, Neckarsum, hält Brötje jetzt die Mehrheit. Stotz, Hersteller von Förderanlagen, beschäftigt 360 Mitarbeiter und erzielt einen Umsatz von 70 Mill. DM. Der Gruppenumsatz bei Brötje liegt bei 500 Mill. DM.

NAMEN

Walter Helbert, Gründer und Seniorchef der Walter Helbert, Soest – Münster – Herdecke, feiert heute den 85. Geburtstag.

Bertold Müller, Seniorchef der Kammergarnspinnerei Müller + Rasch KG, Wilhelmshaven, wird heute 80 Jahre.

Walter Martins, Vorsitzender des Vorstandes der Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre e.V., vollendet am 12. Dezember das 65. Lebensjahr.

Dr. Uwe Möller und Göta Oswald wurden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Allgäuer Alpenmilch AG, München, bestellt.

Helmut Peter Göbbels ist zum Partner der Roland Berger & Partner International Management Consultants, Düsseldorf, berufen worden.

Werner Kunzfeld ist zum 1. Januar 1985 zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Lebensversicherung von 1871 AG, München, bestellt worden.

Kurt Schwarzbach (62), bisher Vorstandssprecher der Mannesmann Anlagenbau AG, ist zu deren Vorstandsvorsitzenden bestellt worden. Zu Vorstandsmitgliedern sind Dr. Dietrich Russell (45) und Dr. Eberhard Bitterlich (53) berufen worden.

PREUSSAG / Verbesserung des Ertrags hält an – Kanada-Engagement beendet

Umsätze bei Metallen explodierten

D. SCHMIDT, Hannover

Die Preussag AG, Hannover, ist auf dem besten Wege, die guten Ergebnisse des Vorjahres noch zu übertreffen. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, hat sich die positive Ertragsentwicklung im dritten Quartal 1984 fortgesetzt. Insgesamt habe das Unternehmen im Berichtszeitraum einen Überschuß erzielt, der das Ergebnis des dritten Quartals 1983 „deutlich übertraf“. Eine Dividendenprognose verbindet die Preussag mit dieser Aussage allerdings nicht. Im Geschäftsjahr 1983 belief sich der Jahresüberschuß der AG auf 80 Mill. DM. Aus dem Bilanzgewinn von 56 Mill. DM war eine unveränderte Dividende von 16 Prozent ausgeschüttet worden.

Die Ergebnisverbesserung führt der Vorstand vor allem auf die „zufriedenstellenden Zinkpreise“ zurück. Zudem seien durch den Kursanstieg des US-Dollar die Erdölpreise

in DM beträchtlich erhöht worden. In welchem Umfang das mögliche Kanada-Engagement in der Konzernrechnung wirksam wird, bleibt zunächst offen; Ende September hatte sich die Preussag von der Sekundärhütte in Montreal, die auch 1984 Verluste hinnehmen mußte, getrennt.

Der Umsatz des Inlandkonzerns erhöhte sich in den ersten neun Monaten 1984 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 14 Prozent auf 3,48 (3,05) Mrd. DM. Wesentlichen Anteil daran hat der Bereich Metalle, dessen Umsätze mit einem Plus von knapp 50 Prozent auf 1,34 (0,9) Mrd. DM regelrecht explodierten. Um fast 11 Prozent auf 1,28 (747) Mill. DM erhöhten sich die Umsatzerlöse mit Kohle, während Verkauf (388 nach 427 Mill. DM), Erdöl und Chemie (585 nach 577 Mill. DM) und Bau (369 nach 399 Mill. DM) Umsatzeinbußen zu verzeichnen hatten.

Nach dem Anstieg der Zinknotie-

Die meistgekauft Goldmünze der Welt: der Krügererrand.


Bei Ihrer Geldanlage sollten Sie auch Gold nicht vergessen. Wieviel Gold innerhalb Ihres Vermögensaufbaus sinnvoll ist, das können Ihnen unsere Fachleute sagen – am besten, wenn Sie Ihre Ziele und Möglichkeiten kennen. Sie werden Ihnen auch zum Krügererrand raten, der meistgekauften Goldmünze der Welt. Ein Stück Gold – ein Stück langfristige Sicherheit.

Es gibt ihn in vier Größen. Das macht ihn bei jedem Anlagebetrag attraktiv.

Das Kaufen ist denkbar einfach – und das

Verkaufen ebenso. Interessant ist auch der mehrwertsteuerfreie Erwerb: Ab rund DM 10.000,- bekommen Sie Zertifikate. Die Münzen liegen in Luxemburg. Wir vermitteln die Zertifikate, die unsere Tochtergesellschaft – die Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG – in Zusammenarbeit mit der Banque Internationale à Luxembourg herausgibt.

Am besten, Sie schauen einmal bei uns herein. Auch wenn Sie kein Dresdner Bank-Kunde sind.



Dresdner Bank  
In Berlin: BHI







هكذا من الثمن

SCHNELL,  
BEVOR DIE ES SICH MIT DER  
INVESTITIONSABGABE WIEDER  
ANDERS ÜBERLEGEN!

JWT Fm 6-503



FROHE WEIHNACHTEN!  
EIN DIAMANT IST UNVERGÄNGLICH.

De Beers



	Ausg.	Rückm.	Rückm.
	11. 12.	11. 12.	10. 12.
AAR-UNIV.-F. 1	119,47	112,71	112,71

Stück	Düsseldorfer	11.12.	Adolf	41.00	59.10	59.10
599	Affekt. Ver.	13112 (2239)	Adolf	73.89	25.19	25.15
4770	7. Bank	13112 (2239)	Adolf	87.53	83.86	83.86

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

\* Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer  
\*\*) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Aktien zu Rendite: 1) 1 Pfund; 2) 100 Lire; 3) 1 Dollar;  
4) Kupon für Treiben 90 bis 96 Tage; \*) nicht amtlich notiert.  
\*\*) Einfluß begrenzt gesteuert.

US-Schatzscheine am 11. 12. (je 100 Mark Ost) - Berlin:  
Ankauf 18.00; Verkauf 22.00 DM West; Frankfurt:  
Ankauf 18.00; Verkauf 22.00 DM West.

7.50 (6.65) - 8.00 (6.87) - 8.50 (6.73) - 9.00 (6.16) - 9.50 (6.43)  
des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5.25, 2 Jahre  
6.15, Bundesobligationen (Angabebedingungen in  
Prozent): Zins 6.75, Kurs 99.70, Rendite 6.62.



# INDUSTRIE.



**Verein Deutscher  
Werkzeugmaschinenfabriken e.V.  
Frankfurt am Main.**











Mit 24 den Oscar, heute lebt sie in einem walisischen Tal: Julie Christie

## Ein Star, der sich bewußt rar macht

Sie war in ihrer Heimat England das goldene Girl der „swinging“ sechziger Jahre. Blond, keß, im kürzesten Mini ebenso hinreißend wie im Abendkleid. Ihr Auftritt in John Schlesingers „Billy Liar“ stempelte sie 1963 zum Prototyp ihrer Generation. Dann kam Hollywood. Julie Christie, die Tochter eines britischen Teeplanzers in Assam, erzogen in einer englischen Klosterschule, wurde ein Star. Wieder geschah es unter der Ägide John Schlesingers, in „Darling“, Julie Christie, die für ihre Rolle mit 24 einen Oscar erhielt, wurde als Apotheose der sexuellen Freizügigkeit empfunden.

Die Engländerin eroberte das Herz von Hollywood-Frauenliebling Warren Beatty. Sieben Jahre währte das Glück ohne Tausch. Dann kehrte sie in die Heimat zurück, verkroch sich in die Einsamkeit eines Bauern-

Entscheidung am Kap Horn - ARD, 20.15 Uhr

hauses in einem walisischen Tal. Bis zum nächsten Laden sind es sechs Kilometer, und Julie Christie fährt nicht Auto. Aus ihrer Einsiedlerklause, in der sie mit vielen Tieren lebt, kommt sie nur hervor, wenn sie, sehr gelegentlich, einen neuen Film dreht, denn sie ist außerordentlich wählerisch geworden und akzeptiert nur Drehbücher ohne Abweichung von ihren ideologischen Prinzipien. Oder sie kommt aus dem Bau, wenn sie ihr sozio-politisches Gewissen treibt.

Julie Christie ist nämlich eine „Politische“ geworden, vergleichbar der Amerikanerin Jane Fonda, der Engländerin Vanessa Redgrave. Und Julie Christie ist mit ihren 44 Jahren eine „Grüne“ geworden, ohne Partei-



Julie Christie  
als Catherine  
im dreiteiligen  
TV-Film  
„Entscheidung  
am Kap Horn“  
FOTO: TELEBUNK

buch. Sie demonstriert gegen Atomwaffen, gegen Apartheid. Sie rührt die Propagandatrümmel für die Sandinistas. Sie steigt für die Frauenemanzipation auf die Barrikaden, sagt begeistert zu, als ihr eine Rolle in dem Film „The Gold Diggers“ angeboten wurde, den ausschließlich Frauen drehen, von der Regisseurin Sally Potter bis zur Technik.

Sie unterstützt, auch finanziell, Minderheitenpublikationen. Als Gleichgesinnter kam sie dem Journalisten Duncan Campbell näher. „Wir leben nicht zusammen, aber wir sehen uns viel“, stellte sie die Klatschpresse richtig, die Julie Christie stets „heiß“ findet. Campbell ist einer der wenigen, die genau wissen, wo ihr einsames Farmhaus in Powys zu finden ist.

Ständig flattern ihr lukrative Filmangebote ins Haus. Dazu meinte sie: „Ich schaue mir die Drehbücher genau an. Wenn sie von der Art sind, die das Publikum doch nur in seinen Vorurteilen bestärkt, dann lehne ich

ab.“ Sie kann sich das leisten, denn ihr Starturn ist ungebrochen, so daß ihr phantastische Gagen geboten werden.

John Schlesinger hatte sie aufgrund eines Fotos in einem Magazin entdeckt. Doch Julie Christie besitzt nicht nur ein ungewöhnlich suggestives Gesicht. Sie ist eine Vollblutschauspielerin, auch wenn sie auf der Bühne nie richtig Fuß faßte, weil ihr das Lampenfieber zu sehr zu schaffen machte.

„Dr. Schiwago“ festigte ihren Ruf als Großstar. Doch ihr Bestes gab Julie Christie vielleicht in Nicholas Roegs „Don't look now“ oder in Robert Altmans „McCabe and Mrs. Miller“. Auf einen Ehemann kann sie verzichten: „Ich wollte nie heiraten, nur als kleines Mädchen sah ich mich in einem wunderschönen weißen Hochzeitskleid... Für mich gibt es keinen Grund zum Heiraten, es sei denn, daß man religiös ist, und das bin ich nicht.“ SIEGFRIED HELM

## KRITIK

## Zerquältes Lachen

Wenn es einen gibt, der es ganz deutlich macht, dann Gerhard Polt: Das Schlimme, das unter uns wohnt, ist so gewöhnlich, daß wir es kaum noch zu erkennen vermögen. Polt hat auch keine besseren Augen. Er findet es dennoch, weil er tief in die Banalitäten seiner (unserer) Umwelt hineintaucht und einer von diesen abgeschliffenen Funktionären des Alltags wird: weil er sagt, was wir alle sagen.

Das Lachen über Polt bleibt uns im Halse stecken, und uns wird klar, warum er in keiner Sekunde über uns lacht, uns auslacht, überhaupt lacht: Mir ham nix z' lacha, würde es auf gut bayerisch heißen. Freilich, bei Polt geht es fast auf schriftdeutsches zu, denn Polts bayerischer Satirismus hat nichts mit dem Folklore-Jux (er sogenannter Volkskomiker) zu tun. Er ist kein Humorist, und das bayerische Idiom ist nur der Rundhorizont, vor dem er agiert und seine zerquälte Halbhoch-Sprache in die kaputte Syntax unserer Tage quetscht.

Einmal aber, da schweigt er. Doch es ist ein lautes, ein brüllendes Schweigen: Er ist wegen Umweltschäden in seiner engsten Umgebung empört und ruft das Umwelt-Ministerium an. Die Vermittlung reicht ihn weiter, nur es geschieht nichts. Das Telefon schweigt, der Polt schweigt, er schweigt und schweigt. Endlich, nach Minuten knisternder Sendezeit, legt er ganz behutsam den Hörer wieder auf. Ende. Fast wie im richtigen Leben (ARD). Das macht ihm keiner nach, dem Polt, der uns hoffen läßt, daß Karl Valentin uns in seinem weiß-blauen Himmel nicht aus den Augen gelassen hat.

VALENTIN POLCUCCH

## Sandmännchen der Nation

Die Sendung des gestandenen Polit-Moderators Hans-Hinrich Cassdorff heißt „Ich stelle mich“. Sie soll möglichst eineinhalb Stunden lang sein und den, der sich im 3. Programm des Westdeutschen Fernsehens stellt, demaskieren. Nur, was macht man, wenn ein Medien-Papst wie Hans-Joachim Fuchsberger der Befragte ist? Da helfen keine Mätzchen, wie zum Beispiel nur vordergründig-engagierte Fragen geladener Oberschüler oder ein Pseudo-Streitgespräch mit einer Journalistin.

Cassdorff, zwar mit einem Konzept versehen, erlag augenblicklich dem drohenden Charme des ehemaligen Krimi-Darstellers und Talk-Masters. Der nivellierte - wie in seinen eigenen Sendungen: immer nur lächelnd, sich auf Allgemeinplätze zurückziehend. Und immer dann, wenn er sagte: „Warum soll ich denn nicht nett zu den Leuten sein?“, fiel auch Cassdorff nichts mehr ein. Auch er ging dem erfahrenen Fuchsberger auf den Leim.

Nein, was er bringe - so Fuchsberger -, habe mit Politik nun gar nichts zu tun. Wenn er zu mittelmächtiger Stunde Prominente ausfrage, dann sei er gewissermaßen das Sandmännchen der Nation: sanft die dabei vom Bildschirm Sitzenden einlullend.

Er hätte gern einen besseren Sendetermin - aber da sei der Rundfunkrat vor. Denn was wäre, würde das Sandmännchen Fuchsberger gleich nach der Tagesschau auftreten? Insofern war auch diese Sendung von Hans-Hinrich Cassdorff eine demaskierende - vielleicht bemerken es die Betroffenen doch noch im nächsten.

KLAUS BLUME

## STUDIO

Auf den Fernsehschirmen der chinesischen Volksrepublik werden in nächster Zeit Programme der amerikanischen Fernsehgesellschaft Columbia Broadcasting System (CBS) zu sehen sein. CBS liefert nicht weniger als 64 TV-Stunden. Die CBS-Filme sollen einmal pro Woche eine Stunde lang gezeigt werden.

Die erste Ausstrahlung hatte bereits ein Massenpublikum. Es wurde ein Sportprogramm gezeigt, das amerikanische Eiskunstläufer vorstellte. Zu dem weiteren Material, das CBS liefern wird, gehören aufklärende Filme über den amerikanischen Alltag, eine Schilderung der amerikanischen Rolle während des chinesisch-japanischen Krieges und weitere Sport-Programme.

Peking braucht für die CBS-Filme nichts zu bezahlen. Die Gegenleistung besteht in der Erlaubnis, für jeweils 60 Filminuten 5 Minuten Werbespots einzublenden. Große US-Konzerne wie Boeing und IBM wollen die Werbezzeit kaufen, um sie für ihre „Image-Werbung“ zu nutzen. (SAD London)

Der WDR (Abteilung Alte Musik) ist Anfang Dezember dieses Jahres für seine Aufnahme von Johann Sebastian Bachs Violin-Sonaten und -Partiten mit dem Prix Diapason d'Or der französischen Schallplatten-Zeitschrift „Diapason“ ausgezeichnet worden. Die außerordentlich schwierigen Werke, ein Prüfstein für jeden Solisten, wurden eingespiegelt von dem belgischen Geiger und Leiter des Ensembles „La Petite Bande“, Sigiswald Kuijken, der bei der Aufnahme eine Violine alter Mensur benutzte.



## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesschau  
10.25 Der Wandler von Munk  
Amerikanischer Spielfilm (1947)  
11.35 Umschau

16.00 Tagesschau  
16.10 Schauplatz der Geschichte  
Um Armenien, das kleinste Land der Sowjetunion, das immer wieder von angrenzenden Staaten erobert, geteilt und verwüstet wurde, geht es in diesem Film von Stefan Fischer, der sich dabei vor allem mit dem Volk der Armenier und deren schwierigem Schicksal auseinandersetzt.

16.55 Der Mann von Button Willow (4)  
Amerikanischer Zeichentrickfilm  
17.10 Unter einem Himmel  
Das versunkene Dorf  
Eine Geschichte aus Spanien in den Tiefen eines Staues versunken liegt ein altes Dorf, an das die Bäume, die dort einst lebten, mit Wehmut zurückdenken. Eines Tages wollen nun die Kinder des neuen Dorfes die Trauer ihrer Eltern nicht länger mit ansehen.

17.40 Peter und der Wasserschuh  
Was bei der Reparatur eines Wasserschuhes so alles passieren kann und welche „amüsanten“ Schwierigkeiten sich dabei ergeben können, zeigt dieser Zeichentrickfilm von Viktor Kubal, der die Trickfilmer mittlerweile auch über die Grenzen seiner technischen Heimat hinaus bekannt gemacht hat.

17.50 Tagesschau  
Dzwo Regionalprogramme  
20.00 Tagesschau

20.15 Entscheidung am Kap Horn  
2. Teil: Sieg oder Tod  
Nachdem Julien Dantec wegen falscher Positionen aus dem Elfenbeinturm der Regatta geworden ist, segelt er, um nicht entdeckt zu werden, mitten in den Atlantik. Wochenlang irrt er umher, bis er plötzlich Land vor sich sieht...

21.15 Bremspunkt  
Die Rentenreform - Gleichung mit vielen Unbekannten  
22.00 Tagesschau

22.30 ARD-Sport extra  
Fußball-UEFA-Pokal  
Achtelfinale - Rückspiele  
8.00 Tagesschau

12.10 Moskau  
Leitung: Klaus Badarz  
12.55 Presseschau  
13.00 Tagesschau

16.00 heute  
16.04 Morgenschau  
9. Teil: Frank wird frei  
Ansch. heute-Schlagzeilen

16.35 Mickey Trickparade  
17.00 heute / Aus den Ländern  
17.15 Tele-Hits  
17.50 Von Witten geliebt  
Fassungslos muß Hyacinthe Belle-rose erfahren, daß sein Adoptivsohn Tim vom Pfarrer entführt und zu Siedeln in Pflege gebracht wurde. Zwar gelingt es Hyacinthe, das Kind zurückzuholen, doch damit sind die Aufregungen keineswegs beendet.

18.55 heute-Schlagzeilen  
Spiel 77  
19.00 heute  
19.30 Kino-Hitparade  
Filme, Facts und Favoriten  
20.15 ZDF Magazin  
Moderator: Gerhard Löwenthal  
Zum Tag des Menschenrechte: Fünf Jahre Krieg in Afghanistan - Rückblick und aktuelle Information  
Sittlinge von drüben klagen an - Situation in DDR-Haftanstalten

21.00 Der Deutscher-Club  
Spuren in Billings  
21.45 heute-Journal  
22.05 heute  
Im Mittelpunkt der neuen Ausgabe des Prominentenschnüffler-Magazins steht Poloma Picasso, die berühmte Tochter des großen Malers, die allgemein als „die kreativste Erbin der Welt“ bezeichnet wird. Mit der 34-jährigen sprach Frances Schoenberg.

Des weiteren präsentiert die Sendung den Erbkürzen Hans Adam von und zu Lichtenstein sowie den Produzenten Dino de Laurentiis.

22.50 Das kleine Fernsehspiel  
Zagoraba  
Stühnen lebt mit anderen Mitgliedern des „Stammes“ bei einer verarmten Fürstin in einem Abrißhaus. Er liebt das Tanzgitar. Beide träumen sehr bürgerliche Träume von einer Zukunft mit Heim, Herd und Kindern.

8.00 heute

## 3SAT

18.00 Aktion Grün  
2. Wie man einen Freund gewinnt  
Merlin  
Das geheimnisvolle Leben eines Magiers  
2. Die Erde bebt  
19.00 heute  
19.50 Schlagert, die man nie vergißt  
Die Superhitparade (2)

Präsentiert von Dieter T. Heck  
21.00 Die Mittwochsgeschichte  
21.15 Zeit im Bild 2  
21.45 Kulturjournal  
22.50 Sportreport  
Menschenmaterial  
Psycho im Sport  
23.15 3SAT-Nachrichten

## III.

WEST  
19.00 Aktuelle Stunde  
20.00 Tagesschau  
20.15 Mittwoch in Düsseldorf  
Informationen und Unterhaltung  
Gesang: Andreas Fröhlich  
Gruppe: Die Valendros

21.45 off-off  
Freizeit und Fitness  
22.15 Niederländischer Spielfilm (1978)  
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)  
23.40 Letzte Nachrichten

NORD  
18.50 Wo der Dachs ruft  
19.15 Antiquitäten in Serie  
19.30 Landwirtschaft heute  
Jäger gegen Förster  
20.00 Tagesschau  
20.15 extra drei  
21.00 Wer hat die Bürokratie erfunden?  
(7)  
21.30 Offerte  
21.45 Der Film-Club  
Der Verschlag  
23.15 Thirty Minutes  
23.45 Nachrichten

HESSEN  
18.50 Filmberichte (12)  
19.00 Hobbyklub  
Rund um die Nudel  
19.45 Die Tiersprechstunde  
20.15 Parlament, Portale, Perspektiven  
21.00 Cines Musikbox  
21.30 Drei aktuell und Sport  
22.00 Adieu, langsame Reise  
Fernsehfilm

23.00 Ernst Jandl - Vom Öffnen und Schließen des Mundes  
Frankfurter Poetik-Vorlesung III  
SÜDWEST  
Nur für Baden-Württemberg:  
19.00 Abendschau  
Nur für Rheinland-Pfalz:  
19.00 Abendschau  
Nur für das Saarland:  
19.00 Sooz 3 regional  
Gemeinschaftsprogramm:  
19.25 Nachrichten  
19.30 45 Fieber (10)  
Thema u.a.: Haben die Hausbesitzer ihre Ziele erreicht?  
20.15 Reisewege zur Kunst: Senegal (1)  
Vom jungen Leben der Geister  
21.00 Der gläserne Schlüssel  
Amerikanischer Spielfilm (1942)  
Mit Veronica Lake, Alan Ladd u. a.  
22.20 Theater-Talk  
Hildegard Scholz im Gespräch mit Elisabeth Trissenaar  
22.50 Nachrichten

BAYERN  
18.45 Rundschau  
19.00 Ueber - Rhythmen - Melodien  
20.00 Wer ein Viertelstündchen  
20.15 Skatopel  
20.45 Zeitspiegel  
21.50 Rundschau  
21.45 Jambou im (1)  
22.40 Z. E. N.  
22.45 Faszination  
23.50 Rundschau  
23.55 News of the Week

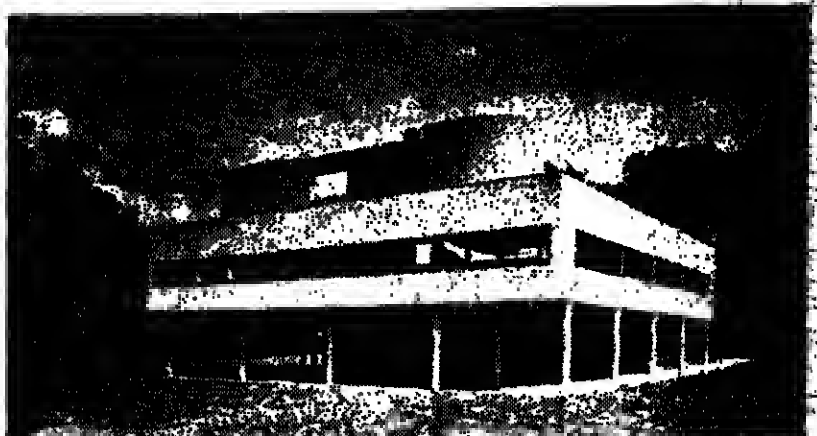
Paris: Le Corbusiers „Villa Savoye“ als Museum

## Eine Rampe der Freiheit

Sie war lange Zeit dem Verfall preisgegeben, aber in Vergessenheit geraten war sie nie: Le Corbusiers „Villa Savoye“ von 1929-31, ein Schlüsselwerk des Neuen Bauens. Hier, in Poissy bei Paris, konnte Le Corbusier seine Ideen ohne Rücksicht auf Auftraggeberwünsche verwirklichen. Auch die Umgebung des Grundstücks legte ihm kaum Zwänge auf. Und so entwarf er ein Haus, das wie ein mächtiges, kantiges Raumschiff wirkt. Der kubische Baukörper scheint nur auf den zierlichen Säulen des zurückversetzten, gläsernen Erdgeschosses zu ruhen, und die halbkreisförmigen Windschutzwände der Sonnenterasse erinnern an eine Kommandobrücke. Nun darf das alles - an Wochenenden - bis 7. Januar besichtigt werden.

Die erst ein gutes halbes Jahrhundert alte Villa brachte bereits eine wechselvolle Geschichte hinter sich. 1931 fertiggestellt, hatte sie im Krieg stark gelitten und sollte 1958 abgerissen werden, um einem Gymnasium zu weichen. Aus der ganzen Welt erreichten daraufhin Protestschreiben den damaligen französischen Kulturminister André Malraux - und sie hatten Erfolg. 1965, noch zu Lebzeiten des Architekten, wurde die „Villa Savoye“, inzwischen vom Staat gekauft, unter Denkmalschutz gestellt und außen renoviert. In wenigen Wochen wird die Innenrenovierung beginnen. Die Stadt Poissy strebt für die nächsten Jahre eine Art Freilichtmuseum moderner Architektur an, dessen Kernstück die Villa werden soll. (Außerdem zeigt, ebenfalls bis zum 7.1., das Pariser Centre Pompidou eine Ausstellung mit Fotos der Villa sowie mit Dokumenten und Skizzen Le Corbusiers.) MICHAEL SIEBERT

Während der kurzen Öffnungszeiten drängen sich respektable Menschenmengen durch die Innenräume. Vor allem Architekten und Architekturstudenten begutachten, fotografieren und bewundern die „Villa Savoye“, die wie die praktische Verwirklichung eines Lehrbuchkapitels der modernen Architektur erscheint. Le Corbusier schrieb: Das Einfache ist nicht einfach. Die Villa zeigt es: Sie verbindet größtmögliche Funktionalität mit dezenter Eleganz. Die Säulenkonstruktion ist - 1929 bereits - ganz auf den Autoverkehr eingestellt. Die Wagen können zwischen Säulen und Eingangstür vorgefahren und anschließend in der integrierten Doppelgarage abgestellt werden.



Ein Haus ohne vorn und hinten: Le Corbusiers „Villa Savoye“ in Poissy (bei Paris)  
FOTO: DIE WELT

Israel gründet ein Musikzentrum für J. S. Bach

## Flügel aus Frankfurt

Musik in Israel bedeutet in der Welt vor allem das von Bronislaw Huberman vor 48 Jahren ins Leben gerufene und von Arturo Toscanini im Dezember 1936 als erstem dirigierten Philharmonischen Orchester, das auch in Deutschland regelmäßig zu Gast ist und unter Dirigenten wie Leonard Bernstein und Zubin Mehta (seinem Chefdirigenten) musiziert. Doch auch Israels Kammerorchester und Ensembles haben sich internationalen Ruhm erspielt.

Abseits vom auch bei allen momentanen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten äußerst lebhaften Musikleben in den Städten - Orchesterkonzerte, Kammermusik, Recitals - erstaut den Musikliebhaber von Zeit zu Zeit die Aktivität an kleineren Orten. Aus einer Kleinstadt, aus einem Kibbuz, aus privater Initiative kommen interessante musikalische Anregungen - in einer kleinen Siedlung werden Klaviere für den Export hergestellt, an anderem Ort Blockflöten, in einem Kibbuz neuerdings Harfen nach altägyptischem Muster.

In der etwa 50 000 Einwohner zählenden Stadt Givatayim nahe Tel Aviv, in der es ein Konservatorium gibt, dessen Leiter Aharon Shefi mit einem Jugendorchester kürzlich in

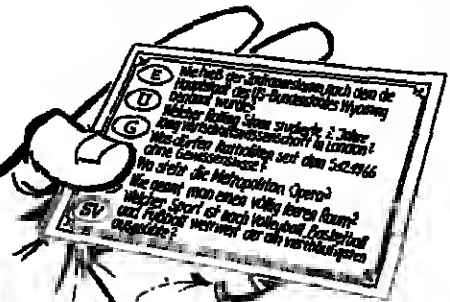
Deutschland konzertierte, hat die Pianistin Varda Nishry ein „Bach-Zentrum“ ins Leben gerufen. Mit Hilfe der Stadtverwaltung arrangiert sie jeden Monat ein Kammerkonzert mit Werken Johann Sebastian Bachs und zeitgenössischer Musik und bringt in Sonderkonzerten für jugendliche Hörer alte und neue Musik der heranwachsenden Generation von „Kleinern und Liebhabern“ nahe. In Zukunft soll eine Bibliothek von Musikbüchern und Noten entstehen, deren Grundstock naturgemäß die wissenschaftliche „Neue Bachausgabe“ der sämtlichen Werke bilden muß.

In einem Sonderkonzert wurde jetzt ein funkelneulauer Steinway-Flügel eingeweiht, der dem „Bach-Zentrum“ von einem Frankfurter Industriellen geschenkt worden war; Varda Nishry hat kürzlich in Frankfurt konzertiert. In diesem aus schließlich Bach-Werken gewidmeten Konzert erlebte man die Mitwirkung eines prominenten Gastsohls, des ausgezeichneten Flötisten Niels Hansen; er ist „hauptberuflich“ Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel. Anschließend an das Konzert begrüßte er die Initiative Varda Nishrys und versprach ihrer Arbeit weitere Unterstützung. PETER GRADENWITZ

## ★ Die Geschenk-Idee ★ Die Geschenk-Idee ★ Die Geschenk-Idee ★ Die Geschenk-Idee ★ Die Geschenk-Idee ★



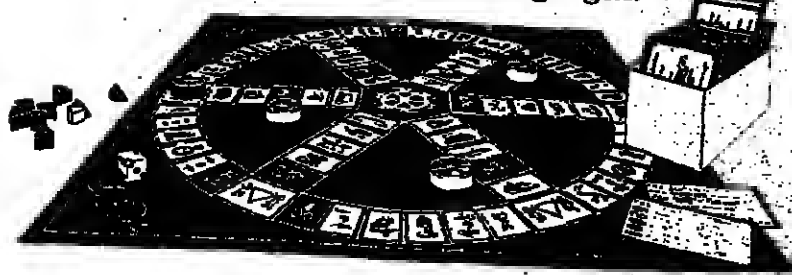
Sie weiß sicher alles über leere EG-Kassen, aber weiß sie auch, wie man einen völlig leeren Raum nennt?



Heißt er Nirwana oder Paradies? Oder Black Box? Die Antwort finden Sie in Trivial Pursuit™, dem neuen Parker-Spiel. Wie ein Lauffeuer breitet sich der Freizeitspaß in Deutschland aus. Und wie in Amerika und Kanada finden sich auch hier immer mehr Gruppen spielbegeisterter Erwachsener, in deren Leben es eine neue Sensation gibt: Trivial Pursuit™. 6.000 verblüffende Fragen mit 6.000 umwerfend spritzigen und überraschenden Antworten aus sechs Themenkreisen. Was spielen Sie eigentlich mit Ihren Freunden während der Festtage?



Trivial Pursuit™  
Das unglanbliche Spielvergnügen.



© Copyright 1984 Hasbro International Limited.  
Für Hasbro Spielzeug, Hersteller von Hasbro International Limited, Exporteur der Warenzeichen „Trivial Pursuit“, hergestellt und vertrieben von CDE Products, in Deutschland von General Media, Inc.  
Deutsche Lizenzvergabe: CDE 10000 3. Deutschland



als Museum

# Freiheit

schafft der Säule...  
Zindruck des...  
en, einer...  
den. Eine...  
Raum, ein...  
Aufgang...  
Johannes...  
ne zwei...  
sie verbind...  
lft den Be...  
: Räume...  
eckten dien...  
t Metallbü...  
innenarchi...

in gutes halbes Jahr...  
la brachte bereits...  
Geschichte...  
stellt, hatte...  
um und seit...  
um einem...  
Aus der...  
aufhin Pro...  
auf Protes...  
re Malraux...  
1965, noch...  
tens, wurde...  
schen vom...  
nalschutz...  
In wenig...  
renovierung...  
oisy strebt...  
ne Art Fre...  
Architektur...  
die Villa...  
it, ebenfal...  
Centre Pom...  
mit Fotos...  
tenteo und...  
MICHAEL STROBE



Villa Savoye in La Roche-sur-Yvon

für J. S. Bach

# Stfurt

d konzertierte, hat...  
da Nishry ein...  
Leben gefu...  
n Israel. A...  
rwaltung an...  
ein Kammer...  
ann Sebastian...  
scher Musik...  
zerten für...  
d neue Musik...  
e Generation...  
e „Jehabab“...  
ine Bibliothek...  
e Noten ent...  
e naturgemäß...  
„Neue Bach...  
Werke bilden...  
n Sonderkonz...  
nkelangeleg...  
geweiht, der...  
von einem...  
geschenkt...  
ury hat kürz...  
rtiert. In...  
Bach-Werke...  
rt erlebte...  
es prominent...  
ausgezeichnet...  
en; er ist...  
der Bundes...  
id in Israel...  
zert begrü...  
e die Nishry...  
weitere Unt...  
PETER GRADWIG

# nk-Idee

er Black Box...  
ursprünglich...  
der breitet...  
s. Und wie...  
ch hier immer...  
wachsender...  
n gibt. Triv...  
mit 6.000...  
len Antworten



mil

mügen.

mil

mügen.

mil

mügen.

mil

mügen.

## Schnitt durchs Buch

P. Ja. - Als ich das Buch zum ersten Mal durchblätterte, dachte ich, es wäre ein fehlerhaftes Exemplar. Die Seite 23 war leer bis auf ein paar schwarze Winkel oben und eine einzelne Zeile. Nicht anders war es bei der Seite 27, der Seite 47 usw. Am Ende felen mir dann, fein gedruckt, allerdings zwölf bunte Blätter in die Hand. Und da Bücher ja nicht nur zum Anschauen, sondern auch zum Lesen sind, entnahm ich die Lösung des Geheimnisses dem Vorwort des Katalogbandes „Trocée mit französischen Farben“, der anschaulich einen Sammlungsbestand des Deutschen Spielkarten-Museums in Leinfelden-Echterdingen aufzählt.

Da stand: „Die vielen Schwarzweißabbildungen und die zwölf beigefügten Farbproduktionen - zum Einbelegen gedacht - vermitteln etwas von der reizvollen Vielfalt dieser Gruppe Spielkarten.“ So einfach war das, und so sparsam. Ein wenig „Do-it-yourself“ und schon ließ sich der Verkaufspreis niedrig halten. Denn 29 Mark sind wirklich für einen solchen Katalog nicht viel.

Wir sind längst der Übung entwöhnt, daß vor dem Lesefleiß ein wenig Handfäls vonnöten ist. Früher gehörte das Federmesser zur Lektüre, denn ein Buch war nicht aufgeschritten. So besitze ich einen Band „Griechische Prosaisker mit den Werken des Isokrates“, das anno 1836 gedruckt wurde. Seitdem ist es von Hand zu Hand gegangen, ohne daß es einen Leser fand. Es ist nämlich noch unaufgeschritten (und ich werde den Teufel tun, diese 150 Jahre Ignoranz zu durchbrechen).

Dieses Beispiel lehrt, daß es noch viele Möglichkeiten gibt, die Buchproduktion zu verbilligen. Man könnte Leseblattkonvolute mit der Gebrauchsanweisung zum Binden verkaufen. Oder gleich die rohen Druckbogen, die es dann zu falzen und zusammenzutragen gilt. Denn darüber sind sich die Pädagogen schon immer einig - was man sich erarbeitet hat, schätzt man höher.

## Mailand: Erfahrungsaustausch über Neue Musik

### Flöte stopft das Maul

Der Plan ist schon alt: Man könnte doch mal, fanden vor etlichen Jahren einige zeitgenössische Komponisten und Renate Albrecht, die Chefin des Goethe-Instituts in Mailand, ein Seminar zum Thema Neue Musik veranstalten und bei dieser Gelegenheit Komponisten, Interpreten und Journalisten aus Italien und Deutschland an einen Tisch bringen. Schließlich besteht der Zweck des Goethe-Instituts nicht zuletzt in der Herstellung und Pflege solcher Kontakte.

Was jetzt in Mailand stattfand, war allerdings anders als schon wieder ein Festival für Neue Musik, das auf Dingen wohl auch kaum Überlebenschancen hätte. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand weniger die Neue Musik selbst als Vorträge und Diskussionen zu ihrer Situation in Italien und Deutschland - und die trugen zunächst einmal dazu bei, das beiderseitige Informationsdefizit abzubauen.

Die Italiener etwa dürften kaum gewußt haben, daß bei uns trotz der Kulturhoheit der Länder die meisten Aktivitäten in Sachen Neue Musik von Kommunen (Darmstädter Ferienkurse), von Privatinitiativen und öffentlichen rechtlichen Rundfunkanstalten (Donauerschinger Musiktagen) ausgehen. Den Deutschen war wohl nicht klar, daß in Italien eine Situation bereits Wirklichkeit ist, die hierzulande noch bevorstehen könnte: daß nämlich die privaten Rundfunkanstalten sich nicht im mindesten um Neue Musik kümmern, daß überhaupt im kulturellen Bereich kräftig der Rotstift regiert (von den vier italienischen Rundfunkkonzerten sollen zwei abgeschafft werden), daß es deshalb um die Verbreitung von Neuer Musik in Italien übel bestellt ist. Und das, obwohl eine stattliche Reihe junger Komponisten - von 40 neuen Namen war die Rede - eine Blütezeit der musikalischen Avantgarde signalisieren.

Natürlich gehört zu einem solchen Seminar auch die Neue Musik selbst - und das nicht nur als akustisches Rahmengerüst, sondern gleichfalls, um die Kenntnis der jeweils anderen Musikszene zu fördern und zu vertiefen. In drei Konzerten wurden von deutschen und italienischen Musikern deutsche und italienische Produktionen der jüngsten Vergangenheit vorgestellt. Unter den sechzehn aufgeführten Werken fand sich allerdings recht viel Durchschnittskits, manche Effekthascherei und gelegentlich schienen Stücke rückwärtsorientiert oder gar anachronistisch - wie zum Beispiel „Gli orli di Epicuro“ des jungen Italieners Paolo Ugoletti, eine Art Klavierkonzert, das über Bachmaninows artige Virtuositätsentfaltung kaum hinauskommt.

Zu den bemerkenswerteren Produktionen zählte hingegen Federico Incardonas „Bocca“ („Maul“), ein zerfurchtes, explosives und tiefst emotionalen Flötenstück, das allerdings auch nicht unerheblich von seinem Interpreten profitierte. Dem mit allen technischen Tricks der Neuen Musik vertrauten Flötisten Roberto Fabbriciani kam derzeit vielleicht nur noch Aurèle Nicolet das Wasser reichen.

Den nachhaltigsten Eindruck aber hinterließ das Konzert des „ensemble 13“ unter Manfred Reichert, auf dessen Programm allerdings auch so renommierte Komponisten wie Arribert Reimann, Luca Lombardi oder Wolfgang Rihm standen. Doch so erfreulich die Wiederbegegnung mit deren Werken auch war, so doch karächtig sie auch interpretiert wurden - ebenso wichtig für das Thema dieser Veranstaltung waren die Konzerte mit den Arbeiten ganz junger und unbekannter Komponisten. Denn schließlich ging es ja darum, sich gegenseitig besser kennenzulernen. Und dazu wurde in den Mailänder Konzerten ebenso wie in den Vorträgen ein wesentlicher Beitrag geleistet.

STEPHAN HOFFMANN

## Wien: O'Caseys „Pflug und die Sterne“ an der Burg

### Die Nornen im Milieu

Vergessene verstaubte Gladiatoren, selbst kein Ier, der ewig brodelnden und in blutige Aufstände ausbrechenden Grünen Insel mit ihrer katholischen, von Großbritannien unterstützten, gescheiterten Tradition, Freiheit und Selbstverwaltung zu verschaffen. Er scheiterte am Widerstand der Konservativen, und die Unruhen gingen noch Jahrzehnte weiter, bis endlich 1921 Irland zur Republik wurde. Aber bis heute ist der Frieden dort nicht eingezogen. In einer Episode im Jahre 1916 führt Sean O'Caseys jetzt vom Wiener Burgtheater aufgeführtes Stück „Der Pflug und die Sterne“, welches wesentlich eine Milieuschilderung ist, aus der die Gespaltenheit der Revolutionäre, ihre Angst, ihre Rationssigkeit und auch Feigheit hervorgehen. Als es 1928 in Dublin uraufgeführt wurde, wo wieder ganz andere Faktoren virulent waren, löste es einen Skandal aus und bewies dem Autor einmal mehr, wie wenig er mit seiner ambitionierten literarischen Arbeit eingreifen konnte. Er verließ Irland und blieb bis zu seinem Tod 1964 in England.

Für die jetzige Aufführung im Burgtheater dürfte der Wunsch bestimmend gewesen sein, dem Regisseur, Thomas Langhoff, einen Ersatz für „Nathan den Weisen“ zu bieten, den er nach dem tragischen Tod Norbert Kappens, des vorgesehenen Trägers der Titelrolle, taktvollerweise nicht inszenieren wollte. Ein Weibchensstück ist es gewiß nicht, wenn es auch eine großartige und dichte Schilderung der inneren Zerrissenheit der teils politisch orientierten, teils aber desinteressierten Menschen zeigt, die von den Nornen dem Untergang geweiht sind, selbst aber innig am Leben hängen.

Es spielt durchweg im proletarischen Milieu. Eine der Hauptfiguren in der geschickt verzierten Personage ist der Mauremeister Clitheroe,

den seine Frau von der Teilnahme an einem aussichtslosen Aufstand gegen die Staatsgewalt fernhalten will. Matthias Scheuring gab diese Rolle mit einer fast eleganten Allüre, während Franz Morak unübertrefflich die Typen eines parteigebundenen Sozialisten vorführte, der sich mit gängigen Linksphrasen mehr oder weniger aus der Sache heraushält.

Als aber am Schluß die Engländer brutal Ordnung machen, erwischt es auch ihn, während Clitheroe als Held im Kugelhregen stirbt. Dessen Frau, von Josefina Platt überzeugend gestaltet, trifft es ebenso wie die Obsthändlerin Bessie, in der es Elisabeth Orth zu agnosieren schmerzt, bei der mehr als selbstlose Verkleidung und Gestik. Auch die Putzfrau (Annamarie Düringer, ähnlich unkennbar wie der bloß kramarbasierende Flynn von Rudolf Wessely) wird vom Schicksal ereilt, auch die nur als illustrative Nebenfigur zu wertende Tochter der Putzfrau (Mareile Geisler) stirbt. Es bleiben wenige von denen übrig, die zuvor in heftigen Diskussionen über die Zustände die Szene belebt haben.

Erstaunlich war, wie alle Darsteller mit dem verquerten Text fertig wurden, den seinerzeit die Übersetzer Volker Canaris und Dieter Hildebrand zubereitet hatten. Offenbar wollten sie die gewiß ortsüblichen und teilweise auch poetischen Sätze O'Caseys unter hünlicher Umgehung der Syntax ins Berlinerische übertragen; etwa nach der Devise, daß eine Kunstsprache auch bei Dialektallogen - Horváth hat es so gehalten - durchaus als künstlerisches Mittel gelten kann. Aber selbst die eigens für das Burgtheater angefertigte Bearbeitung von Michael Eberth konnte nicht befriedigen. Gleichwohl, die Kunst der Darsteller vermochte darüber hinwegzutragen.

ERIK G. WICKENBURG

## Wo Menschen wahrhaftig zu Schimpansen werden - Hugh Hudsons neuer Tarzanfilm „Greystoke“

### Des Urwaldhelden heimliches Leid

Er ist halb Wilder und halb Lord. Unter Affen im afrikanischen Urwald aufgewachsen, findet er - da ist er schon fast erwachsen - zu seiner „wirklichen“ Familie in England zurück. Im Schloß seines Großvaters wird er mit gebührenden Ehren empfangen. Von hier aus waren seine Eltern einst zu einer Expedition aufgebrochen, hatten kurz vor der Küste Aquatorialafrikas Schiffbruch erlitten und waren kurz darauf im Dschungel ums Leben gekommen. Affen hatten sich des winzigen John Clayton, des siebten Earl of Greystoke, angenommen und ihn spontan adoptiert, hatten ihm ihre Sprache, ihre Gesten, ihre Bräute und Bewegungen beigebracht.

Und der heranwachsende Junge übertraf seine Lehrmeister bald bei weitem an Geschicklichkeit, Mut, Kraft und Intelligenz. Es dauerte nicht lange, und er war der unumstrittene König des Urwalds, der Herr der Affen - bis ein belgischer Entdeckungsreisender, Philippe d'Arnot, ihn in die verführerischen Geheimnisse der menschlichen Sprache einführte und ihn nach England brachte. Hier nun begegnet er Jane, die ihm eine Weile Freundin wird, ihn aber auf Dauer nicht halten, den Urwald nicht aus seinem Herzen verbannen kann. John Clayton kehrt in den Dschungel zurück.

Diese angedeutete wahre Geschichte hat Edgar Rice Burroughs um 1912 in einer ganzen Reihe von romanhaften Episoden erzählt, und sie ist auch immer wieder für den Film adaptiert worden. Freilich auf eine den Schriftsteller und seinen psychologischen Äußerst fein gezeichneten Helden arg entstellende, oft genug dümmliche Weise. Erst der 42. Tarzan-Film nimmt Burroughs jetzt beim Wort.

Der 48jährige Engländer Hugh Hudson, ein Literat von Hause aus, der 1981 für seinen Erstling „Die Stunde des Siegers“ vier Oscars gewann, hat sich des jüngsten Tarzans angenommen, und zwar mit Verve, Umsicht und Inspiration. Um es mit einem Satz zu sagen: Dieser Tarzanfilm ist der bisher beste.

Zu Beginn setzen wir vor einem tosenden Wasserfall, der sich mit Macht in die Tiefe stürzt - Inbegriff von Zeit und Ewigkeit und einer allen Schandaten des Menschen trotzen Natur, Schicksalsmetapher, die sich gleichsam leitmotivisch durch den ganzen Film zieht. Langsam gleitet die Kamera über die dicke grüne Weide endloser Regenwälder, über die gerade ein Unwetter hinwegweht. Ein Rudel Affen kreischt vor Entsetzen. Und wenn im allgemeinen Chaos ein Affenjunge seiner Mutter aus den Armen gerissen wird und am Boden zerschellt, ist der erste dramatische Höhepunkt des Films erreicht.

Ein harter Schnitt - und wir befinden uns im viktorianischen England, auf dem Stammschloß der Greystokes, sehen, was zehn Monate früher geschah: John Claytons Eltern verlassen ihr Zuhause, um zu ihrem afrikanischen Abenteuer aufzubrechen, das über elend wird. Überfallen, düster und artifizell sind die Interieurs im Schloß; das bildgewordene Gegenteil von Natur. So konfrontiert der Film gleich zu Anfang mit Schärfe zwei total gegensätzliche Welten.

HARRY ZELLWEGER



Ein Post der Seele: „Die Liebenden“ (1911) von Marc Chagall, aus der Baseler Ausstellung



Dabein im Dschungel: Zwiesprache aus Hudsons Tarzanfilm „Greystoke“

FOTO: OEWAT

Die weitere erste Hälfte der Geschichte spielt dann ausschließlich im Urwald, kommt fast ohne Worte aus. Der Film schwelgt in starken poetischen Naturszenen, wie man sie kaum je auf der Leinwand sah. Die „Helden der Handlung“ sind Menschenaffen, Schimpansen, die aber größtenteils von Menschen gespielt werden, und zwar so naturgetreu, daß sie selbst ein Zoologe nicht ohne weiteres als solche erkennen würde. Darin besteht die Sensation des Films.

Monatelang mußten die Schauspieler unter Anleitung des Verhaltensforschers und Choreographen Peter Elliot ethologische Vorlesungen absolvieren, um den Gang der Affen, ihre Grimassen und übrigen Signale, ihr ganzes soziales Verhalten perfekt zu erlernen. Ein weiteres Problem war, die Schauspieler nahtlos in die Herde der wirklichen Schimpansen zu integrieren. Es gelang, indem man den trainierten Schauspielern nicht

nur verblüffend echt wirkende Schimpansenkostüme verpaßte, sondern sie auch noch mit Schimpansenhauch einsprühte.

Die Tiere akzeptierten ihre menschlichen Mitspieler sofort und ohne jeden Widerstand. Selbst das Filmtteam war anfangs überrascht, um so mehr natürlich die Zuschauer, die von einem Staunen ins andere fallen. Regisseur Hudson räumt freilich ein, daß ihn die schließlich so überaus gelungene Kooperation zwischen Mensch und Tier im ganzen mehr Nerven gekostet hat als je zuvor eine Regie in seinem Leben. Einen „Greystoke II“ werde es für ihn gewiß nicht geben.

Weniger schwierig war es für Hudson, mit seinem menschlichen Hauptdarsteller zurechtzukommen. Der in New York geborene junge Franzose Christopher Lambert gibt als John Clayton ein eindrucksvolles Kinodebüt. Er ist der 17. Tarzan der Filmgeschichte. Aber anders als alle seine Vorgänger, die durch die Bank muskelbepackte Bodybuilder waren, ist Lambert zierlich und leptomus und denkt nicht daran, als Supermann durch den Urwald zu hüpfen. Trotz aller vorergründigen Abenteuer, die auch er glorios zu bestehen hat, macht er immer auch das heimliche Leid des John Clayton deutlich, dessen Existenz so extrem zwischen zwei fremde Welten gespannt ist.

Clayton, Earl of Greystoke, ist Parzival oder auch Don Quixotte. Er geht den dornigen Weg eines Menschen zu sich selbst. Einen Weg übrigens, auf dem er alle verliert, die er liebt: seinen Großvater, den Freund Philippe d'Arnot, seinen Affenwahrer und schließlich sogar Jane. „Zu leiden und dieses Leid auch zu akzeptieren“, sagt Hudson, „das bedeutet, erwachsen und reif zu werden.“

Aus freien Stücken kehrt John am Ende, vom Verhalten der Menschen tief getroffen und abgeschreckt, in den Dschungel „heim“. Ein Sonnenstrahl fällt auf das dicke Grün der Wälder, als Jane und Philippe d'Arnot ihren Schützling und Freund in den Urwald verschieden. Und das Schlusswort gehört Philippe, dem der Schauspieler Jan Holm eine erschütternde Dimension verleiht.

„Ich hoffe für John und Jane“, sagt Philippe, „daß die Welt sich zu ihren Gunsten verändert und daß sie sich irgendwann einmal wiederfinden werden.“ Ein pessimistischer, ein trauriger Abgesang des Regisseurs Hugh Hudson auf die zivilisierte Welt, der ganz im Sinne des Tarzan-Erfinders Burroughs gewesen wäre. Für die Zuschauer von heute ist er eine interessante Herausforderung.

DORIS BLUM

## JOURNAL

### Bonn und Hamburg streiten um Filmförderung

In teilweise ungewöhnlicher Schärfe hat das Bundesinnenministerium die Kritik Hamburgs an der Filmförderung zurückgewiesen. Dem Senat der Hansestadt legte ein Sprecher des Ministeriums nahe, nicht „mit juristisch bemäntelter Beckmesserei“ eine freiwillige Leistung des Bundes in Frage zu stellen. Die Hamburger Kultursenatorin Helga Schuchardt hatte Ende November, gestützt auf ein Gutachten von Prof. Hans-Peter Bull, in dem ein Übermaß der Befugnisse für den Innenminister kritisiert wurde, die Bundesregierung zum Umdenken aufgefordert und andernfalls eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht angekündigt. Das Bonner Ministerium kommentierte den Vorgang jetzt mit den Worten, für Frau Schuchardt und für Bull sei Kulturpolitik Neuland. „Dementsprechend gering ist die rechtliche Substanz des Gutachtens“.

### „Gold der Skythen“ kommt nicht nach Köln

Die Ausstellung „Gold der Skythen“ wird nicht in Köln zu sehen sein. Der Generaldirektor der Kölner Museen, Prof. Hugo Borger, bestätigte, daß die rund 170 hochentwickelten Stücke aus der UdSSR nach einer Mitteilung des Moskauer Kulturministeriums aus konservatorischen Erwägungen direkt nach der soeben zu Ende gegangenen Münchener Ausstellung (vgl. WELT v. 21.9.) in ihre Heimat zurücktransportiert würden. Borger betonte, es stecke keinerlei böse Absicht hinter dieser Entscheidung. Ursprünglich sollte das „Gold der Skythen“ nach München und einer Zwischenstation außerhalb der Bundesrepublik im Kölner Römisch-Germanischen Museum gezeigt werden.

### Bolschoi-Ballerina auf Deutschland-Tournee

Maja Plissetskaja, Primaballerina des Moskauer Bolschoi-Balletts, wird am kommenden Sonntag in Hamburg zu einer sechstägigen Deutschland-Tournee starten. Am 18. Dezember wird sie in Düsseldorf, am 19. in Mannheim, am 20. in Stuttgart, am 21. in Wiesbaden und am 22. in München tanzen. Sie tritt als „Sterbender Schwan“ und, begleitet von ihrem Partner Boris Eifmanov, in „Rosa Malade“ von Gustav Mahlers Adagio auf.

### Wettbewerb um den Karl-Hofer-Preis 1984

Im Wettbewerb um den Karl-Hofer-Preis wurden 3000 Mark dem Projekt „A River Drowned By Water“ von Rainer Wittenborn und Klaus Biege zugestrichen. Eine Zuwendung in Höhe von 3000 Mark ging an das Ausstellungsprojekt „Der elektronische Raum“ von Matthias Heinzmann, Monika Funke und anderen. Eine dritte Anerkennung in Höhe von 2000 Mark erhielt der Film „Atomkraft“ von Bernhard Wember zugestrichen. Der Karl-Hofer-Preis wird alljährlich von der Hochschule der Künste in Berlin für Beiträge im Grenzbereich zwischen den einzelnen Künsten vergeben.

### Römisches Hippodrom in Jugoslawien entdeckt

Überreste eines von den Römern im 4. Jahrhundert vor Christus angelegten Hippodroms sind rund 60 Kilometer westlich von Belgrad bei Sremska Mitrovica an der Save entdeckt worden. Die zur Zeit Konstantins des Großen gebaute Pferde- und Kutschenrennbahn hat eine Länge von 500 Metern gehabt und vermutlich rund 60 000 Zuschauern Platz geboten. Offenbar handelt es sich um die größte Anlage aus der Römerzeit auf dem Boden Jugoslawiens. Die Überreste des Hippodroms lagen etwa einen Meter unter der Bodenoberfläche. Es war Teil der römischen Siedlung Sirmium, die damals zu den größten Städten Europas zählte.

### Verzeichnis von Literaturzeitschriften

Zum dritten Mal seit 1979 ist jetzt das „Verzeichnis deutschsprachiger Literaturzeitschriften“ erschienen. Neben vier redaktionellen Beiträgen, darunter Karl Rihms Aufsatz über seine damaligen Erfahrungen mit einer Studentenzeitung, sind mehr als 100 Literaturzeitschriften mit ausführlichen bibliographischen Angaben aufgelistet. „Aus dem üblichen Rahmen fallend“, heißt es in der Selbstdarstellung der Wiener Zeitschrift „Freibord“. Die Charakterisierung trifft auf den größten Teil der aufgeführten Organe zu. Das unterstreicht aber nur die Nützlichkeit dieses Handbuchs. Es umfaßt 100 Seiten, kostet 12 Mark und ist über den Herausgeber zu beziehen: Günther Enig, Postfach 1808, 7100 Heilbronn.

## München: Das Valentin-Museum wird 25 Jahre alt

### Mögen täten wollen

Doppelgetürmt ist die Erinnerungsstätte für das Denken und das Leben gegen den Strich: das Münchner Valentin-Museum am Isartorplatz feiert jetzt sein 25jähriges Jubiläum. In der üppigen Museumslandschaft der Landeshauptstadt ist dieses vielbesuchte Kuriosum längst zu einer lebenswichtigen Zufluchts- und Botschaftsinsel geworden.

1958, damals bei der 800-Jahr-Feier Münchens, wollte der Valentin-Erbe Hanne König, heute Direktor und Besitzer des Museums, „ein Pfiff ins Orgelkonzert städtischer Selbstdarstellung“ bringen. Allerdings außer der Erinnerung, die wackere Münchner Zeitgenossen an diesen Logikbrecher noch wachhielten, war nicht allzuviel von ihm in seiner Heimatstadt geblieben. Der Stadtrat hatte es 1950 abgelehnt, den Nachlaß des „Linksdenkers“, der am Rosenmontag des Jahres 1948 gestorben war, für 6000 Mark zu erwerben. So ging die Sammlung nach Köln. Ein Jahr danach hatte Hanne König selbst genug Erinnerungen an Karl Valentin gesammelt, um ein eigenes Museum zu eröffnen.

Er stieß auf den achtzigjährigen Isarturm, einerseits, weil der Festungsturm so recht zu Valentis Rauheiten paßte, vor allem aber, so König, „weil mein Hund immer drangeplätschelt hat, bis ich mich fragte, warum steht das Ding eigentlich leer?“ Die Stadt München ließ das feuchte Gemäuer trocknen und übergab es als „Museum“. Seitdem ist es geöffnet von 11.01 Uhr bis 17.29 Uhr.

Allerdings ist dieses Museum nach gutem Brauch tagsüber geöffnet, nicht aber nachts, was zur Folge hat, daß die Geisteswelt, die stets um Mitternacht in Aktion tritt, noch von niemandem gehört worden ist. Auch hat Hanne König, wie jeder andere Berufstätige, ein Recht auf wöchentlich zwei freie Tage, die er am Donnerstag und Freitag nimmt; der Mittwoch ist als Putztag deklariert, so daß das „Valentin-Museum“ nur Montag, Dienstag, Samstag und Sonntag bei einem Eintrittspreis von 199 Pfennig zu besuchen ist.

Neben Briefen, Dokumenten und Fotos von Karl Valentin kann hier viel Abstruses besichtigt werden, obwohl Valentin vor allem ein hintergründiger und vielschichtiger Sprachbastler war, also mit einem Material umging, das kaum ausstellungsfähig ist. Die Sprache ist bei

Valentin kein Kommunikationsmittel mehr, sondern scheint geradezu dazu angelegt zu sein, das Leben mit der Umwelt zu komplizieren.

So kann man also den Nagel beiseite lassen, an den der Künstler seinen Beruf hängte, um Komiker zu werden. Man trifft auf den „liegenden“ Stehkragen oder den Apfel, in den Adam biß. An einer Schüssel mit Wasser liest man „Dies herrliche Schneepelastik ist leider geschmolzen“, und natürlich fehlt auch Valentis berühmter Winterzahnstocher nicht, der im Gegensatz zum nackten Sommerzahnstocher mit Pelz umkleidet ist. Ebensoviele wie die Uhr, die präzise die gestrige Zeit anzeigt. Eine besondere Attraktion ist das einzige Gemälde, das Meister Valentin in seinem Leben schuf. Es stellt einen Kaminkehrer im Finstern dar und ist von düsterem Reiz.

Zwischendurch wird der Besucher mit den „echten“ Erinnerungsstücken an Karl Valentin konfrontiert: mit seinem Schminktisch, mit Masken und Requisiten, die er sich für seine Bühnen- und Filmauftritte fertigte. Doch spätestens beim Anschauen eines Eisbärli-Babyfotos des gerade geborenen Valentin wird das Weltbild wieder schräg gekippt: Die Mini-Abbildung befindet sich in einem riesigen Goldrahmen, „weil das Kind ja bestimmt wachsen wird“.

Den Stein, auf dem Marichen saß, den Kamm der Loreley und die im Einmachglas konservierte Berliner Luft begreifen auch Nordlichter, die nicht in Valentinaden bewandert sind. Und natürlich versteht es sich von selbst, daß seine Couplets, die einst im Dunschkreis der Münchner Bierstube ihre Premierens erleben, in diesem Haus wachgehalten werden: so trifft man auf das Telefon, dessen sich einst der Buchbinder Wanning bediente, um die Firma „Meisel und Compagnie“ anzurufen.

Aus dem Automaten kann man die Originalstimme dieses Mannes hören, der sich so darzustellen pflegte: „Ich, Karl Valentin, ein Münchner Komiker, bin Sohn eines Ehepaars. Kaum den Kinderschuhen entwachsen, kauften mir meine Eltern größere. Mein Körpergewicht ist unwichtig, meine Größe lässlich, mein Gang beweglich, mein Charakter charakteristisch.“ Und andächtig hören die Fremden von dem Satz: „Mögen täten wir schon wollen, aber dürfen haben wir uns nicht getraut“.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



## Psycho-Sekte wird Nährboden entzogen

München untersagt Scientology Kirche Gewerbeausübung

PETER SCHMALZ, München  
Als im Juni eine Hundertschaft Polizei das Münchner Hauptquartier der „Scientology Kirche“ durchsuchte und belastendes Material lastwagenweise abtransportierte, kam Sekten-Präsident Heber Jentsch aus den Vereinigten Staaten angefliegen und sprach: „Die Durchsuchungsaktion unserer Kirche ist ein Akt von Völkermord.“ Der Herr wird nun nach noch stärkeren Worten suchen müssen: Münchens Kreisverwaltungsreferat Peter Gauweiler hat der aggressivsten unter den Psycho-Sekten die Gewerbeausübung untersagt und ihr zu Beendigung ihrer Geschäfte eine sechswöchige Schonfrist gewährt. Der Bescheid gilt für die gesamte Bundesrepublik Deutschland.

In dem 70-Seiten-Papier wird der Sekte vorgeworfen, sie betriebe unläuternden Wettbewerb sowie organisierte und massenweise Heilkunde, ohne die dafür notwendigen Voraussetzungen zu erfüllen. Es ist der bisher schwerste Schlag gegen die in 35 Ländern operierende Sekte, die unter dem religiösen Firmenschild zu einem millionenschweren Unternehmen wuchs. Heute wundert sich Gauweiler: „Unbegreiflich, daß die Behörden hier jahrelang zusehen konnten.“

Der 35jährige CSU-Politiker war erst kurz Münchner Kreisverwaltungsreferat, als die Scientology ihn selbst auf ihre Spur brachten: Ein Werber wollte den jugendlichen wirkenden Münchner „Innenminister“ zu einem kostenlosen Psycho-Test verführen. Gauweiler witterte Unrecht und schleuste einige Beamte in die Sekte. Das Ergebnis war erschütternd. Gauweiler: „Die kostenlosen Tests sind so abgestimmt, daß immer ein schwerer psychischer Defekt festgestellt wird. Den verängstigten Opfern werden deshalb Kurse angeboten, die immer teurer werden. Da werden Honorare bis 100 000 Mark verlangt.“

Schon ein 14tägiger „Reinigungs-Kurs“ schlägt mit 10 500 Mark zu Buche. „Das sind“, so Gauweiler, „zwei Wochen täglich fünf Stunden Sauna mit ein bißchen geistiger Betreuung.“

Wer nicht zahlen könne, müsse das Geld abarbeiten und werde damit zu einem billigen Arbeitssklaven.

Schon vor Jahren stuft Scotland Yard die Organisation als „gesundheitlich, moralisch und sozial gefährlich“ ein. Ihr Gründer, der 73jährige Amerikaner Ron Hubbard, schrieb vor 30 Jahren die „Scientology-Bibel“, „Dianetik: Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit.“ Wie es um seine Gesundheit steht, ist unbekannt. Seit dem Ärger in den Staaten, wo der Sekten-Führer wegen Verschwörung, Diebstahls und Einbruchs verurteilt wurde, ist Hubbard verschwunden. Angeblich regiert er seinen Konzern von einer seiner zahlreichen Yachten aus.

Die Münchner Hausdurchsuchung lieferte erstmals deutschen Behörden Beweise über das wahre Gesicht dieser „Kirche“. In einem Handbuch war zu lesen, was mit Sekten-Gegnern zu geschehen habe: „Beginne sofort, die Angreifer auf Verbrechen oder Schlimmeres zu untersuchen... Der Punkt, an dem sie verletzt sind, ist der Verlust ihres Arbeitsplatzes oder ihrer Stellung.“

Nachdem Gauweiler dem im Verborgenen florierenden Unternehmen (das in Deutschland an die 30 000 Mitglieder hat) im Frühjahr aus dem Vereinsregister löschen ließ und ihr damit den steuersparenden Status nahm, durfte Münchens höchster Sicherheitsbeamter mit den Sekten-Methoden Bekanntschaft machen. Auf ihn und seine Beamten wurde für 40 000 Mark ein Privatdetektiv angesetzt, der Fragen zu klären hatte wie: „Ist er homosexuell?“, „Hat er zuviele Freundinnen?“, „Wurde er bestochen?“. Doch die Weste des „Schwarzen Peter“ war weiß.

Nach dem jüngsten Gauweiler-Coup darf die Organisation künftig weder für sich werben noch Kurse abhalten oder Publikationen verkaufen. Sie kündigte bereits an, notfalls bis zur Menschenrechtskommission in Straßburg zu gehen. Inzwischen erhält der Münchner Staatsanwalt aus ganz Deutschland.



George Köhler beim Händedruck mit dem König - HSBepunkt im Leben eines Wissenschaftlers - und beim offiziellen Familienfoto.

FOTOS: AP

## Nobel geht's zu bei der Preisverleihung

R. GATERMANN, Stockholm

Nun ist auch die Nobelpreisverleihung nicht mehr das, was sie bisher war, zumindest nicht in Oslo. Erstmals in der 84jährigen Geschichte dieser höchsten aller Auszeichnungen mußte wegen einer Bombendrohung der Festsaal geräumt werden. Zwar war alles „blinder Alarm“, aber alleine der Gedanke, daß nun nicht einmal mehr der Friedenspreis in Frieden überreicht werden kann, gibt zu denken.

Es war der Wille Alfred Nobels, daß sich Oslo und Stockholm die Preisverleihung teilen. Damals 1895, als er in Paris sein Testament verfaßte, bildeten Schweden und Norwegen noch eine Einheit, die erst 1905 zerbrach. Nach Nobels Willen sollten die Zinsen seines Vermögens, das heute 225 Millionen Mark wert ist, der Wissenschaft und der Friedensarbeit zufließen. Nobel bestimmte auch, daß der Friedenspreis in Oslo vergeben wird. Daran hat sich nichts geändert, bis auf den äußeren Rahmen. Wäh-

rend es in Oslo volkstümlich zugeht, ist die Stockholmer Preisverleihung das exklusivste, was das Königreich Schweden zu bieten hat.

Jeweils am 10. Dezember, dem Todestag Nobels, nimmt kurz vor 16.30 Uhr die Creme de la Creme im Stockholmer Konzerthaus Platz. Ihr gegenüber bevölkern wenig später die Mitglieder der Institutionen, die die Preisträger auswählen, die beiden „Penguinberge“. Zwischen den vielen Fracks taucht nur vereinzelt ein Kleid auf, diesmal waren es ganze fünf. Pünktlich um 16.30 Uhr ertönen die Fanfaren; dann erscheint die königliche Familie. Danach nehmen die Nobelpreisträger in ihren mit rotem Samt bezogenen Stühlen Platz. Etwas abseits von ihnen diesmal Jana Jaroslav Seifert, die Tochter des 83jährigen tschechoslowakischen Literaturpreisträgers Jaroslav Seifert, der angedeutet wegen Krankheit nicht kommen konnte. Seine Tochter erhielt spontan den bei weitem längsten Beifall. Ein paar Stunden nach der Zere-

monie geht das Fest in der Blauen Halle des Stockholmer Rathauses mit dem Bankett weiter, wo 1350 Ausgewählte sich dank ihrer 200-Mark-Karten an den 400 Meter langen Tischen niederlassen dürfen. Hunderte von Interessenten müssen jedes Jahr abgewiesen werden. Da helfen weder Geld noch gute Worte oder Beziehungen.

Das Bankett beginnt mit einem Toast auf den König. Dieser hat dann genau zwei Minuten Zeit, bis er seinen Toast auf Nobel auszubringen hat. Als Toastmaster war dieses Jahr eine Sensation - die erst 24 Jahre alte Kunststudentin Denise Hagström gewählt worden.

Nach dem Festessen, das aus Lachs, Wildente und Eisbombe bestand, bekommen die Preisträger und ihre Familien endlich Gelegenheit, in einem Nebensaal des Rathauses Königin Carl Gustaf und Königin Silvia die Hand zu schütteln und ein paar Worte mit ihnen zu wechseln. Wenig später hatten die drei Kinder des

deutschen Preisträgers George Köhler (Medizin), zwei Töchter und ein Sohn, ihren großen Auftritt im schwedischen Fernsehen. „Ganz toll“, fanden sie das Fest und versicherten dem Reporter, daß sie „ziemlich viel“ von ihrem berühmten Vater haben, der übrigens seine ganze Laborbelegschaft eingeladen hatte.

Gestern ging das offizielle Programm weiter. Zum Mittagessen waren die Preisträger aufs königliche Schloß geladen. Anschließend begaben sie sich ins Börsenhaus, um dort von der Nobelpreisstiftung das neben Diplom und Medaille dritte äußere Zeichen der Ehre in Empfang zu nehmen, den Preisscheck, der diesmal auf 1,65 Millionen Schwedenkronen (etwa 578 000 Mark) ausgestellt war. Und ein letztes: Morgen früh werden die Geistesleuchten im Grande Hotel traditionell von der Lichterkönigin mit einem Liedchen geweckt und bekommen das Saftbrötchen ans Bett gestellt. Da bleibt keine Tür verschlossen.

## Neidsteuer und Umweltauto - Worte des Jahres

dpa, Wiesbaden

Die in der Diskussion um Wackstaben, Umweltschutz und bleifreies Benzin aufgetauchte Begriffsschöpfung „Umweltauto“ ist das „Wort des Jahres“ 1984. Zu dieser Einschätzung kommt die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS), Wiesbaden, in ihrer jährlichen Untersuchung „Wörter des Jahres“ sind für die Wiesbadener Sprachforscher auch das Kürzel „wg.“ (wegen...), das in der Auseinandersetzung um die Flick-Spenden auftauchte sowie - in diesem Zusammenhang - die für Politiker geforderten „gläsernen Taschen“ und die Bezeichnung „Neidsteuer“ für die Investitionsabgabe. Als „Fremdwort des Jahres“ wertet die Sprachgesellschaft „Formaldehyd“. Das der breiten Öffentlichkeit vor seinem Auftreten in der Auseinandersetzung über seine mögliche Schädlichkeit weitgehend unbekannte Bindemittel, das Anfangs sogar von Tagesschau-Sprecher Köpcke falsch betont worden sei, gehe mittlerweile fast jedem Normalbürger leicht von der Zunge.

## Unterhalts-Urteil

DW, Karlsruhe

Der Bundesgerichtshof hat in einem Grundsatzurteil den Unterhaltsanspruch eines erwachsenen Kindes gegen seine Eltern eingeschränkt und von bestimmten Kriterien abhängig gemacht. Kernsatz der Entscheidung: Eine Selbstverwirklichung des erwachsenen Kindes auf Kosten der Eltern „um jeden Preis“ könne nicht anerkannt werden. Jedoch seien Eltern auch nach Finanzierung einer Ausbildung nicht vollkommen von der Unterhaltspflicht befreit für ihre Kinder befreit. (AZ: IV b ZB 53/83)

Anzeige

Das beste ist: eine gute Versicherung.

SIGNAL  
VERSICHERUNGEN

## Sabotageverdacht

AP, Taipei

Sechs Tage nach dem Grubenunglück in Taiwan sind gestern weitere 25 Bergleute tot aus der Hsishan-Große geborgen worden. Damit hat sich die Zahl der Opfer auf 76 erhöht. 17 Bergleute werden noch vermisst. Zwei wurden lebend geborgen. Der Chef der Grube, Chen Tien Tzu, schloß inzwischen Sabotage nicht aus und bestätigte den Eingang anonymen Drohanrufe kurz vor der Katastrophe.

## Brandstatistik '83

dpa, München

Etwa 10 000 Menschen erlitten in Deutschland jährlich schwerste Verbrennungen. 388 kamen im vorigen Jahr bei Bränden ums Leben. Die Brandschäden sind von 250 Millionen Mark im Jahr 1950 auf 4,5 Milliarden Mark 1983 gestiegen.

## Super-Methusalem

SAD, Lucerne Valley

Zur Rettung eines, nach der Radiokarbon-Methode, 11 700 Jahre alten Gebüsches, das als älteste lebende Pflanze der Welt gilt, soll jetzt ein Naturschutzpark in einem Tal, 128 Kilometer nördlich von Los Angeles angelegt werden. Der Kreosot-Busch, eine Wüstenpflanze, bedeckt eine Fläche von 21 x 5 Meter. Kreosotbüsche, die scharf nach Teer riechen, sind typische Vertreter der kalifornischen Wüstenflora. Die zweitälteste lebende Pflanze der Welt ist ein Nadelbaum in den kalifornischen Bergen, der „nur“ 4900 Jahre alt ist.

Einen Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Onitae GmbH, Völkert, bei.

## ZU GUTER LETZT

Journalisten haben oft keinen Gedulden, können ihn aber ausdrücken. „Aus der „Frankfurter Allgemeinen“ Zeitung.

## LEUTE HEUTE

### Rückfall

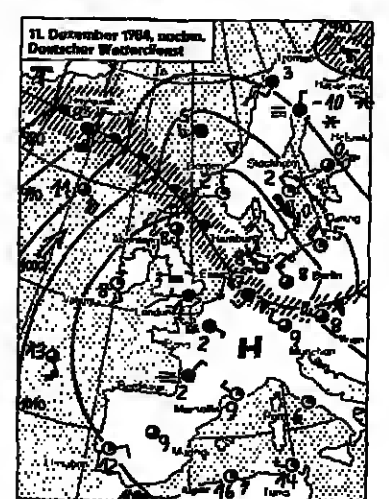
Der Gesundheitszustand des 17-jährigen Schülers Stefan Morsch aus Rheinland-Pfalz, der am 31. Juli in einer Spezialklinik in den USA Knochenmark eines irischen Spenders erhielt, hat sich verschlechtert. Zunächst hatte seine Genesung so gute Fortschritte gemacht, daß er vorübergehend aus der Klinik entlassen werden konnte. Der Junge leidet an einer besonders heimtückischen Form der Leukämie, die nur durch eine Knochenmark-Transplantation behandelt werden konnte.

### Deutsche Tradition

Millionen Engländer wissen bereits, was der kleine Prinz William (2) zu Weihnachten bekommt. Prinzessin Diana erstand bei Harrods ein Schaukelpferd und einen Stoff-Gorilla. Der jüngste Sproß des britischen Thronfolger-Ehepaars, Prinz Harry, erhält einen Teddybär. Und während alle englischen Kinder ihre Geschenke erst am 25. Dezember auspacken dürfen, findet auf Schloß Windsor die Bescherung schon am 24. statt, nach guter alter Tradition, die Prinz Albert einst aus Deutschland einführt.

## WETTER: Kein Regen

Wetterlage: Eine Hochdruckzone erstreckt sich von Nordafrika über Mitteleuropa bis nach Skandinavien und bestimmt das Wetter der nächsten Tage im Vorhersagegebiet.



Vorhersage für Mittwoch:  
Im gesamten Bundesgebiet starke, nur gelegentlich auflockende Bewölkung und verbreitet neblig-trüb. Niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen um 5 Grad, Tiefstwerte zwischen plus 2 und minus 2 Grad. Schwach windig.

Weitere Aussichten:  
Keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:			
Berlin	8°	Kairo	17°
Bonn	8°	Kopenh.	8°
Dresden	7°	Las Palmas	21°
Essen	7°	London	1°
Frankfurt	5°	Madrid	9°
Hamburg	8°	Mallorca	5°
List/Sylt	8°	Mallorca	14°
München	9°	Moskau	0°
Stuttgart	8°	Nizza	14°
Algier	16°	Oslo	7°
Amsterdam	8°	Paris	2°
Athen	12°	Prag	5°
Barcelona	10°	Rom	6°
Brüssel	8°	Stockholm	2°
Budapest	8°	Tel Aviv	17°
Bukarest	8°	Tunis	14°
Sofia	9°	Wien	8°
Istanbul	11°	Zürich	7°

Sonnenaufgang am Donnerstag: 8.13 Uhr, Untergang: 16.13 Uhr; Mondanfang: 21.35 Uhr, Untergang: 12.31 Uhr  
\*in MEZ, zentraler Ort Kassel

## Erstmals ein „brauner Zwerg“ im All entdeckt

DW, Washington

Amerikanische Astronomen haben erstmals einen Riesenplaneten außerhalb des Sonnensystems entdeckt und beobachtet können. Das teilten sie jetzt in Washington mit. Nach ihren Angaben befindet sich der Planet in der Umlaufbahn eines schwach leuchtenden Sterns im Sternbild des Schlangenträgers 21 Lichtjahre entfernt; das sind nicht weniger als 198 771 Billionen Kilometer weit weg. Der Himmelskörper sei 30- bis 80mal umfangreicher als der Jupiter, der als größter Planet des Sonnensystems 318mal mehr Masse besitzt als die Erde.

Nach den Ausführungen der Astronomen Donald McCarthy und Frank Low von der Universität von Arizona liegen elektronische Aufnahmen vor, auf denen der Stern und der Riesenplanet deutlich zu unterscheiden sind. Der Planet ist VB-8B benannt worden, nach dem 1961 entdeckten Stern „Van Biesbroeck 8“, um den er kreist.

Die Existenz so riesiger Planeten war schon seit längerem von Himmelsforschern angenommen worden, ohne sie indes nachweisen zu können. Sie werden von Astronomen als „braune Zwerge“ bezeichnet, da sie mit ihrer Masse noch unter der liegen, die zur Einordnung als Stern nötig ist. Die spektakuläre Entdeckung des Planeten wurde gemeinsam von der Universität von Arizona, dem Nationalen Observatorium für optische Astronomie und der Nationalen Wissenschaftsstiftung bekanntgegeben. Im Fall des jetzt gesichteten Planeten bedienten sich die Astronomen besonderer Verfahren zur Aufzeichnung infraroter Licht- und Wärmestrahlung von dem Planeten.

Es sei das erste Mal, daß der Begleiter einer anderen Sonne wirklich gesehen worden sei, berichteten die Forscher. Die elektronische Aufnahme zeige nämlich Zentralgestirn und Planet als getrennte Objekte. Bisher hatte man auf das Vorhandensein von Planeten lediglich aus Verzerrungen in Gravitationsfeldern schließen können.

## Ein Hochstapler mit Eigendynamik

Prozeß gegen falschen Arzt / Staatsanwalt beantragt Freiheitsstrafe mit Bewährung

DIRK HENTSCHEL, Flensburg

An ihm war nur sein weißer Kittel echt. Weder sein wohlklingender Phantasienamen „Clemens Bartholdy“ mit gleich zwei Doktortiteln (Dr. med. und Dr. phil.) davor, noch sein Alter (30) geschweige die Papiere stimmten. Dennoch gelang dem gelehrten Postschaffner Gert Uwe Postel aus Bremen, tatsächlich 26 Jahre alt, mit diesem Euklitetischwindel der große Bluff. In Flensburg leimte er die Behörden und wurde beim Gesundheitsamt als Arzt angestellt. Sechshalb Monate, von September 1982 bis März 1983, praktizierte er als falscher Doppeldoktor in der Fördestadt. Dann enttarnte sich der Mächtigere Arzt selbst, als er zwei Ausweise verlor. Die Fotos waren identisch, die Personalien dagegen verschieden.

Jetzt wird dem falschen Arzt vor einer Großen Strafkammer des Landgerichts Flensburg der Prozeß gemacht. Wegen Betruges, Mißbrauchs von akademischen Titeln, Urkundenfälschung und in 34 Fällen Fälschung von Gesundheitszeugnissen beantragte der Staatsanwalt gestern eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten mit Bewährung gegen ihn. „Er ist weder ein Köpenick-Typ noch ein Eulenspiegel, sondern ein überdurchschnittlich geistiger Hochstapler“, meinte der Ankläger.

Postels Werdegang verlief zunächst „fast“ normal. Aufgewachsen im zerrütteten Elternhaus, Hauptschulabschluß, Lehre bei der Post, dabei die Mittlere Reife an einer

Abendrealschule nachgeholt. „Als meine geliebte Mutter 1979 Selbstmord beging, bin ich auf die schiefe Bahn geraten.“ Postel hörte bei der Post auf, weil er „ein besseres, anerkannteres Leben“ führen wollte. Er fälschte zunächst ein Abiturzeugnis und bewarb sich mit Erfolg als Rechtspfleger-Anwärter beim OLG Bremen. Nach vier Monaten folgte der Schwindel auf. Danach lernte er zwei Frauen kennen, die in der Psychiatrie tätig waren. „Was die können, kann ich schon lange“, dachte Postel damals, 1980, und besuchte zwei Semester Gastvorlesungen in Psychologie und Soziologie an der Uni Bremen. Danach fand er unter Vorlage einer gefälschten Approbationsurkunde in einer psychosomatischen Klinik bei Oldenburg seinen ersten Arztjob. „Von da an hat mein Tun als Mediziner Eigendynamik angenommen.“

Nach drei Monaten quittierte „Dr. Postel“ seine Anstellung als Stationsarzt und ging zum Berufsbildungswerk des Reichsbundes Bremen. Vier Wochen später wurde er entlarvt. Doch als er deshalb wegen Betruges zu 600 Mark Geldbuße verurteilt wurde, war er seit zwei Monaten schon wieder in Amt und Würden, als „Dr. Clemens Bartholdy“. Während eines Urlaubs an der Ostsee hatte Postel gelesen, daß bei der Behörde eine Arzt-Stelle frei war. „Da hab' ich da einfach mal angerufen und einen Termin vereinbart.“ Der amtierende Amtsarzt Dr. Wolfgang Wodarg (35) war hocherfreut über den Bewerber.



Spiele des selbstbewußten Hochstaplers auch noch vor Gericht: der ehemalige Postbote Gert Uwe Postel alias „Dr. med. Dr. phil. Clemens Bartholdy“.

FOTOS: DPA

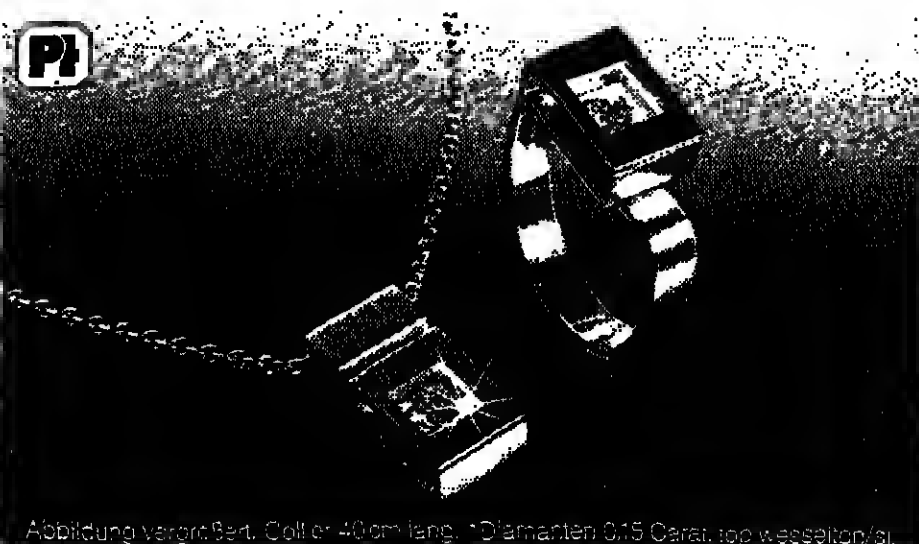


Abbildung vergrößert. Collier 40 cm lang, \*Diamanten 0,15 Carat, top weisseiten/si.

Rüschbeck

DORTMUND, WESTENHELLWEG 45, TELEFON (0231) 1460 44 · DUISBURG, KÖNIGSTRASSE 6 · HAGEN, MITTELSTRASSE 13

Zeitlos, schön und von edelster Art: Platin 950. Ein Symbol des eigenen willigen Geschmacks. Aus unserem Atelier ein Collier und ein Ring mit je einem Diamantherz\*. Der Preis für jedes Schmuckstück 2950,- DM. Exklusiv bei Juwelier Rüschbeck.

